

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 1.10 Mark pro Monat
Wochenblatt 25 Pf. frei ins Haus
Eingelagerte Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Betragt für die (schon) gelieferten Kolonellen oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereine und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 16. März 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die gewerkschaftliche Internationale.

Die Zeit, in welcher das Proletariat seine Rolle auf der Weltbühne zu spielen beginnt, drängt nach Organisation, drängt nach Zentralisation. Der Starke ist am mächtigsten allein. Die Kleinrentkapitalisten der Gegenwart haben deshalb kein Interesse an gesellschaftlicher Organisation; ihnen genügt der organisatorische Ausbau des eigenen Betriebes und der Absatzverbindungen. Anders beim Proletariat. Das ist nur als organisierte Masse bedeutungsvoll, aber als unorganisierter Haufe dem kapitalistischen Gegner rettungslos preisgegeben.

Die deutschen Arbeiter dürfen stolz darauf sein, daß man die Pflege der internationalen Beziehungen im Gewerkschaftsleben ihnen anvertraute, daß man das internationale Sekretariat in die Hände des Genossen Legien legte, in dessen Person sich dem Auslande gegenüber die deutsche Gewerkschaftsbewegung verkörpert. Die deutschen Gewerkschaftler dürfen aber andererseits dem Genossen Legien wiederum dafür dankbar sein, daß er das Vertrauen der organisierten internationalen Arbeiterkraft auf die deutsche Intelligenz und Gewissenhaftigkeit rechtfertigte, daß er die deutsche Gewerkschaftsbewegung würdig vor dem Auslande repräsentiert, daß unter seinen Händen im Zeitraum weniger Jahre ein Werk internationaler Organisation entstand, das sich wohl sehen lassen kann, wenn es auch — darüber dürfen wir uns nicht täuschen — erst den Keim einer wirklich umfassenden und auch praktisch eingreifenden gewerkschaftlichen Internationale darstellt.

Der Bericht, den das internationale gewerkschaftliche Sekretariat alljährlich herausgibt und von dem jetzt der dritte Band vorliegt, ist geradezu ein Kompendium der Gewerkschaftsbewegung in den europäischen Ländern. Zwar beträgt die Zahl der angeschlossenen Länder nur fünfzehn; aber sie umfaßt zweifellos gerade die Länder, in denen von einer wirklichen Gewerkschaftsbewegung bisher gesprochen werden kann — mit einer Ausnahme. Mit Ausnahme von Rußland nämlich, wo unter revolutionären Kämpfen in der Lat eine umfassende Gewerkschaftsbewegung geboren wurde, wo aber unter den fortwährenden Wirren die Organisation etwas so wenig festes, Dauerndes zu werden vermochte, daß an eine über Sympathieverbindungen hinausgehende internationale Verbindung nach dort noch nicht gedacht werden kann. Heute unterdrückt, morgen neu auftauchend, jeht von der Reaktion niedergebrosen, im nächsten Augenblick zum wichtigsten Schlage, den das Proletariat führen kann, zum Generalausstand ausholend, genekt die russische organisierte Arbeiterkraft unserer aller Sympathie; aber indem sie durch im Interesse des Augenblicks notwendig geworden, selbst herbeigeführte Desorganisation dem Schlage des Feindes ausweicht, verhindert sie eine dauernde organisatorische Verbindung mit dem Freunde.

Wie gesagt, außer Rußland sind alle Länder von Bedeutung dem internationalen Sekretariat angeschlossen; so England, Frankreich, die Niederlande, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, die Schweiz, Italien und Spanien. Mit Nordamerika, Südwesten, Queensland, Südastralien, Victoria und Japan wurde Verbindung gesucht. Nordamerika und Japan antworteten bisher auf die Zuschriften nicht. In Australien besteht die Absicht, eine Landeszentrale zu schaffen; deswegen ist von dem Ansatze der jetzt bestehenden vier dortigen Zentralen an das internationale Sekretariat Abstand genommen.

Der uns vorliegende Bericht hat sich bemüht, die Zahl der organisationsfähigen und schon organisierten Arbeiter in den einzelnen Ländern festzustellen, um so gewissermaßen das Feld für die organisatorische Tätigkeit abzustecken. Die Ziffern, die da aus der öffentlichen Statistik gewonnen wurden, sind leider zum Teil sehr alt, am ältesten in Deutschland, wo die Verhältnisse der Volkszählung von 1895 wohl rundweg als veraltet bezeichnet werden können. Die Statistik, welche Industrie- und Landarbeiter auseinander hält, zeigt, daß die Organisation der Landarbeiter zu wünschen übrig läßt. Wo die Gesetzgebung eine Organisation der Landarbeiter nicht hindert, macht offenbar die ökonomische Struktur eine solche unmöglich. Aber auch unter den industriell tätigen Arbeitern bleibt noch ein weites Feld zur Agitation. Ueber die prozentual beste Organisation verfügt Dänemark mit 49,11 Prozent organisierter Industriearbeiter. Das früher für die Gewerkschaftsbewegung vorbildliche England folgt ihm erst in weitem Abstände mit 26 Prozent der organisationsfähigen Industriearbeiter.

Dann kommt Schweden mit 24 Prozent und an vierter Stelle erst Deutschland mit 23,98 Prozent organisierter Industriearbeiter. Oesterreich steht mit 13 Prozent hinter Ungarn mit 15,9 Prozent zurück. Dagegen ist Oesterreich dasjenige Land, in dem die Zentralisation am weitesten durchgeführt ist, vermutlich weil man dort sofort nach deutschem Muster Zentralisationen gründete, während die deutsche Gewerkschaftsbewegung noch die Rudimente der durch die Ausnahmegebung bedingten Gewerkschaftszersplitterung mit sich herumtrug. In England steht es in dieser Beziehung womöglich noch schlimmer, da dort 100 Zentralverbänden mit 1127529 Mitgliedern 1048 lokale Organisationen mit 739224 Mitgliedern gegenüber stehen.

In absoluten Ziffern hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung die englische fast erreicht; hinter insgesamt 1866755 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in England steht Deutschland mit 1822343 nur wenig zurück. Der nächste internationale Bericht dürfte dies Verhältnis noch mehr zu Deutschlands Gunsten verschieben oder aber die deutsche Gewerkschaftsbewegung ziffernmäßig an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung in der ganzen Welt setzen, denn die Zahl der den Landeszentralen angeschlossenen Gewerkschaften hat seit Veröffentlichung des ersten Berichtes vor zwei Jahren in England nur um 16,04 Proz. in Deutschland um nicht weniger als 51,49 Proz. zugenommen.

Interessant ist ein Vergleich der Einnahmen und Ausgaben in den verschiedenen Ländern. Die Gewerkschaftsbeiträge haben in Deutschland allmählich fast die Höhe der englischen erreicht. Während aber die Engländer diese Beiträge wesentlich zum Ausbau ihrer Unterstützungs-Einrichtungen verwenden konnten, wurden die deutschen Arbeiter zur Erhöhung der Beiträge fast jedesmal erst durch einen Kampf mit dem Unternehmertum gezwungen und mußten das Geld auch wieder für solche Kämpfe verwenden. Obgleich die Ziffern, die der internationale Bericht wiedergibt, nicht alle Organisierten umfassen, sind sie doch charakteristisch genug, um die Unterschiede zwischen den Gewerkschaften der einzelnen Länder zu zeigen.

Der Klassenbestand der englischen Gewerkschaften ist mit 94171002 Mark viermal so groß als der der deutschen mit 24658133 Mark. Die Jahresausgabe der Engländer beträgt aber noch einmal die Hälfte des Bestandes, die der Deutschen übersteigt diesen bei weitem.

Angaben über die Ausgaben für Bildungszwecke fehlen in dem Budget der englischen Gewerkschaften; die deutschen gaben für Verbandsorgan und Bibliotheken im Jahre 1905 nicht weniger als 1820425 M. aus. Selbst wenn diese Ausgaben im Budget der englischen Gewerkschaften vorhanden sein sollten und nur in der Abrechnung nicht in die Erscheinung treten, zeigte doch gerade diese Nichtachtung derselben einen tiefen Wesensunterschied zwischen beiden Gewerkschaftsformen. Reiseunterstützung zahlen die Engländer nicht — der englische Arbeiter geht nicht auf die Landstraße, er sei denn zum „Tramp“ herabgekommen —, die deutschen Gewerkschaften wandten dafür mehr als dreiviertel Millionen auf. Ungeheure Aufwendungen müssen dagegen die englischen Gewerkschaften für die in Deutschland staatlich geregelte Kranken- und Invalidenunterstützung machen. Im Budget des deutschen Arbeiters kehren natürlich diese Ausgaben genau so wieder, wie in dem des englischen. Nur ist die Kontrolle über die Verwendung dieser Gelder dem deutschen Arbeiter durch die „Sozialgesetzgebung“ zum guten Teil entzogen. Für Arbeitslosenunterstützung zahlten die Engländer nicht weniger als 13213529 M. gegen nur 2185670 M. in Deutschland. Umgekehrt gestaltet sich das Bild bei der Streikunterstützung. Für diese wandten die englischen Gewerkschaften im Jahre 1905 „nur“ 2579498 M., die deutschen dagegen 11447822 M. auf.

Den Scharfmacherblättern, die wir geschäftig über diese Ziffern herfallen sehen, müssen wir jedoch etwas Vermut in den Wein gießen. In diesen Ausgaben sind nämlich für Deutschland auch die Ausgaben für Ausperrungen enthalten. Und diese haben sich seit dem Jahre 1900, seit sie in der deutschen Gewerkschaftsstatistik gesondert geführt werden, ungeheuer vermehrt.

Table with 2 columns: Year, Amount.
Year 1900: 600 493 M.
Year 1901: 283 576 M.
Year 1902: 308 028 M.
Year 1903: 1 798 801 M.
Year 1904: 1 870 647 M.
Year 1905: 4 196 927 M.

Anscheinend sind die deutschen Scharfmacher mit Erfolg bemüht, im kommenden Jahre diese Ziffern noch um ein paar Millionen zu vermehren. Sel es drum: die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist trotz dieser Last der Unternehmer, vielleicht auch durch sie, stärker und stärker geworden; sie marschiert jetzt an der Spitze der gewerkschaftlichen Bewegung aller Länder!

Auch das kleine Schweden hat mit 3876760 M. für Lohnkämpfe einen erheblich größeren Aufwand machen müssen als die Engländer. Und auch hier erklärt sich dies aus dem Vorgehen der Scharfmacher, namentlich in der Metallindustrie, die im Jahre 1904 ihre Leute in Summa 450000, im Jahre 1905 aber nicht weniger als insgesamt 2500000 Arbeitstage aussperrten!

Hier wie dort, in Deutschland und in Schweden, haben wir eine stürmisch sich entwickelnde Industrie und eine dem angepaßte Gewerkschaftsbewegung; in England haben beide eine Art Beharrungszustand erreicht.

Dem Zweck einer internationalen Regelung des Kampfes oder gar der Unterstützung hat das Sekretariat nur wenig dienen können. Dazu bleibt in den einzelnen Ländern noch viel zu viel am Ausbau der Organisation zu tun.

Für den deutschen Bergarbeiterstreik im Jahre 1905 gingen auf Geheiß des Sekretariats von den Landeszentralen ein: aus Oesterreich 254550 M., aus Ungarn 1000 M., aus dem kleinen Dänemark 10405 M., aus Schweden 112423 M., aus Norwegen 55925 M., aus England — 204 M. (!), aus den Niederlanden 44835 M., aus Frankreich 35225 M., aus Spanien 89825 M., zusammen 1753683 M.

Bei der Unterstützung der ausgesperrten Metallarbeiter in Schweden gingen mehr, nämlich 217456,97 Kronen ein. In der Spitze stand hier im Geben wieder das kleine Dänemark mit 150330 Kronen, dann folgte Norwegen mit 55700 Kronen, an dritter Stelle Deutschland mit 8926,95 Kronen. England steht wieder mit 978,19 Kronen hinter — Finnland zurück; für internationale Solidarität scheinen in der englischen Gewerkschaftsbewegung die Fonds zu fehlen.

Von diesen kleinen Unstimmigkeiten abgesehen, zeigen die Berichte des internationalen Sekretariats eine erfreuliche Entwicklung des Gewerkschaftslebens als nationale Einzelheit ebenso wie in bezug auf die internationalen Beziehungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft untereinander. Dies Stück Arbeit, das da an der Befreiung des Proletariats geleistet wird, ist ureigenstes Werk der Arbeiter selbst.

Daß Arbeiter internationale Beziehungen überhaupt zu finden wußten, ist an sich schon der Bewunderung wert. Die ganze Erziehung der Arbeiterklasse ist darauf gerichtet, sie von ihren Brüdern jenseits der Grenze zu trennen. Mangel an fremdsprachlicher Bildung und Ueberfluß an nationaler Selbstbeweihräucherung und byzantinischer Geschichtsklitterung sind Eigenheiten, welche die Volksschule haben wie die drüben auszeichnen. Aber der Sozialismus wachte die künstlich anezogenen Vorurteile hinweg und gab den Arbeitern die Energie, die Mängel der formalen Bildung auszugleichen, die den internationalen Verkehr erschwerten. Nun, wo die Organisation des internationalen Sekretariats ihnen die Möglichkeit der gegenseitigen Mitteilung gibt, wird die Gewerkschaftsbewegung schnell über die engen Landesgrenzen hinaus ihre Aufklärungsarbeit in die Weltfremde zurückgebliebener Distrikte tragen. Der schnelle Trieb des Kapitalismus, Arbeiter gegen Arbeiter auszuspielen, wird unmöglich gemacht werden und der ökonomischen Aufklärung der internationalen Arbeiterkraft wird bald ihre politische Befreiung folgen!

Das Strafgericht.

Die amtliche Wahlmache für den Gottentotenblock wurde gestern zur Blamage der Blokmehrheit des neuen Reichstags schonungslos aufgedeckt. Genosse Fischer brückte den amtlichen Protektoren, den Agenten des Reichsverbandes, den „wohlbezahlten Hausierburschen des Patriotismus“ ein unilgbares Brandmal auf!

Die Präsektionswahlen Napoleons III. haben am 25. Januar und 5. Februar in Deutschland eine verschlechterte Auflage gefunden. Napoleonisches Preß- und Postgeheimnis hat kaum gewagt, in so sinn- und gewissenloser Weise die Steigerung zu blamieren, wie es durch den Bloktverein und den Reichslügenverband in Deutschland geschehen ist. Die Bloktbetrüger witterten Morgenluft, als die Regierung in der Reichskanzlei, im Marine- und Kolonialamt, im Reichspostamt usw. — wie Fischer nachwies — Beamtenkräfte in den Wahlkreis für den Gottentotenblock stellte! Und als dann der Reichskanzler gegen das „schwarz-rote Kartell“ losging und durch seinen Silberbrief den samosen Generalissimus des Reichslügenverbandes zum Feldherrn der Korruptionswahl ausrief — entleerten sich alle Kloaken der amtlich gespeisten Niedertracht.

Als nun gestern die Regierung für ihre amtliche Wahlbeeinflussung zur Verantwortung gezogen werden sollte, lehnte der Staatssekretär Graf Posadowsky im Namen des Reichskanzlers die Verantwortung der sozialdemokratischen Interpellation mit dem Vorbehalt ab, wenn etwaige angeführte Fälle es nötig erscheinen ließen, werde die Regierung Remedur schaffen. Wilkows Kneiferei scheint also chronisch zu werden! Trotz der Ablehnung einer Antwort wurde die Besprechung der Interpellation beschlossen. Alles parlamentarischen Anstandes bar zeigte sich dabei eine Anzahl freisinniger Abgeordneter, wie Biemer, Pfundtner usw., die den Antrag auf Besprechung der Interpellation nicht unterstützten! Die Bloktfreundschaft hinderte sie daran.

Genosse Fischer geißelte die amtliche Wahlbeeinflussung in ihrem ganzen Umfange. Eine Beeinflussung, die von der Reichskanzlei ausging und bis herunter zum „letzten Feldschützen“ reichte, wie der Zentrumsredner Schäbler sich ausdrückte.

Es ist ja begreiflich, daß sich der Reichskanzler, der bereits die tollste Wahlbeeinflussung in seinem Silberbriefe betrieb und obendrein im Reichstage erklärte, er werde bei kommenden Wahlen der Sozialdemokratie noch „ein ganz

anderes Bed^e vorblafen, der Verantwortung zu entziehen sucht. Aber Antwort wird die Regierung geben müssen auf die Frage, woher der Reichskanzler die Gelder nahm, die er dem Flottenverein usw. zur Verfügung stellte, wenn sie nicht den Vorwurf auf sich lassen wollen, daß sie Mittel aus geheimen Fonds zu Wahlzwecken entnommen habe. Genosse Fischer führte eine Reihe von Beispielen an, wie zu politischen Zwecken Dispositionsfonds geplündert worden sind — für Polizeispitzelei, für den Hülleschen Schriftenverlag gegen die Sozialdemokratie, für Remunerationen für Schulleute im Dienste gegen streikende Arbeiter usw. usw.

Den Nachweis der offiziellen Wahlbeeinflussung erklärte Fischer schon dadurch für erbracht, daß die Verbreitung von Wahlflugschriften von der Reichskanzlei offiziell organisiert worden sei und der ganze Block damit unterstützt wurde. Aber außerdem habe sich das Oberkommando der Schutztruppe in den Wahldienst für den Block gestellt; das Reichspostamt habe Anweisung gegeben, Wahlflugschriften durch die Postdirektoren verbreiten zu lassen; im Generalstabe seien Wahlflugschriften verfaßt usw. Der Reichskanzler habe sich geradezu als Wahlkassierer für die Blockparteien qualifiziert, als er private Spenden annahm und sie durch seine Hände an die Macher der Blockparteien gelangen ließ. Die Version erscheine glaubhaft, daß „die Börse“ sich dabei splendid gezeigt habe, der Dank dafür liege in dem Versprechen einer Börsengesetzreform.

Hätte Fischer mit diesen Feststellungen schon den Zorn der Hottentottenmehrheit erregt, so erweckten die Geißeliebe gegen den Reichslügenverband und seinem Protektor resp. seinen Generalissimus v. Liebert einen wahren Höllestandal auf den Zimferränken.

Aber es wurde trotz wiederholter Blokliebesdienste des präbiterenden Herrn Naempf dem Lügenblock nichts geschenkt. Die skandalösesten und offenbarsten Lügen seiner Flugblätter wurden ihm zerlegt ins Angesicht geschleudert, es wurde unbarmherzige Kritik an der demoralisierenden Wahlpolitik der Liebert-Männer geübt. Der Generalissimus selbst suchte wütend mit einigen Lügenfahnen des Reichsverbandes in der Luft herum und schrie mit seinem Freunde Krendt um die Wette dem Genossen Fischer Worte im Stallknechtstone entgegen — aber es half alles nichts, Fischer vollzog unbeirrt die moralische Hinrichtung an der ganzen Lügengemeinschaft des Blocks. Fischer machte speziell den Reichskanzler für die Wahlummoral verantwortlich, da er für die Mittel geforgt habe, die zu den schändlichen Lügenprodukten des Flottenvereins und Reichsverbandes erforderlich waren.

Auf glühenden Kohlen saß der freisinnige Teil des Blocks, als Fischer die amtliche Wahlhilfe für Eichhoff kritisierte und auf die Tatsache hinwies, daß der Freisinn durch den Silberbrief Bülow's an Liebert in den tollen Wirbel jener Wahlmaße hineingezogen wurde und die strupellose amtliche Wahlbeeinflussung zu seinem Vorteil auszunützen suchte, wobei er der Reaktion die schimpflichsten Vorpostendienste leistete.

Blamiert, geschändet steht die Blockmehrheit vor aller Welt nach diesen Vorhaltungen ihrer Schändlichkeiten, die sie zum Betrug des Volkes bei den Wahlen verübte!

Aufs neue bäumte der Block auf, als der Abgeordnete Schädlar vom Zentrum das von Fischer aufgetischte Sündenregister noch ergänzte, denn auch gegen das Zentrum hat sich die verlogene, schändliche Hebe des Blocks gewandt. Um das Selbstbild der Hottentottenwahlen zu vervollständigen, verlangte Schädlar Auskunft von der Regierung, wie sie sich dazu stelle, daß Schulleute und Staatsarbeiter antreten und von Vorgesetzten den eindringlichen „Wunsch“ anhören mußten: seinen Zentrumsmann zu wählen. Gegen die Einmischung der Staatsleitung in die Wahlen erhob Schädlar schärfsten Protest. Er verlangte, wie Fischer, daß der Reichskanzler Rede und Antwort siehe. Der Reichstag sei seit längerer Zeit „kanzlerlos“, während der Reichskanzler im Landwirtschaftsrat sehr redelustig auftrat und dort seine politische Grabchrift höchstselbst in treffender Weise vorausbestimmte. Für die Zentralstelle der ganzen amtlichen Wahlagitation, die der Flottenverein tatsächlich gewesen, sei Bülow verantwortlich, denn der Flottenverein habe sich in der Wilhelmstraße Nr. 77 — Reichskanzleramt — Rat und „Draht“ geholt.

Schändlich und kleinlich waren die Versuche der Verteidiger jener Wahlmachenschaften, die Anklagen der beiden Oppositionsredner zu entkräften. Und es muß auch jeder fernere Versuch fehlschlagen, weil bei deutschen Wahlen eine so jeder Moral und Gerechtigkeit ins Gesicht schlagende Agitation, wie die gestern gekennzeichnete, noch nie geübt worden ist. Versicherten die Herren Kretz und v. Liebert, daß in Zukunft noch ärger mit dergleichen Mitteln gehandelt und gewählt werden solle, so haben wir die feste Überzeugung, daß dieses korrupte Lügensystem um so eher zusammenbrechen wird.

Den Beweis für die amtliche Beeinflussung hielt der konservativ Kretz nicht für erbracht. Die Ansicht, die er über amtliche Wahlbeeinflussung zum besten gab, kennzeichnet überhaupt den intellektuellen Tiefstand der reaktionären Politik. Um so lächerlicher nimmt sich in solchem Maße die banale Kraftphrasen aus, bei gleichem Zusammenhalt der Bürgerlichen werde die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen ganz aus dem Reichstage hinausgeworfen werden.

Es blieb nun nur noch übrig, daß der Generalissimus des Reichslügenverbandes den Beweis erbrachte, daß unter seiner Führung die Gewissenlosigkeit und die bereits vor aller Welt gebrandmarkte Lügenverbreitung im Reichsverband weiter grassieren wird. Aus dem Archiv des sauberen Verbandes trug dieser neueste Sozialistenlöcher bereits widerlegte Lügen und neu zusammengestellte von ebenso unbedenklicher Art in der nämlichen Weise vor; sie bezeichnen den moralischen Unwert des Verbandes zur Genüge. Im Brusttone der „getränkten Leberwurst“ verkündete er sittlich-stolz, er habe Schöpfkin verklagt, der ihn wegen seiner neulich im Reichstag wiederholten Unwahrheit, Schöpfkin habe die Reichsfahne Schmutzklappen des Hottentottenblocks genannt, einen Lügner genannt hat. Den Titel „Reichslügenverband“ nahm der Tiefgetränkte als Ehrentitel für den Verband in Anspruch.

Heute soll der Kampf weiter geführt werden, wenn der Block — ohne Beihilfe des Freisinnus ist dies freilich nicht möglich — nicht etwa Obstruktion treibt, um die Weiterleitung unserer Interpellation zu vereiteln.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. März 1907.

„Nichts hinzulernt und nichts vergessen!“

Diese Worte, die der Minister v. Studt am Freitag im Abgeordnetenhaus bei der Fortsetzung der Debatte über den sogenannten Schulstreik den polnischen Abgeordneten zurück, charakterisieren so recht die ganze Polenpolitik der preussischen Regierung: Seit Jahren sucht diese dem Vordringen des Polentums Einhalt zu tun, Millionen und Abermillionen werden dafür aufgewendet, und der Erfolg? Gerade das Gegenteil von dem, was die Regierung erwartet, tritt ein. Das Polentum dringt immer weiter vor, die polnischen Stimmen schwellen gewaltig an, die Erbitterung in den ehemals polnischen Landesteilen nimmt zu. Die Regierung aber ist blind; sie vermag sich nicht zu der Einsicht aufzuschwingen, daß allzu scharf scharf macht und daß Druck Gegenstand erzeugt. Unterstützt wird sie in ihrem unbedingten Vorgehen durch eine gefügige Landtagsmehrheit, der es noch nicht genügt, daß die Polen im Verwaltungsbereich anders behandelt werden als die Deutschen, sondern die Lieber heute als morgen ein Ausnahmegericht gegen die Polen haben möchte.

Obwohl es sich bei dem Kampf gegen das Polentum nach den wiederholten Erklärungen der Regierung um eine „nationale Tat“ handelt, sind doch außer dem Zentrum auch die freisinnigen Volksparteier so antinational, daß sie der Regierung die Heeresfolge verlagern. Ihr Redner, Herr Kindler, mißbilligt zwar den Schulstreik, er bekämpft aber zugleich die ganze Ostmarkenpolitik und gibt sich der naiven Hoffnung hin, daß die konservativ-liberale Paarung auch auf diesem Gebiete Wandel schaffen werde! Die weibliche Linie des Freisinnus dagegen ist schon längst mit fliegenden Fahnen ins Regierungslager abgeschwenkt, und sie sucht sich mit den Konservativen und den Nationalliberalen um die Wette als Elitegruppe für den Kampf zur Erhaltung des Deutschtums anzupreisen.

Nach Besprechung des Schulstreiks trat das Haus in die Beratung eines von freikonservativen, nationalliberalen und freisinniger Seite gestellten Antrages auf allgemeine Einführung der sachverständigen Schulaufsicht. In Preußen wird die Schulaufsicht bekanntlich noch in großem Umfange durch Geistliche im Nebenamt ausgeübt, und der jetzige Kultusminister ist nicht nur nicht geneigt, diesem Mißstände ein Ende zu machen, sondern sein Streben geht sogar dahin, den Geistlichen einen immer größeren Einfluß einzuräumen! Das geht selbst den Nationalliberalen zu weit, die doch eben erst durch ihr Eintreten für das Verfassungsrecht bewiesen haben, daß sie bereit sind, die Volksschule der Kirche auszuliefern. Selbst der Abg. Schiffer, der sich um das Zustandekommen jenes volksfeindlichen Gesetzes so hohe Verdienste erworben hat, daß er zum Kammergerichtsrat ernannt wurde, mag wohl keine rechte Freude an seinem Kinde empfinden. Wenigstens läßt darauf die Andeutung in seiner den Antrag begründenden Rede schließen: daß manche seiner Parteifreunde ihm vorwerfen, daß er in seinem Entgegenkommen gegen die Kirche zu weit gegangen sei. Als gewandter Jurist sucht er sich damit herauszureden, daß durch jenes Gesetz die Mitwirkung der Geistlichen an der Volksschule festgelegt ist und daß deshalb eine geistliche Schulaufsicht unnötig sei. Von der Entfernung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan der Volksschule will er nichts wissen, im Gegenteil, er will ihm einen hervorragenden Anteil eingeräumt sehen. Nur sollen die Geistlichen in den Schuldeputationen zwar sitzen, aber die Lehrer nicht beaufsichtigen.

Dieser nationalliberalen Halbheit trat Herr v. Studt entgegen. Er will ganze Arbeit machen und die Volksschule völlig verpfaffen. Er hält vorläufig an seiner Praxis fest und denkt gar nicht an die allgemeine Einführung der sachlichen Schulaufsicht.

Für seine Ausführungen erntete der Minister den lebhaften Beifall der konservativ-liberalen Mehrheit. Herr Glattfelder (Z.), der nach ihm das Wort ergriff, will, daß die Schule die Kinder religiös-sittlich erziehe. Das könne aber am besten von der Geistlichkeit kontrolliert werden. Kenntnisse sind Nebensache, die Hauptsache bleibt die gute Bezeichnung.

Nichts hinzulernt und alles vergessen! —

Preßtreiberereien.

Die Angriffe gegen den Grafen Posadowsky mehren sich in der Presse, und zwar finden sich diese Preßattentate in solchen Blättern, die sich guter Beziehungen zum Reichskanzleramt erfreuen: eine Tatsache, die darauf schließen läßt, daß sie in einem bestimmten Interesse erfolgen. Die größte der Anrempelungen des Grafen Posadowsky fand sich bisher im „Samb. Korrespondenten“, einem Blatt, in dem, seit es in den Besitz Scherls übergegangen ist und seine Redaktion gewechselt hat, manchmal solche offiziösen Notizen zur Ablagerung gelangen, die man in Berlin aus gewissen Gründen nicht gerne veröffentlichen möchte. Neuerdings schiebt sich auch die „Frankf. Ztg.“, deren gute Beziehungen zur Wilhelmstraße ebenfalls bekannt sind, dem Treiben an. In der Form einer Polemik ihres Berliner Korrespondenten gegen die „Deutsche Tagesztg.“ leistet sie sich folgenden verstellten Ausfall:

„Woh! frommer Wunsch! Latet anguis in herba. Der Staatssekretär des Innern ist, auch wenn er preussischer Staatsminister ist, wie nun einmal unsere Reichsverfassung ist, ein Untergebener des Reichskanzlers. Er hat sich mit dessen Politik nicht nur mehr oder weniger zu identifizieren, sondern er hat sie einfach vollständig zu vertreten. Er hat auch den Kanzler nicht mehr oder weniger warm, sondern er hat ihn nach besten Kräften zu vertreten, und wenn er das — wir sprechen rein theoretisch und vom praktischen Falle ganz abgesehen — nicht mehr will oder kann, wofür er ja sehr achtbare Gründe haben kann, so ergibt sich die ganz natürliche Folge, daß der Kanzler und sein Stellvertreter nicht mehr zusammenwirken können. Wir wissen nicht, ob dieser Fall jetzt vorliegt, und haben bisher keinen genügenden Grund, es zu glauben. Wir wollen gegenüber der Bemerkung des agrarischen Blattes nur darauf aufmerksam machen, welches nach der Reichsverfassung die Stellung eines Staatssekretärs zum Reichskanzler ist.“

Die „Köln. Volksztg.“ bezeichnet diese Notiz in richtiger Einschätzung als eine „Bülow-offizielle“ Verwarnung. Darüber ist die „Frankf. Ztg.“ sehr erboht. Sie schreibt in ihrem heutigen vierten Morgenblatt:

„Die „Köln. Volksztg.“ behauptet, daß die „Frankfurter Zeitung“ dem Grafen Posadowsky eine „Bülow-offizielle“ publizistische Verwarnung erteilt habe und findet sie in der Polemik, die unser Berliner Korrespondent im 4. Morgenblatt vom 13. d. M. gegen die „Deutsche Tageszeitung“ geführt hat. In dieser Polemik war nichts enthalten als ein Hinweis auf die staatsrechtliche Stellung eines Staatssekretärs gegenüber dem Reichskanzler. Nach der „Köln. Volkszeitung“ muß also die Erwähnung, daß ein Staatssekretär ein Untergebener des Reichskanzlers sei, den geheimen Zweck haben, dem Staatssekretär einen Stieb zu verfehen, und das natürlich im Auftrage des Kanzlers. Nun, wir begreifen, daß es denjenigen, die mit ultramontanen Trübs veritaat sind, keine Schwierigkeiten macht, die Handlungsweise einer solchen „publizistischen Verwarnung“ anderen zuzutrauen. Aber wir

erklären der „Kölnischen Volkszeitung“, daß ihre Behauptung nichts als eine böswillige Auslegung ist und daß sie gar kein Recht hat, zu bezweifeln, daß wir den Grafen Posadowsky als Sozialpolitiker aufrichtig schätzen und sein Verbleiben im Amte aufrichtig wünschen. . . .

Es mag sein, daß man in Frankfurt a. M. den Grafen Posadowsky als Sozialpolitiker aufrichtig schätzt, vielleicht ist man dort auch bei der Aufnahme der Notiz so unangenehm anzunehmen, sie verfolge lediglich den Zweck, festzustellen, daß Posadowsky der „Untergebene des Reichskanzlers“ ist; aber sollte auch Herr Stein mit der Notiz keinen anderen Zweck verfolgt haben? Wie halten ihn nicht für so politisch naiv, sich zum Vergnügen solche Feststellungen zu leisten. —

Deutsches Reich.

Die Konservativen und der agrarische Reichskanzler.

Die konservativen Blätter nehmen die agrarischen Verordnungen, die sich der Reichskanzler gestern beim Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsrats geleistet hat, recht kühl auf. Die „Kreuzztg.“, die gewöhnlich über die Vorgänge, die sich hinter den Kulissen in den Ministerien abspielen, gut unterrichtet ist, festigt sogar die Bülow'sche Tischrede mit einer gewissen unerkennbaren Ironie ab. Sie meint, Bülow hätte ja schon oft ähnlich vor den Parlamenten und besonders vor dem Herrenhause gesprochen und die Grundrücksichten eines Diplomaten müsse man immer mit der stillen Frage aufnehmen: „Was will er von mir?“ Die „Kreuzztg.“ ist demnach, wie es scheint, über gewisse von Bülow gesehene Veränderungen in der Regierung gut unterrichtet und sieht den Zweck der Rede darin, für Bülow's Wünsche ein wenig Stimmung zu machen.

Die „Kreuzztg.“ springt denn auch mit dem Kanzler keineswegs fein säuberlich um. Nachdem sie angedeutet hat, daß sie die Stimmungsmache durchschaut, kritisiert sie die Bülow'schen Ausführungen über die Notwendigkeit der Börsengesetzreform in folgender Weise:

„Aber leider zeigte sich in den folgenden Ausführungen des Reichskanzlers, daß er sich seiner Verdienste um die gesamte Volkswirtschaft noch nicht einmal ganz bewußt ist, und daß er noch kein Recht auf die Anschrift hat, die er selbst für seinen politischen Leichstein bestimmt. Er kennt konservativen und Agrarier mit Scheulappen, und er selbst hat sich eine Wunde vor die Augen legen lassen. Denn welchen glänzenden Beweis für die ausgleichende, allseitig fördernde, Liebertreibende und Rücksichtige hinterhaltende Wirkung seiner Wirtschaftspolitik kann ein Staatsmann sich wünschen, als den, daß das Effektenpapier außer Landes geht?“

Man hat dem Reichskanzler vorgeworfen, daß Börsengesetz mit seinem Terminregister und seiner Einschränkung des offiziellen Terminhandels habe die Berliner Börse in den Zustand der Inferiorität gesetzt. Ich nein, die Sache verhält sich ganz anders. Diejenigen Börsen ziehen das größte Geschäft an sich, die die größten Kurschwankungen, also auch die größten Gewinnchancen aufzuweisen haben. Die stetige Entwicklung unserer Volkswirtschaft, die Frucht der „langweiligen“ Politik des Fürsten Bülow, hatte nun unsere heimischen Börsenwerte so stabil gemacht, daß an ihren minimalen Schwankungen nichts mehr zu verdienen war. . . .

Was der Reichskanzler von dem Einfluß des Börsengesetzes auf den Wundelmarkt sagte, zeigt ebenfalls, daß er nicht gut unterrichtet ist. Die Börsenberichte aller Zeitungen haben seit Jahren betont, daß die Ansprüche der Effektenpekulation an den Geldmarkt nur gering waren. Eine genaue Untersuchung wird sicher ergeben, daß nicht wir die Scheulappentäger sind. —

Offizielle Wahrheitsliebe.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ weiß auf unsere gestrige Feststellungen gegen die Bestialität der Kommunehäcker nur mit einigen Verlegenheitsworten zu antworten.

Sie beginnt mit der Verdrehung, daß der „Vorwärts“ den Hinweis des Reichskanzlers auf diese Bluttat der Kommune „nicht mehr für eine Verleumdung zu erklären“ wage. In Wirklichkeit wissen wir gerade durch eine Reihe neuer Feststellungen nach, wie ungeredhtfertig die sittliche Entrüstung des Reichskanzlers über die Bluttaten der — Kommune sei. Nicht die Kommune, sondern ihre Gegner hätten sich der bestialischen Gewalttaten schuldig gemacht! Das offiziöse Organ sucht seine Leser also über den wirklichen Inhalt unserer Notiz zu täuschen!

Zur Sache selbst erklärt die „Nordd. Allgem. Ztg.“ erstens: Die Versailler Regierung und die päpstliche Kuratur habe in Sachen des Auswechslungsvertrages ganz einwandfrei gehandelt, da sonst an Stelle des Erzbischofs Darbois und der Geistlichen andere Geiseln erschossen worden seien. Fürst Bülow suchte doch aber gerade das Zentrum durch die Erschießung des Erzbischofs Darbois über die Sozialdemokratie scharf zu machen. Im übrigen wäre es überhaupt nicht zur Erschießung auch nur einer einzigen Geisel gekommen, wenn, wie wir feststellten, die Regierungstruppen nicht durch ihre viehische Bestialität zur Vergeltung angezogen hätten!

Zweitens: Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ meint, die Versailler Regierung habe hauptsächlich deshalb die Auswechslung abgelehnt, um nicht durch irgend eine Art von Verhandlungen den Schein der Anerkennung der kommunistischen Aufständler und Verbrecher als kriegsführender Partei zu erwecken. Das offiziöse Organ gesteht damit nur zu, daß die Versailler Regierung die Pariser Kommunards von vornherein à la Trotha zu behandeln beabsichtigte, daß sie die wenigen Geiseln preisgab, um dafür bis zu den Knien im Blute der eigenen Volksgenossen waten zu können! In der Tat wurden denn auch für die 63 Geiseln, die nach den Bestialitäten der Regierungstruppen am 23. und 24. Mai erschossen wurden, 20 000 Menschen abgeschlachtet!

Drittens: Als Beweis für die Grausamkeit der Kommunards zitiert die „Nordd. Allgem. Ztg.“ eine Auslassung von Ashburne über die an den Generalen Leronte und Thomas verübte Lynchjustiz. Die in diesem Blatte geschilderte Tatsache ist von uns nie bestritten worden. Wohl aber unter schlägt wiederum benutzt das offiziöse Organ die andere und wichtigere Tatsache, daß dieser Akt der Lynchjustiz nur provoziert wurde durch das Blutvergießen, das vorher durch diese Generale veranlaßt worden war! Es bleibt also das Faktum bestehen, daß der Bürgerkrieg von der Regierung zuerst begonnen wurde! Festgestellt zu werden verdient übrigens noch die Tatsache, daß die beiden Generale von ihren eigenen Soldaten getötet wurden. Vergebens bemüht sich Offiziere der Nationalgarde, also führende Kommunards, diesen Akt der Vergeltung zu verhalten!

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ empfiehlt und schließlich, von einer weiteren Erörterung der grauenhaftesten Ereignisse der Kommunegzeit“ abgesehen. Wir begreifen durchaus diesen Wunsch des offiziösen Organs, bedauern jedoch, ihm im Interesse der historischen Wahrheit nicht entsprechen zu können. Worauf ein weiteres darüber! —

Das Falkenstein Offiziersheim wirft seine Schatten voraus.

Mit dem Schluß des vergangenen Jahres wurde, wie wir mitteilten, die Heilanstalt Falkenstein im Lannusgebirge ihrem gemeinnützigen Zweck entzogen. Die im Jahre 1872 mit rund 50 000 Talem Kapital errichtete, bis zum Tode Dettweilers (1896) berühmte Lungenschulstalt, sollte vor zwei

Jahren in eine städtische Volks-Lungenheilanstalt umgewandelt werden. Gegen diesen humanen Plan wurde von einflussreichen wohlhabenden Kreisen losgewettert, weil sonst die Gegend verstaubt werden würde. Darauf wurde der Plan ausgeregt, an Stelle einer Lungenheilanstalt für Kinderbrennstelle ein Rekonvaleszentenheim für Offiziere zu errichten. Einige Aktionäre verzichteten auf ihren Aktienbesitz von 75 000 M. zugunsten dieses Planes. 425 000 M. wurden durch Sammlungen unter sehr vermögenden Leuten aufgebracht. Die Summe wurde dem Kaiser zur Verfügung gestellt. Es kam dann eine Stiftung zustande, in deren Namen der Landrat des Oberaunus-Kreises v. Marx Ende des vergangenen Jahres eine halbe Million zur Erwerbung Falkenstein zwecks Umbauung der Heilanstalt in ein Rekonvaleszentenheim für Offiziere zahlte. Bei der Mitteilung dieser Tatsache gaben einige bürgerliche Blätter ihrer Freude darüber Ausdruck, daß nun definitiv der Plan einer Lungenheilanstalt für Unbemittelte gescheitert und damit die schöne Taunusgegend, von der Gefahr einer Versteufung befreit sei. Die Befürchtung einer solchen Gefahr war vollkommen grundlos: es ist schlechterdings unverständlich, weshalb eine Gesundheitsgefährdung durch eine Anstalt dann eintreten soll, wenn sie nicht mehr nur der Heilung von Kranken, sondern wesentlich der Unbemittelten dienen soll. Wie uns mitgeteilt wird, wird nunmehr aber durch die Errichtung eines Offiziersheims gerade die Gefahr heraufbeschworen, die man von einer Volksheilanstalt zu Unrecht erwartete: am Sonntag soll das gesamte Mobiliar der seit 35 Jahren benutzten Falkenstein Heilanstalt für Schwindsüchtige versteigert werden. Eine solche Maßnahme, die doch lediglich durch den Wunsch, einige Mark heranzuschlagen, erklärlich wird, dürfte in der Tat geeignet sein, die Tuberkulose weiter zu verbreiten. Im öffentlichen Interesse läge es, wenn der Landrat denselben Eifer, den er zwecks Errichtung des Rekonvaleszentenheims für Offiziere entwickelt hat, schleunigst zur Vorbeugung der Weiterverbreitung der Tuberkulose durch Inhabierung der Versteigerung noch im letzten Augenblick entwickelte. —

Positive Zentrumsarbeit.

Der „Baugewerkschaft“, dem Blatt des Verbandes christlicher Bauhandwerker, wird aus der Eifel geschrieben: „Wie sehr die Verhältnisse der Steinarbeiter in manchen Gegenden niedriger liegen, kann man deutlich in der Eifel sehen. Von der Handhabung einer Bundesratsverordnung merkt man hier keine Spur und von einer regelmäßigen Arbeitszeit erst recht nicht. Im Sommer machen verschiedene Kollegen zwei bis drei Tage blau, die übrigen Tage aber wird gearbeitet von morgens 4 Uhr bis abends 9 Uhr. Daß dies keine gesunden Zustände sind, muß jeder redigierende Kollege zugeben. . . . Wäre hier eine geregelte Arbeitszeit vorhanden, sowie ein den Verhältnissen entsprechender Stundenlohn, so wären diese Missetände bald verschwunden. Wieviele Kollegen haben um die Bundesratsverordnung gekämpft, und hier wird sie mit Füßen getreten. Was wann werden denn hier die Kollegen zur Einsicht kommen?“

So das christliche Fachblatt. Mitte der Vier Jahre haben unsere Leute von Köln aus einen Vorstoß nach der Eifel gemacht; in Mayen, dem Mittelpunkt einer lebhaften Steinindustrie, wurde eine Organisation geschaffen, die bald einen beträchtlichen Teil der dortigen Steinarbeiter umfaßte. Das machte die Geistlichkeit mobil, die zunächst in der üblichen Weise gegen den Verband weiterle, sodann eine Gegenorganisation gründete, mit der es den hochwürdigen Herren gelang, unsere Organisation zu vernichten. Als das geschehen war, erschloß auch die Eifel für die eigene Schöpfung, die christliche Organisation verschwand, und wenn seitdem für die Steinarbeiter in der Eifel nichts geschehen ist, wenn sie auf das Ärgste ausgebeutet werden, so trägt daran das Zentrum schuld, dessen „positive Arbeit“ darin besteht, die Arbeiterbewegung zu zerstückeln und da lahmzulegen, wo sie dem Merkantilismus gefährlich werden könnte. —

Vom „Sauberdenton“.

In einer Wählerversammlung im Wahlkreis Schwesigeracker der Zentrumsabteilung, nünnehriger Reichstagsabgeordneter Hauß, mit einem Lehrer aneinander. Weil der Lehrer sich als liberal bekannte, meinte Herr Hauß, die Gemeinde dürfe einen solchen Mann nicht länger im Amte dulden. „Als nun“, so berichtet die „Korrespondenz des deutschen Lehrervereins“, der Lehrer zu seiner Verteidigung die Anwesenden zu Jungen dafür aufrief, daß er trotz seiner Zugehörigkeit zum Liberalismus stets seine religiösen Pflichten erfüllt habe, nannte ihn der Herr Pfarrer einen Komödianten. Der Herr Reichstagsabgeordnete wollte hinter seinem Gesinnungsgenossen im geistlichen Gewand um seinen Preis zurückbleiben und warf dem sich entfernenden Lehrer den Hofnamen „Hornschfe“ an den Kopf.“

In einer Auseinandersetzung mit den Berliner Facharbeitern ergab sich die „Baugewerkschaft“, das Fachblatt der christlichen Bauhandwerker, in folgenden Lebenswahrheiten:

„Es stellt einem vor dieser inneren Unwahrhaftigkeit. Und diese Spottgeburt von Dred und Feuer, welche die Arbeiterinteressen in tausendfacher Weise schädigt, besitzt die dreifache Stütze, die christlichen Gewerkschaften, die es eifrig mit den Interessen der Arbeiter und deren christlicher Weltanschauung meinen, zu verteidigen.“

An einer anderen Stelle schreibt das christliche Blatt gegen die Berliner Arbeitervereine:

„Diese Gesellen, die vorgeben, aus „idealen Gründen“ sich katholisch zu organisieren. Ein unglücklich bitteres Gefühl überkommt uns, wenn wir denken an den Mißbrauch dieser Worte jenseitwärts. Diese Leute und Ideale! — o bittere Ironie. Prinzipiell borniert, praktisch fanatisch, im Gewande der Ehrlichkeit, so sollte man diese Wismutmaschappe, die sich bemüht, alle volkswirtschaftlichen Begriffe zu verdunkeln und alle fortschrittlichen Bestrebungen zu hindern, nennen.“

Darauf erwidert der „Arbeiter“, das Organ der Berliner:

„Wir wollen der „Baugewerkschaft“ hiermit erklären, daß wir auf diese Art niedriger Polemik nicht reagieren. Auf den Gasten lassen wir uns nicht ein. Wir gestehen aber, daß wir am allerwenigsten durch solche Wismutereien uns werden abhalten lassen, in jeder Hinsicht für unsere Verbandsglieder einzutreten.“ —

Dernburgische Bilanz.

Welche großartige Gewandtheit Dernburg in der Aufstellung von Bilanzien besitzt, haben seine Denkschriften über die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Kolonien bewiesen. Einen neuen Beweis für dieses Geschick erbrachte ein am Dienstag vor der Bodumer Straßkammer verhandelter Prozeß, der sich um die Veröffentlichung vertraulich gehaltenen Ubersichten der Betriebsergebnisse der Deutsch-Luxemburg-Werke drehte, an denen die Darmstädter Bank stark interessiert ist und in deren Aufsichtsrat deshalb Dernburg vor seinem Eintritt in den Staatsdienst den Posten des Vorsitzenden bekleidete. Günstige Briefe über Deutsch-Luxemburg in der Presse hatten den Kurs der Aktien der Gesellschaft so bedenklich in die Höhe getrieben, daß einflussreiche Blätter Zweifel an der günstigen Lage hegten. Trotz derartigen Spekulationen stieg der Kurs noch zusehends. Da erhielt der Handelsdirektor Müller-Tortmund im August 1906, kurz vor dem Uebergang Dernburgs in den Staatsdienst, durch Untere eines Registraturbeamten streng vertraulich gehaltene Mitteilungen des Aufsichtsrates über den Stand der Gesellschaft. Diese, in die Presse gebracht, machten der Hausfabrik der Darmstädter Bank jähling ein Ende. Die aufsehenerregenden Mitteilungen brachten den Kurs der Luxemburgaktien gewaltig herunter. Der Angeklagte räumte sich in der Prozeßverhandlung, wie die „Germania“ berichtet, sich ein volkswirtschaftliches Verdienst durch die Aufdeckung

der wahren Lage der Gesellschaft unter Dernburg erworben zu haben. Die Bemerkungen Müllers lösten einen Mist hinter die Kulissen der Hausfabrik aus. Der Angeklagte schied aus seiner Verbindung mit dem Registraturbeamten von Deutsch-Luxemburg über die Gesellschaft und ihre Verbindung mit der Darmstädter Bank noch zu wissen. In dem Prozesse wurde auch mitgeteilt, daß nach Veröffentlichung des vertraulichen Briefes über den Stand der Gesellschaft der Nachfolger Dernburgs im Aufsichtsrat der Deutsch-Luxemburg, Stinnes, von Berlin aus dringend ersucht wurde, auf telegraphischem Wege ein Dementi der Nachricht zu geben. Stinnes dementierte aber nicht und leistete damit der Hausfabrik keinen Vorbehalt. —

Terroristisches aus Baden. Man schreibt uns: Die Militärvereine werden wie die edlen Rasse am reaktionären Wagen bald hilt, bald holt gezeugt. Vor zwei Jahren traten sie offiziell für sozialdemokratische Kandidaten an die Landtagswahlen. Heute sucht man sie von der Berührung mit der Sozialdemokratie abzuhalten. Noch mehr: sie sollen uns mit ihren genagelten Stiefeln in den Boden stampfen. Da ist ein Epigone des Adelsgeschlechts v. Oppenau auf die nicht mehr originelle Idee gekommen, die Sozialdemokraten von dem Besuche der Wirtschaften fern zu halten, damit sie — verburten. Der Oberleutnant a. D. verfaßte einen Armeekorpsbefehl an sämtliche Wirte seines Städtchens Oppenau, worin er von ihnen die unterschriftliche Zusage fordert, keine sozialdemokratische Veranstaltung in ihren Wirtschaftsräumen zu dulden. Als zeitliche Strafe für die Weigerung wird der Ausstoß aus dem Bunde der Oppenauer Krieger angedroht. Und doch fanden sich zwei Wirte, welche so anständig und klug waren, sich dem Erbbedeligen der badischen Sprudelgegend nicht geschäftlich drangsalieren zu lassen.

Sehr schön geht auch die badische Staatsbehörde der Eisenbahnen mit der Abschreckungstheorie voran. Der Eisenbahnerverband erfuhr am 1. März eine Maßregelung; die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen entzog dem Verein die Erlaubnis, sein Verbandsorgan „Der Eisenbahner“ für den noch unter dem Namen „Vahndienstliche“ unentgeltlich an die einzelnen Stationen befördern zu lassen. Diese Ungnade zog sich das Blatt zu, weil es entgegen den Warnungen Artikel aufnahm, worin sich Mitarbeiter über Einrichtungen und Angehörige der badischen Staatsbahnverwaltung in durchaus unpassender Weise ausgelassen haben.“

Diese preussischen Behörden nachgeahmte Befehdung eines Verbandsorganes der Bediensteten wird in Baden den gewünschten Erfolg nicht haben. Der „Bad. Eisenbahner“ teilt mit, daß man in der Vorstandssitzung es begrüßte, nunmehr von einem Druck befreit anzutreten zu können; die gleiche Stimmung herrsche im ganzen Lande, daß man mit solchen Mitteln das nationale Gefühl der Eisenbahner nicht gehoben habe.“ —

Nachwahl in Randow-Gröfenhagen?

Bei der Prüfung der Wahl des Abgeordneten v. Steinäder stellte sich in der Abteilung heraus, daß die Alten eine Annahmeerklärung des zum Abgeordneten Proklamierten nicht enthalten. Die Abteilung gab deshalb die Alten, wiewohl ein Protest nicht eingelaufen ist, an die Wahlprüfungskommission ab. —

Ausland.

Frankreich.

Viviani gibt den Ausbeutern nach.

Paris, 14. März. (Fig. Ber.)

Einige Tage hat es eine Art Konflikt zwischen dem Ministerium und den Radikalen gegeben. Die Delegation der Linken hatte nämlich eine von Delcassé beantragte Resolution zur Frage der Sonntagsruhe angenommen, die eine „liberale“ Anwendung des Gesetzes bei „Aufrechterhaltung seines Prinzips“ forderte, d. h. eine den Interessen der Unternehmer entsprechende Interpellation, während Viviani auf einer genaueren Einhaltung der Gesetzesvorschriften zu beharren schien. Clémenceau hat sich sogar am Montag in seiner Polemik gegen Jaures auf diese sozialpolitische Energie des Ministeriums nicht wenig zugute getan. Gestern aber ließ die Delegation der Linken Viviani vor ihre Schranken laden, und der „sozialistische“ Minister nickte sehr knieweich zusammen. Er erklärte sogar, daß das Gesetz mancher Abänderungen bedürfe und daß die Regierung die Initiative dazu ergreifen werde! Er verlangte nur, daß man ihm dafür keinen Termin setze und ihn nicht zu sehr dränge, da sonst die öffentliche Meinung aufgeregt werden könnte. Doch verpflichtete er sich, die Abänderungsbestimmungen vor den großen Parlamentsferien vorzulegen. — Begreiflicherweise war die kapitalistische und kleinbürgerliche Mehrheit der Linksparteien von diesen Erklärungen überaus befriedigt, und der Millionär Josef Reinach, einer der typischsten Vertreter des arbeitereindlichen Liberalismus, legte den Vorkauf einer Vertrauensresolution vor, die die Kammer am Freitag annehmen soll. Natürlich kommt auch da die Aufrechterhaltung der „wesentlichen Prinzipien“ des Gesetzes über den wöchentlichen Arbeitstag vor. Was aber der Majorität das Vertrauen zur Regierung einflößt, das ist die Erwartung einer weitgehenden liberalen (largement libérale) Anwendung des Gesetzes und das Versprechen, die „notwendigen Abänderungen“ vorzuschlagen.

Die zwei Vertreter der „unabhängigen Sozialisten“ wollten wenigstens den Schein der sozialpolitischen Unabhängigkeit ihrer Parteigenossen im Ministerium retten und sie beantragten daher eine einfache Tagesordnung, die die Erklärungen Vivianis zur Kenntnis nahm; die Mehrheit jedoch bestand auf der Reinachschen Formel, die die Abhängigkeit der Sozialpolitik der Regierung von der bürgerlichen Mehrheit zu unzweideutigem Ausdruck bringt.

Die Arbeiterklasse aber weiß heute, daß sie nur auf ihre eigene Kraft rechnen darf, wenn sie verhindern will, daß ihr der Arbeitstag hinwegeskatotiert werde. Vom „Sozialisten“ Viviani, der der Kommandierung von Soldaten zum Streikbruch zugestimmt hat und sich selbst unter das Kommando eines Reinach stellt, ist nichts übrig geblieben als eine schöne Programmrede, die neben Veilands Generalstreikreden und den Aufsätzen und Reden Clémenceaus für die bürgerliche Freiheit als ein wertvoller Beitrag zur Psychologie der bürgerlichen Politik bestehen kann. —

England.

Nacht-Kombinationen.

London, 14. März. (B. T. B.) Reuters Bureau erzählt, daß die Redung von Verhandlungen behufs Abschlußes einer „Entente à quatre“ (Viermächte-Verbindungen) zwischen England, Frankreich, Rußland und Japan, betreffend den fernem Osten, unklar ist. Wahrscheinlich, daß Verhandlungen im Gange seien zwischen England und Rußland sowie zwischen Rußland und Japan. Obwohl diese Verhandlungen vollständig unabhängig geführt würden, hätten sie doch Beziehung zu einander. Die Annahme, daß die englisch-russischen Verhandlungen sich hauptsächlich auf Persien bezögen, sei nicht zutreffend; sie erstreckten sich auf ein viel weiteres Gebiet. Hinsichtlich Persien seien England und Rußland übereingekommen, sich nicht in seine inneren Angelegenheiten einzumischen; auch seien bestimmte Gebiete abgegrenzt, in denen keine der beiden Mächte Handelskonzessionen zu erwerben suchen wird. Nach den letzten offiziellen Nachrichten aus Teheran dauere der Kampf der verschiedenen Parteien in der Bevölkerung noch an, doch sei ein Angriff auf die fremden Staatsangehörigen nicht wahrscheinlich. Das Anerbieten einer gemeinsam zu gewährenden Anleihe sei zwar von Persien bisher noch nicht angenommen, sei aber trotzdem nicht zurückgefallen worden. Auch bezüglich Libets sei die Stimmung unter den Mächten zufrieden-

stellend. Sowohl in dieser wie in anderen Angelegenheiten sei ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen, gleichwohl sei es vorzuziehen, zu sagen, daß die Erzielung eines endgültigen Übereinkommens unmittelbar bevorstehe, obgleich angenommen werde, daß die Unterzeichnung eher eine Frage von Wochen als von Monaten sei. Die Verhandlungen zwischen Rußland und Japan, besonders mit Bezug auf den Handelsvertrag, nähmen einen befriedigenden Fortgang.

Niederlande.

Auf die Interpellation über den Schiffbruch bei Goel van Holland hat der Handelsminister unserem Parteigenossen Van Kol schriftlich geantwortet, wogegen, da die Kammer zurzeit Ferien hat, an sich nichts einzuwenden ist. Die Antwort selbst jedoch kann nicht befriedigen. Minister Beegans schreibt, die Firma Hubig u. Pieters zu Rotterdam habe ihm mitgeteilt, daß den Vorgesetzten der Postschiffe der „Great Eastern Railway Company“ keine besonderen Anweisungen über die Einfahrt bei Goel van Holland gegeben seien, sondern daß es ihnen selbst überlassen werde, die nötige Vorsicht walten zu lassen. Dieser Behauptung stehen die Aufzeichnungen zahlreicher Sachverständigen entgegen, wie auch die Tatsache, daß Schiffe anderer Gesellschaften, die allerdings keine Post an Bord haben, bei schwerem Sturm und Nebel eine so gefährliche Einfahrt wie die bei Goel van Holland nicht wagen und befehlige Wetter abwarten, wofür besonders unser Bruderorgan „Het Volk“ Beweise genug veröffentlicht hat. Im übrigen hält der Minister die Rettungseinrichtungen bei Goel van Holland für ausreichend und erachtet Verbesserungen nicht für notwendig. —

Bulgarien.

Die Ermordung des Ministerpräsidenten.

Sofia, 13. März. (Fig. Ber.)

Dimitar Petkoffs Mörder sei — so meinte man anfänglich — ein über die Schließung der Universität empörter Student. Es fehlte auch nicht an Zeitungsgaunern, welche sofort die Sozialdemokraten für die Tat verantwortlich machen wollten. Der Mörder selbst aber hat sich nun als Mitläufer der konservativen Volkspartei erklärt. Somit ist das Attentat ein höchst charakteristisches Zeichen für die Gerechtigkeit, welche die Repressionspolitik der gegenwärtigen bulgarischen Regierung im Lande geschaffen hat.

Die reaktionäre Regierung selber hat sich gerade in der letzten Zeit durch Gewaltmißbräuche ausgezeichnet. Zu der geschicklichen Schließung der Universität und der Eskamotierung ihrer Autonomie gestellte sich die Anwerbung von Klopfflechterbanden, die gegen die Opposition tobten mußten. Die Verfolgungen der regierungsgegnerischen Presse, die Aufnahme einer ungünstigen Staatsanleihe von etwa 150 Millionen Frank, von der ein großer Teil für Militärzwecke verwendet werden soll, kamen hinzu. Dieses Festhalten hat nun eine Atmosphäre geschaffen, deren Verantwortlicher als Opfer gefallen ist. —

Sofia, 15. März. (B. T. B.) Die heute fortgesetzte Untersuchung wegen der Ermordung Petkoffs hat Inhaltspunkte für die Annahme ergeben, daß jene sozialistischen Elemente unter der Studentenschaft, die bei Eröffnung des Nationaltheaters den Fürsten auspuffen und mit Schneebällen beworfen, mit dem Morde wenigstens in entferntem Zusammenhang stehen. Mehrere Studenten wurden verhaftet, ebenso die übrigen Mitarbeiter des Blattes „Balkanska Tribuna“. Die Redaktion dieses Blattes soll von dem Morpplon Kenntnis gehabt haben, auch einige Mitglieder der radikal-demokratischen Fraktion scheinen in die Angelegenheit verwickelt zu sein. Petkoff hat, wie nunmehr festgestellt ist, am Vormittag seines Todestages, während zwei Freunde bei ihm weilten, einen Drohbrief erhalten, den er lachend vorlas. Er bemerkte, er könne nicht ermordet werden, weil er niemandem Böses zugehört habe. Es verlautet, daß der diplomatische Agent in Petersburg, Paprilow, auf telegraphische Berufung des Fürsten nach Sofia kommen werde. Die Berufung wird auf den Umstand zurückgeführt, daß der Fürst in ähnlichen Fällen stets die Ansicht des Petersburger Agenten höre. Auch gilt es nicht als ausgeschlossen, daß Paprilow bei der Um- oder Umbildung des Kabinetts in Betracht kommen werde.

Sofia, 15. März. (B. T. B.) Zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei der Leichenfeier für den ermordeten Minister Petkoff sind strenge Maßnahmen getroffen worden; im Laufe der Nacht wurden alle verdächtigen Personen verhaftet.

Seute nacht wurde in der Nähe des Bahnhofes der mazedonische Bandenführer Trajko Christow von hinten erschossen. Der Mörder konnte in der Dunkelheit entfliehen; es scheint sich um einen persönlichen Racheakt eines Mazedoniers zu handeln.

Sofia, 14. März. (B. T. B.) Während der Mörder des Ministerpräsidenten Petkoff bisher ein selbstbewußtes Benehmen zur Schau trug, beginnt er jetzt kleinmütiger zu werden und zeigt bereits Reue. Das Verhör mit ihm wird unter Zugiehung von Zeugen abgehalten, um etwaigen Behauptungen zu begegnen, daß der Mörder bei seinen Aussagen beeinflusst worden sei. Die gerichtsarztliche Untersuchung ergab, daß der Mörder geistig normal, wenigstens hochgradig gealtert sei. Die meisten Verhafteten wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. Im ganzen sind etwa 30 Personen noch in Haft, darunter einige, mit welchen der Mörder befreundete Zusammenkünfte hatte. Hierzu gehören der Student Dimitrow und die entlassenen Beamten Ritschew, Bojadschiew, Ghranow und Grahew. Der Mörder gestand, daß er den Mord unter dem Einfluß der verheißenden Artikel der oppositionellen Presse sowie wegen seiner eigenen und seiner Partier bezweifelten materiellen Lage verübt habe. Er gestand ferner ein, daß der Mordplan mit den Komplizen zu wiederholten Malen beraten worden sei, wobei beschlossen wurde, den Fürsten Ferdinand oder den Minister Petkoff oder Genadiew zu töten, damit das jetzige gescheiterte Regime beseitigt werde. Auch zwei in Frankreich studierende Universitätslehrer hätten den Mörder brieflich zu der Mordtat aufgehetzt. —

Marokko.

Tanger, 14. März. Der Inspektor der marokkanischen Polizei, Oberst Müller und sein Adjutant Hauptmann Fischer sind heute hier eingetroffen. Bei der Landung wurden sie auf dem Quai vom ersten Sekretär der portugiesischen Gesandtschaft, den Majoren Rangin und Santa Oalla sowie dem Hauptmann Mascot empfangen, denen Oberst Müller seinen Adjutanten Hauptmann Fischer vorstellte. Ein Vertreter des Nachens war nicht zugegen.

Amerika.

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten gewinnt immer mehr Raum in der öffentlichen Meinung. Die Reichthümer der Bahngesellschaften schwellen ungeheuer an, und ihre rückwärtslose Verweigerung auf öffentliche Kosten erscheint in weiten Kreisen immer deutlicher als Gemeinshaden. Im Senat brachte Patterson von Colorado einen Antrag auf Verstaatlichung der Bahnen ein und hielt eine große Rede, in der er zu beweisen suchte, daß die Staaten von Rechts wegen sich der Bahnen bemächtigen könnten. Die Kosten dafür würden 11 000 bis 12 000 Millionen Dollar betragen, die durch Regierungsschuldheime aufgebracht werden sollten. Er berechnete, daß bei sparsamer Verwaltung die Personenerhöhung um die Hälfte und die Beförderung der Waren ganz beträchtlich herabgesetzt werden könnte. Die Verstaatlichung würde in Kürze kommen müssen und könne von keiner Macht der Erde aufgehalten werden.

Die allgemeine Stimmung gegen die Eisenbahnen ist den dabei in Frage kommenden Großkapitalisten höchst unangenehm, und einige der größten Gesellschaften haben ihre Präsidenten zu Roosevelt geschickt, um mit ihm über die Lage zu konferieren. Der bekannte J. P. Morgan war am Dienstag bei Roosevelt, um die Eisenbahnfrage zu besprechen. Roosevelt strebt eine größere Kontrolle über die Bahnen durch die Bundesbehörden an, wogegen sich die Bahngesellschaften bisher ganz besonders gestraut haben.

In 28 Staatsparlamenten schon wurden in der letzten Zeit Gesetze angenommen, die alle darauf hinausliefen, die Macht und die Ausbeutungsmacht der Bahngesellschaften zu beschränken, besonders aber die Raten zu ermäßigen.

Washington, 18. März. (Meldung der „Associated Press“.) Es kann autoritativ berichtet werden, daß Präsident Roosevelt seine Haltung gegenüber den Eisenbahnen nicht ändern wird, obgleich gegeben wird, daß die Regierung nicht beabsichtigt, mit einem extrem radikalen Angriff gegen die Bahnen im allgemeinen vorzugehen. Dem Präsidenten naheliegende Persönlichkeiten hören, daß die Eisenbahngestellten in ihn dringen werden, Schritte zu tun, um die im Publikum herrschende Verwirrung, die die Kapitalanlage in Eisenbahnen und den Bau von solchen zu stören droht, zu beruhigen. Präsident Roosevelt hat seit seiner Unterbrechung mit Morgan mehrere Besprechungen mit dem Vorsitzenden der zwischenstaatlichen Verkehrskommission Knapp und anderen Mitgliedern derselben gehabt. Der Präsident ist noch immer der von ihm im Dezember ausgesprochenen Ansicht, daß die Eisenbahnen in der Zeit seit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes erhöhte Einnahmen und zum Teil ganz ungewöhnlich hohe Dividendenverteilungen aufgewiesen haben und daß hierdurch die Behauptung der Eisenbahngesellschaften, das neue Gesetz würde sie zugrunde richten, widerlegt sei.

Gewerkschaftliches.

Abgeblüht!

Der liberalen „Augsburger Abendzeitung“, die schon zum zwölften Male die Freude hatte, in ihrem politischen Teil an erster Stelle die Gründung eines gelben Vereins in Augsburg mitteilen zu können, kam, nachdem die Maschinenfabrik Augsburg in ihrem Geschäftsbericht geschrieben hatte, daß sich der gelbe Verein für die Fabrik als sehr segensreich erwiesen habe, denn es wurden einige Millionen Reingewinn erzielt, ebenfalls der Appetit nach einem solchen für das Unternehmertum so segensreichen gelben Verein und sie schickte sich an, die Buchdrucker ihres Betriebes mit einem gelben Verein in Form einer Pensionskasse zu beglücken. Das Organ der großindustriellen Scharmacher und die Kloake des Reichsverbandes fiel dabei aber ganz gewaltig herein. Die Buchdrucker piffen auf die „Wohltat“ und sagten, daß ihnen ihre Organisation allein der Rückhalt ist und daß sie es auch noch sein wird, wenn bereits alle Pensionskassen und gelben Vereine der Vergessenheit anheimgefallen sein werden. Die „Abendzeitung“, die bisher mit Vorliebe die „braven“ Buchdrucker gegen die „terroristischen“ Gewerkschaften ausgespielt hat, diese nämlich „Abendzeitung“ schimpft jetzt ebenso auf die von gewissenlosen Agitatoren verhehlten Buchdrucker. In seinem gerechten Horn entließ dem liberalen Blatte unbemerkt der liberale Mantel und es schaut hervor der Wolf; es sagt zum Schluß seines Lamentos über die mißglückte Gründung: „Derartige Vorkommnisse dürfen nicht außer acht gelassen werden, wenn man demnächst daran geht, die Rechtsposition solcher Berufsvereine noch zu verstärken.“ — Jetzt sind die Wahlen vorbei, jetzt zeigt sich der Liberalismus in seiner wahren Gestalt!

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Eine ungemein stark besuchte Versammlung der Vertrauensmänner des Holzarbeiterverbandes fand am Donnerstagabend in der Brauerei „Friedrichshain“ statt. — Glorreich erstatte Bericht über die am Dienstag abgehaltene Einigungsverhandlung. Nachdem er den bekannten Verlauf derselben eingehend geschildert hatte, teilte er mit, daß, nachdem die Verhandlungen am Dienstag abgebrochen waren, auf Veranlassung des Herrn v. Schulz am Mittwoch und Donnerstag bereits wieder private Verhandlungen zwischen Vertretern beider Parteien stattfanden. Aber auch diese haben kein Ergebnis gehabt. Die Vertreter der Arbeiter vertreten im Einverständnis mit der Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes den Standpunkt, daß sie in ein Vertragsverhältnis nicht eingehen können, wenn ihnen nicht eine sofortige Verkürzung der Arbeitszeit von einer Stunde wöchentlich und eine weitere Verkürzung von einer Stunde nach einem Jahre zugestanden werde. Auch auf einer sofortigen Lohnhöhung bestanden die Arbeitervertreter, während die Arbeitgeber erklärten, sie seien an die Beschlüsse ihres Verbandes gebunden und könnten diese Forderungen nicht bewilligen. Es ist also auch bei diesen Besprechungen kein Resultat erzielt worden und die Verhandlungen seien nunmehr endgültig gescheitert; der Kampf geht weiter. Stusche, der die Ausführungen des Referenten ergänzte, sagte unter anderem: Nachdem nun die Verhandlungen gescheitert sind, wird der Kampf schärfere Formen annehmen. Die Arbeitgeber werden versuchen, die Aussperrung auf die Provinz auszuweiten, vielleicht sogar unter Vertragsbruch in solchen Orten, wo Verträge bestehen. Vorwände zu solchen Vorgehen finden sich ja, wie man in Steglitz gesehen hat. — Jedenfalls wird der Kampf noch längere Zeit dauern. Wir werden ihn durchführen, unsere Kollegen werden die Opfer bringen, welche nötig sind, um den Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen.

Die rege Diskussion war eine Befundung vollen Einverständnisses mit der Haltung der Verbandsvertreter. Es wurde ausgeführt, die Kollegen hätten mit Unwissen die Nachricht vernommen, daß Verhandlungen mit den Arbeitgebern angefaßt seien, um so großer sei dann über die freundliche Genugtuung gewesen, als man erfuhr, daß die Verbandsvertreter eine feste und konsequente Haltung eingenommen haben, die von den Kollegen vollkommen gebilligt wurde. Der Herr v. Schulz führte unter anderem aus: In Burg und Halle habe der Arbeitgeber-Schutzbund bereits ein Glas geschüttet; der von den Unternehmern ins Werk gesetzte Kampf nehme einen für die Arbeiter günstigen Verlauf. In Halle haben die Hirche auch wieder eine Verdäuerrolle gespielt. Sie haben einen geheimen Vertrag mit den Arbeitgebern abgeschlossen, der ihnen in 3 Jahren eine Lohnhöhung von 2 Pf. zusichert, jedoch sollen sie, wenn der Holzarbeiterverband mehr erreicht, dieselben Löhne bekommen, die dem Verbande gewährt werden. — Die gegenwärtigen Kämpfe in Berlin und anderen Orten Deutschlands brechen sich in letzter Linie nicht um Lohnhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit, sondern es sei ein großer Kampf zwischen dem Arbeitgeber-Schutzbund und dem Holzarbeiterverband. Haben doch die Arbeitgeber jetzt gesagt, sie würden sich an die Seite der Rühnmänner stellen, um die Arbeiter noch energischer als bisher bekämpfen zu können. Diese Drohung macht natürlich keinen Eindruck. Der Holzarbeiterverband führt den Kampf unbeirrt weiter. — Nach weiterer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung der Vertrauensleute des deutschen Holzarbeiterverbandes erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie billigt ferner das Verhalten der Ortsverwaltung bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern ausdrücklich. Verpflichtet wird die Ortsverwaltung, den Unternehmern nicht weiter entgegen zu kommen.

Die arbeitenden Kollegen sind bereit, zur Durchführung des Kampfes das größte Opfer zu bringen. Von den Aussperrten wird erwartet, daß dieselben auch ferner den Kampf mit aller Energie führen.

Die Aussperrten waren am Freitagvormittag in der „Neuen Welt“ versammelt. Ueber den Stand der Aussperrung teilte der Referent Stusche mit: In der vorigen Woche ist die Zahl der Aussperrten und Streikenden um 202 zurückgegangen. Seit dem 9. Februar, dem Höhepunkt der Aussperrung, hat sich die Zahl um 991 vermindert. Am Sonnabend, den 9. März, waren 5563 Aussperrte und Streikende vorhanden. — Ueber die vergeblichen Einigungsverhandlungen erstatte der

Referent einen eingehenden Bericht. Die Versammelten gaben durch Zwischenrufe und Beifallsausdrücke unzweideutig zu erkennen, daß sie sich mit der Haltung ihrer Vertreter bei den Einigungsverhandlungen in vollem Einverständnis befinden. Mit höchstem Nachdruck nahm die Versammlung die Mitteilung von der Drohung des Herrn Rahardt an, die Tischlermeister würden es so machen wie die Metallindustriellen, nämlich keine Mitglieder des Holzarbeiterverbandes einstellen, sondern nur für Unorganisierte die Betriebe öffnen. Diese Drohung bezeichnete der Referent als unwirksam und nicht durchführbar, denn die Metallindustrie könne sich zum großen Teil auf ungelernete Arbeiter stützen und finde deshalb mehr Unorganisierte und Indifferente wie die Holzindustrie, die fast ausschließlich auf gelernte Arbeiter angewiesen, die den Wert der Organisation begriffen haben. Der Verlauf der Verhandlung zeigte, daß man in den Reihen der Aussperrten auf die Einigungsverhandlungen keine Hoffnungen gesetzt hatte und daß deshalb niemand durch den ergebnislosen Verlauf und das völlige Scheitern derselben enttäuscht ist. Die Lösung: Ohne Verbesserung der Verhältnisse, namentlich ohne Verkürzung der Arbeitszeit, schließen wir keinen Vertrag mit den Arbeitgebern ab, fand allseitigen Beifall. Die Versammelten waren besetzt von dem Gedanken: Wenn auch die Arbeitgeber jetzt die von Herrn Rahardt angedrohten schärferen Kampfmittel anwenden sollten, wir halten aus, wie wir bisher ausgehalten haben.

Die Verhandlungen im Tapezierergewerbe.

Die gestern stattgefundenen und den ganzen Nachmittag dauernden, haben noch zu keiner Einigung geführt, sollen jedoch am Montag fortgesetzt werden. Wie berichtet wurde, fand in einer Mitgliederversammlung des Tapeziererverbandes, die den großen Saal der Brauerei Friedrichshain füllte, über den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen, schilderte jedoch zunächst die Lage des Lohnkampfes, die als über Erwarten günstig für die Gehilfenschaft bezeichnet werden muß. Die Zahl der Streikenden und Aussperrten ist auf 780 zurückgegangen, während die Zahl derer, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, auf 890 gestiegen ist. Aus den Verhandlungen, die mit allgemeinen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Innung und denen der Gehilfenschaft begannen, ist besonders eine Aeußerung des Möbelfabrikanten Ball bemerkenswert. Herr Ball, der auch sein Teil zum Scheitern der Einigungsverhandlungen mit den Holzarbeitern beigetragen hat, sagte zu den Vertretern der Tapezierergehilfen: „Schnen Sie sich nur nicht nach den Fleischtöpfen der Holzarbeiter, denn die werden selten ein Stück Fleisch darin finden.“ — Die Verhandlungen selbst führten nach langem Hin und Her dazu, daß die Innungsvertreter folgende Angebote machten: Verkürzung der Arbeitszeit auf 50 1/2 Stunden, also um 30 Minuten; Erhöhung des Gehilfenlohns auf 68 Pf. bis zum 31. Januar 1908, von da ab auf 70 Pf.; Erhöhung der Löhne derer, die höhere Löhne haben, um 3 Pf. und vom 1. Februar 1908 ab um weitere 2 Pf.; Erhöhung der Affordätze um 10 Proz. und Festsetzung des Minimallohnes der Rührinnen auf 40 Pf.; zwecks Revision des Mebertarifs Einschub einer aus 5 Meistern und 5 Mitgliedern der Mebertarifs-Kommission bestehenden Kommission. Hinsichtlich der Arbeitszeit erklärten die Innungsvertreter noch, daß, wenn die Verhandlungen nicht scheitern sollten; sie scheinen also geneigt, auf die geforderte 50 stündige Arbeitszeit einzugehen zu wollen. Die Gehilfenvertreter konnten ihre Zustimmung zu den Angeboten, namentlich hinsichtlich der Löhne und der Arbeitszeit, nicht geben. Darum wurden die Verhandlungen abgebrochen; man erklärte sich jedoch gleichzeitig bereit, sie am Montag fortzusetzen.

Die gestrige Mitgliederversammlung des Tapeziererverbandes nahm nach kurzer Diskussion einstimmig eine Resolution an, in der die Zugeständnisse der Meister als unzureichend bezeichnet werden, die Leitung der Organisation jedoch beauftragt wird, die Verhandlungen fortzusetzen und dabei auf Annahme der Forderungen, wie sie in der Versammlung am 24. Februar normiert worden sind, zu drängen.

Die Automobilfahrer.

Hätten bekanntlich das Einigungsamt noch einmal anrufen müssen, weil verschiedene Unternehmer dem ersten Spruche sich nicht fügen wollten. Die Verhandlungen fanden am Freitag mittag statt. Von der Vereinigung der Unternehmer waren als Vertreter anwesend Krieger, Schmidt und Kandelhard. Die Fahrer waren vertreten durch Kettig, Weder und Schmielewski. Wagenratrat v. Schulz führte den Vorsitz. Die Frage des Wagenwäschens mußte genauer präzisiert werden, und man einigte sich dahin, daß der Fahrer 45 Pf. zu zahlen habe und dafür den Wagen gewaschen und gepulvt erhalte. Noch einmal wurde mit Nachdruck betont, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen. Die anwesenden Vertreter der Unternehmer erkannten an, daß es nicht zu billigen sei, wenn einzelne Firmen die Vertrauensmänner von der Wiederanstellung ausschließen und es wird erwartet, daß die Maßregelungen zurückgezogen werden. Der Arbeitsnachweis der Unternehmer, gegen den die Fahrer mit Recht sehr mißtrauisch sind, wird aufgehoben. Das wurde ebenfalls zugestanden. Und damit waren die Widerstände gegen die Einigung beseitigt, ausgenommen bei der Bedag-Gesellschaft. Die Firma Bedag war vor dem Einigungsamt nicht vertreten und hatte auch niemand mit der Vertretung beauftragt. Herr Krieger machte telephonisch einen Vermittlungsvorschlag, damit auf der ganzen Linie der Frieden mit den Fahrern wiederhergestellt werden könnte, aber die Firma verhielt sich durchaus ablehnend. Somit werden die Bedagfahrer die Arbeit noch nicht wieder aufnehmen. Es heißt, daß Bedag sich viel auf die neugegründete gelbe Gewerkschaft verläßt. Die Fahrer wollen ihr Augenmerk darauf richten, daß die Gelben nicht zu üppig ins Kraut schießen und das schlechte Beispiel keine Nachahmung finde; denn es besteht an einigen Stellen eine Neigung dafür.

Nach den Erfahrungen der ersten Tage sind die Fahrer mit den Resultaten unter der erhöhten Lage und ihrem verringerten Anteil gar nicht zufrieden. Viele haben nur sehr geringe Einnahmen, wenn sie sich auch zu trösten suchen, daß es mit der Zeit sich wieder bessern werde. Man hat bemerkt, daß die Unternehmer bei der Wiederanstellung der Leute gerade diejenigen übergehen, welche während der Aussperrung ausgebildet worden sind, aber später die Garagen verlassen und zu den Aussperrten traten. Ueberhaupt ziehen sie die alten Fahrer vor, weil diese die tüchtigen Leute sind, während sie mit den ehemaligen Arbeitswilligen manche schlechte Erfahrung gemacht haben.

Die Firma Baer Sohn ersucht und einem Gerücht entgegenzutreten, nach welchem die Geschäftsbücher dieser Firma, Große Frankfurterstraße 20, Bräudenstraße 11 und Chausseestraße 24a/23 beschlagnahmt seien. Wir erklären hiermit, daß zurzeit Differenzpunkte zwischen uns und der Firma Baer Sohn nicht bestehen. Die von uns beschlagnahmte Firma Baer u. Sohn, Rosenhallerstraße, ist mit Baer Sohn nicht in Verbindung zu bringen. Verband der Schneider und Schneiderinnen, Filiale Berlin.

Deutsches Reich.

Der Lohnkampf im Schneidergewerbe.

Der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe verbreitet die Nachricht, daß heute, Sonnabend, in circa 40 Städten die Aussperrung der Schneider begonnen werden solle, falls nicht noch im letzten Moment zwischen dem Zentralverband und der Zentrale der Arbeitgeber in München eine Annäherung stattfindet. — Es handelt sich um circa 15 000 Arbeiter, die in Betracht kommen.

Auch in Chemnitz stehen die Schneidergehilfen in der Lohnbewegung. Sie haben den Prinzipalen vor einiger Zeit einen Tarif zur Annahme unterbreitet. Die Antworten gingen spärlich ein und die eingingen, waren meist Ablehnungen. Eine Schneiderversammlung, die sich mit der Lage der gegenwärtigen Lohnbewegung befaßte, hätte am liebsten den Streik beschloffen, was aber der anwesende Gauleiter zu verhindern verstand. Nun haben die Arbeitgeber durch ihren Verband einen Tarif den Gehilfen vorgelegt und ein Ultimatum gestellt, das aber die Gehilfen nicht beachteten. Es ist insoweit möglich, daß die Gehilfen am Sonnabend ausgesperrt werden.

Die Tarifbewegung in der Leipziger Holzindustrie.

Allen Anschein nach wird die Tarifbewegung in der Leipziger Holzindustrie einen ebenso ersten Charakter annehmen, als in Berlin usw. Wenigstens legen die Leipziger Unternehmer alles darauf an, den Holzarbeitern das Entgegenkommen so weit wie möglich zu verweigern. Nach dem am 10. Januar erfolgten Kündigung des am 1. September 1904 in Kraft getretenen und noch bis zum 1. April d. J. gültigen Tarifes ließen sie geraume Zeit nichts von sich hören, bis dann die Ortsverwaltung der Holzarbeiter die Einladung zu einer Sitzung auf den 4. März erhielt. In dieser Sitzung wurde den Delegierten der Holzarbeiter unter der Versicherung, daß die Unternehmer den Frieden im Gewerbe wollen, ein Vertragsentwurf unterbreitet, der schon im Titel unannehmbar war. Es sollten nämlich die Hirsch-Tunderschen und die christlichen Holzarbeiter, von denen die einen mit etwa 90 bis 20 Mann, die anderen mit sage und schreibe — 4 Mann in Leipzig antreten können, als gleichberechtigte Kontrahenten gelten. Damit enthielt aber der Entwurf eine solche Menge Verschlechterungen — von Verbesserungen war überhaupt keine Rede —, daß die letzte Versammlung der Holzarbeiter ihn glatt ablehnte. So wollen die Unternehmer die Arbeiter unter 20 Jahren, für die gegenwärtig ebenfalls ein Mindestlohn besteht, in Zukunft noch „freier Vereinbarung“ — lies nach freiem Ermessen des Unternehmers — entlohnen; die bestehende Garantie des Stundenlohnes bei Affordarbeit wollen sie ausheben und dafür den Affordarbeitern wöchentlich nur einen Abschlag zahlen im Verhältnis zur fertigestellten Arbeit. Darüber, wie weit die Arbeit fortgeschritten sei, befindet natürlich der Unternehmer. Dann tangieren sie eine Menge Maschinenarbeiter willkürlich in die Gruppe Hilfsarbeiter, die sie ebenfalls nach „freier Vereinbarung“ entlohnen wollen. Und das ist nur ein Teil der Verschlechterungen, die ihnen nach eigenem Geständnis zum großen Teil aus Berlin diktiert worden sind. In ihren beiden Versammlungen haben aber die Leipziger Holzarbeiter bewiesen, daß sie nicht weils sind, sich dem Diktum der Unternehmer zu fügen. Sie haben den Wochenbeitrag auf 1 R. erhöht und sehen dem ihnen aufgezwungenen Kampf mit Ruhe und Zuversicht entgegen.

Ausland.

Die Wiener Bädereffekten.

finden urplötzlich in eine Lohnbewegung eingetreten. Es kommen etwa 6000 Bädereffekten in Betracht, die in 700 Betriebsstätten beschäftigt sind. Der Ausbruch des Ausstandes kam für die Meister ganz unerwartet und hat auch die Bevölkerung vollständig überrascht. Zahlreiche Schüler mußten gestern in die Schule, ohne Frühstück mitnehmen zu können. Es wird nur in den wenigsten Betrieben gearbeitet, wo die Meister die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben. Die Meister, welche entschlossen sind, die Forderungen der Gehilfen den äußersten Widerstand entgegenzusetzen, wollen sich damit helfen, daß ein Teil von ihnen die Betriebe vollkommen schließt und bei den anderen arbeiten geht. Die Gebäudeträger haben sich mit den Gefellen solidarisch erklärt.

Streik und Aussperrung dänischer Schiffszimmerer. Die Zimmerer der Schiffswerften in Kopenhagen haben die Arbeit niedergelegt, weil eine geringe Erhöhung ihrer Stundenlöhne von den Unternehmern rundweg abgelehnt wurde. Die Unternehmer suchen sie nun durch Aussperrung ihrer Kollegen an anderen Orten zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Die Arbeitgebervereinigung hat bereits angekündigt, daß vom Donnerstag nächster Woche ab alle organisierten Zimmerer der Schiffswerft in Helsingör ausgesperrt werden sollen.

Aus Industrie und Handel.

Panik an der Börse. Während die industriellen Marktberichte die Wirtschaftslage wenigstens für die nächste Zukunft noch sehr optimistisch beurteilen, überraschte die Berliner Börse am Dienstag durch eine ganz unermutete Devoute. Die Kurse gingen sprunghaft zurück. Als man später erfuhr, daß an der Londoner und New Yorker Börse die Tendenz an dem Tage festgeblieben war, machte sich am Mittwoch auch in Berlin wieder einige Erholung bemerkbar. Aber das war nur ein Tag. Obwohl die erwartete Diskonterhöhung der Londoner Börse nicht vorgenommen wurde, rief hier und in New York eine panikartige Bewegung die Kurse noch heftiger herunter, als am Dienstag in Berlin. Am Donnerstag wiederholte sich denn auch hier in noch schärferer Weise das Spiel vom Dienstag. Gegen Schluß der Börse trat infolge der Intervention der Großbanken eine geringe Erholung ein. Am Freitag wurden Verkaufsofferten vom Tage vorher teilweise zurückgezogen. Trotzdem hatte die pessimistische Stimmung in der letzten Stunde wieder Oberhand. Aus Washington wird vom 14. März gemeldet, daß der Schatzsekretär Cortelton Maßnahmen getroffen hat, um der panikartigen Stimmung am New Yorker Geldmarkt abzuhelfen. Die 18 Millionen Dollar Noten, welche nach dem Abbruch des Schatzsekretärs Shaw vom 22. Oktober 1906 jetzt hätten eingelöst werden müssen, sollen vorläufig noch im Verkehr bleiben. Ferner sind Polizeimeister in den Städten, wo dies für wünschenswert befunden worden ist, angewiesen, die Polizeiangänge bei den Filialen der Nationalbanken zu hinterlegen, die bereits in denselben Städten wie die Postämter errichtet sind. Der Schatzsekretär hat ferner bekannt gegeben, er werde mit Jinsen bis zum 1. Juli d. J. bis zu einem Betrage von nicht über 25 Millionen Dollar vierprozentige im Jahre 1907 einlösliche sogenannte registered or coupon-bonds der Regierung der Vereinigten Staaten einlösen, die sofort zur Rückzahlung eingereicht werden können.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine gut verwaltete Bank.

Speyer, 15. März. (W. S.) Bei der hiesigen Gewerbebank wurden durch eingehende Revision große Unterschlagungen sowie das Fehlen von Deposits konstatiert. Der Kassierer der Bank, Wendelin Müller, ist seit einigen Tagen verschwunden. Bis jetzt sind Veruntreuungen in Höhe von 480 000 Mark festgestellt. Es handelt sich um Depotunterschlagungen.

Lawinenstürze.

Innsbruck, 15. März. (W. S.) Aus Nordtirol werden noch immer zahlreiche Lawinstürze gemeldet; die Jäger haben große Verluste erlitten. In der Mühltaler Klamm ging heute früh eine Lawine nieder, durch die der Betrieb des Elektrizitätswerkes unterbrochen ist. Jell am Jiller wurde von einem orkanartigen Schneesturm heimgesucht.

Die Kultur verbreitet wird.

Gaag, 15. März. (W. S.) Laut amtlicher Meldung aus Celebes sind bei einem Kampf, den die niederländischen Truppen mit den Eingeborenen hatten, 280 Eingeborene, darunter mehrere Häuptlinge, gefallen, sowie 72 Männer und 200 Frauen gefangen genommen worden. Die Truppen hatten 6 1/2 Tote und 10 Verwundete. —

Reichstag.

10. Sitzung vom Freitag, den 15. März, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf v. Posadowsky. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des am 18. September 1906 in Bern abgeschlossenen Zusatzabkommens zum internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnverkehr vom 14. Oktober 1890.

Dieses wird debattellos angenommen. Es folgt die Interpellation Albrecht und Gen. (Soz.) betr. Eingriffe von Behörden usw. bei der Reichstagswahl. Sie lautet: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Reichskanzleramt, das Reichsmarineamt, das Reichspostamt und das Oberkommando der Schutztruppen in die Agitation für die Wahl zum Reichstage eingegriffen haben, und zwar sowohl durch Erteilung von Aufträgen und Winken, als auch durch Herstellung und Verbreitung von Agitationsmaterial und die Sendung von Agitatoren für die Wahl von Kandidaten der sogenannten nationalen Parteien?“

Ist weiter dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der deutsche Flottenverein, der von den Polizeibehörden als unpolitische Verein angesehen und behandelt wird, die Wahlagitation durch Wort und Schrift beeinflusste und dabei im Einverständnis mit dem Reichskanzleramt handelte?

Und was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese ungeschehlichen Handlungen zu tun?

Auf Anfrage des Präsidenten, ob der Reichskanzler zur Beantwortung der Interpellation bereit sei, erklärt

Graf Posadowsky: Der Herr Reichskanzler lehnt die Beantwortung der Interpellation ab in Hinsicht auf seine allgemeinen Erklärungen vom 25. und 28. Februar. Sollte sich bei der Verhandlung der Wahlprüfungen ergeben, daß berechnete Beschwerden gegen Maßnahmen einzelner untergeordneter Beamten vorliegen, so wird der Reichskanzler nicht zögern, die geeigneten Verfügungen zu erlassen.

Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) findet die Besprechung der Interpellation statt, da die Unterstützung (50 Stimmen) ausreicht. Mit den Sozialdemokraten stimmen Zentrum, Polen und einzelne Freisinnige.

Graf Posadowsky verläßt den Saal!

Abg. Fischer (Soz.):

Im Grunde ist ja die Antwort, die der Herr Staatssekretär im Auftrage des Reichskanzlers verweigert, in ihrem wesentlichen Teile auch eine Antwort. Denn wenn der Reichskanzler sich frei von Schuld und Pein fühlte, so hätte er die Gelegenheit nicht verpasst, uns nachzuweisen, daß bei der Interpellation vorausgesetzte Mißbrauch der Amtsgehalt in den von uns aufgeführten Fällen nicht zuträfe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er uns mitteilt, daß er bereit sein würde, falls einzelne Fälle von Amtsmissbrauch sich herausstellen sollten, auf ihre Abstellung zu dringen, so ist das für den vorliegenden Fall ganz bedeutungslos, denn die Interpellation richtet sich nicht darauf, was untergeordnete Beamte getan haben, sondern sie richtet sich gegen die Fälle und gegen all das, was der Herr Reichskanzler selber getan hat. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Seitdem der Reichstag existiert, hat er unverbrüchlich an dem Grundsatz festgehalten, daß die Wahlen sich vollziehen ohne jeden Einfluß der Regierung und ihrer Organe auf den Ausgang der Wahl. Und in dieser Auffassung von der Notwendigkeit des Schutzes des Wahlsheimnisses waren alle Parteien dieses Hauses einig bis auf einzelne Abgeordnete der Parteien. Diese Auffassung hat sich im Laufe der Jahre nicht abgeschwächt, sondern verstärkt, und sie hat im letzten Reichstag auf Antrag der Nationalliberalen und Konservativen noch eine Ausdehnung erfahren. Man mag zu den Fällen Braun und Budwald stehen wie man will, so steht doch das eine fest, daß diese Wahlen laffiert sind, weil eine unberechtigte Wahlbeeinflussung schon darin erblickt wurde, weil schon 6 Monate vor der Wahl ein Landrat ein Wahlflugblatt unterzeichnet hat und weil ein Minister in einer öffentlichen Versammlung einen konservativen Kandidaten als nicht geeignet zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bezeichnet hat. Diese strenge Auffassung des Reichstages hat bewirkt, daß alle Bundesregierungen diese Beschlüsse des Reichstages respektierten, mit Ausnahme einiger preussischer Landräte, die besonders schwer zur politischen Wohlstandigkeit, die der Reichstag immer gefordert hat, zu erziehen zu sein scheinen. Seitdem der Typus eines solchen preussischen Landrats in die Reichskanzlei eingezogen ist (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), seitdem scheint mir doch auch die Rolle abgewandert zu sein. Mit vollem Recht hat der Reichstag alle Einmischungen der Regierung und ihrer Organe als unzulässig zurückgewiesen. Denn hätte eine Regierung das Recht, auf die Gestaltung der Wahlen einen Einfluß auszuüben, dann wäre schließlich der Ausgang einer Wahl nur noch abhängig von dem mehr oder weniger hohen Grade der politischen Gewissenlosigkeit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Den die Regierung anzuwenden sich für befugt hält, von dem Grade der

politischen Korruption,

den die Regierung auszuüben imstande ist. (Unruhe rechts. Sehr gut! b. d. Soz.) Auf welchem niedrigen Niveau würde die Regierung die von ihr abhängigen Beamten stellen, wenn es Aufgabe der Beamten wäre, je nach der politischen Auffassung der Regierung bei den Wahlen Mittel der Regierung zu sein. Sogar ein ehemaliger Landrat, der Herr Abg. Windler, hat jüngst hier erklärt, daß die Regierung diesen Sabotageverbrechen der politischen Überzeugunglosigkeit höchstens von ihren politischen Beamten fordern könne, nicht aber auch von den Justizbeamten, den Lehrern usw. Der preussische Landwirtschaftsminister ist freilich anderer Meinung. Er hat jüngst eine Verfügung erlassen, wonach die preussischen Forstbeamten aus dem Verein preussischer Forstbeamten auszutreten und das Abonnement auf das Vereinsorgan abzubestellen hätten, lediglich deshalb, weil dieses Organ mit der Gehaltsregulierung der Forstbeamten nicht einverstanden gewesen ist. In dem Geheimverlaß heißt es: Wer dieser meiner Erwartung nicht entspricht, wird in der Folge von dem Aufrücken in eine höhere Gehaltsstufe ausgeschlossen und hat nicht darauf zu rechnen, daß er im Besitz der Stimmrechtszulage bleibt. Vorstehendes ist sämtlichen Forstbeamten mitzuteilen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Durch die Zentrumpresse ist leithin auch ein Geheimverlaß des Regierungspräsidenten von Treier gegangen, worin er bittet, ihn Mitteilung über Beamte und Beamte zu machen, welche in regierungsfeindlichem Sinne gewählt haben! Der Reichstag hat sich also immer mit Recht diese Einmischungen verboten, und er hat damit nichts anderes getan, als was die national-liberale Partei vor 40 Jahren forderte, bald nach ihrer Gründung, zu der ihr ja vor wenigen Tagen der Reichskanzler gratulierte. Freilich ist das schon 40 Jahre her, heute ist die Drehscheibe nach rechts gedreht. (Weiterkeit b. d. Soz. und im Zentr.) Im Wahlmanifest der Nationalliberalen vom 18. Juni 1867 heißt es: „Im Parlament erklieden wie die Vereinigung der lebendigen, wirksamen Kräfte der Nation. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ist unter unserer Mitwirkung zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht. Wir verheßen uns nicht die Gefahren, welche dieses Wahlrecht mit sich bringt.“ (Zurufe b. d. Kat.) Die Gefahren, meine Herren, lagen

damals für Sie auf der andern Seite. Sie schrieben, daß Pressefreiheit, das Versammlungs- und Vereinsrecht durch die Polizei verkümmert werden, daß die Volksschule sich nicht genügend entfalte, daß bei den Wahlen sich bureaukratische Einwirkungen geltend machen (Hört! hört! b. d. Soz.), ja die Nationalliberalen waren immer höflich zur Regierung, auch wenn sie Prügel bekommen haben. (Weiterkeit b. d. Soz. und im Zentr.) Diese bureaukratischen Einwirkungen sind das, was wir heute Wahlbeeinflussungen nennen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der frühere Vorsitzende der Wahlprüfungskommission Herr Spahn hat die Grundlage, nach welcher die Wahlprüfungskommission verfahren ist, gesammelt und zusammengestellt. Und da so viele neue Herren hier sitzen, läge es nahe, diese Spahn'sche Zusammenstellung zu verlesen. Doch will ich darauf verzichten und nur einige Grundzüge hervorheben: Wenn seitens der Kommunalbehörden oder der Staatsregierung Wünsche für die Wahl eines bestimmten Kandidaten geäußert werden, so ist das unberechtigte Wahlbeeinflussung.

Wenn Landräte, ohne öffentlich aufzutreten, an Beamte oder auch an Privatpersonen in Zivilklaren für oder gegen einen Kandidaten Stellung nehmen, wenn Stimmzettel aus ihrem Bureau ausgetragen werden, ja wenn ein Amtsdienster Stimmzettel austrägt, so ist das eine unberechtigte Wahlbeeinflussung; der Reichstag hat Wahlen laffiert, wenn auch nur in Privatschreiben Beamte für einen bestimmten Kandidaten eingetreten sind. Ganz konsequent hat der Reichstag in allen solchen Fällen die Wahlen laffiert.

Wie ist es nun bei der letzten Wahl gewesen? Da sehen wir die Reichskanzlei, das Kolonialamt, das Reichspostamt, das Reichsmarineamt, den großen Generalstab, das Oberkommando der Schutztruppen, alle diese setzen wir tätig, um für die Kandidaten der Blockparteien zu wirken. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Staatssekretär meint, es sei alles damit erledigt, daß der Reichskanzler diese Wahlbeeinflussungen abgelehnt. Ach, dann brauchen wir in Deutschland sehr wenig Richter, wenn mit der Ablehnung des Angeklagten alles erledigt wäre. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Herr Reichskanzler hat erklärt, und zwar mit dem ganzen Stolz, der ihn ja auszeichnet, er werde uns von der äußersten Linken bei den künftigen Wahlen

nach ein ganz anderes Lied

vorbilassen. (Bravo! rechts.) Vielleicht schreiben Sie doch zu früh Bravo! Wer weiß, ob Fürst Bülow noch Kanzler ist, wenn wir wieder Wahlen haben. (Zustimmung b. d. Soz. Große Unruhe rechts.) Fürst Bismarck war doch ein Mann von ganz anderer Macht, ganz anderem Einfluß, ganz anderem Wissen als Bülow (andauernde Unruhe rechts), und er wurde auf der Straße aus dem kaiserlichen Wagen ausgehakt. (Andauernde Unruhe rechts.) Graf Caprivi wurde in Liebenberg zur Strecke gebracht. Und als er, ein stiller Mann, starb, haben Sie ihm (rechts) nicht einmal im preussischen Landtage die Totenehrung erweisen wollen. (Andauernde Unruhe rechts.) Das Voamtenglied dauert manchmal nicht gar lange, und die Säbne, die gar so laut krähen, gehen früh schlafen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Der Reichskanzler erklärt, er habe das Recht, die Veränderung über die Absichten der Regierung aufzuklären. Wer hat der Regierung und dem Reichskanzler das Recht je bestritten? Was er in der Thronrede, mag er im Parlament seine Stellung darlegen, kein Mensch hat etwas dagegen. Aber die Wähler über die Absichten der Regierung aufzuklären und entgegenstehende Parteien mit allen staatlichen Mitteln zu beschimpfen und zu verächtigen, das sind denn doch zweiierlei Dinge und über dieses Unrecht kommt man mit Redensarten nicht hinweg! Was haben wir bei den Wahlen erlebt? Wenn Fürst Bülow, der ja auch nach der Erklärung des Abg. Gothein kein Privatmann ist, in seinem Silvesterbriefe an den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Sozialdemokraten, die Polen, die Welfen und das Zentrum vor dem ganzen Lande als Parteien frigmatisiert, die für die deutsche Waffenehre und die nationale Würde keine Empfindung haben, wenn er im Namen der Regierung die Wähler auffordert, gegen diese Parteien zu stimmen, dann läßt er einen unzulässigen Druck auf die Wähler aus. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das ist die falsche Wahlbeeinflussung, die der Reichstag jemals erlebt hat. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Dagegen protestieren wir, das ist keine freie Wahl mehr, da soll die Regierung doch lieber gleich an die Wahlurne den Mittel stellen; dann hat sie die Garantie, daß überall Regierungsmänner gewählt werden, wie unter Napoleon III. bei der Präfektenwahl! Nichts hat die Wahlbeeinflussung deutlicher fundgetan als die Adresse, an die der Reichskanzler seinen Silvesterbrief gerichtet hat. Wenn für die nationalen Blockparteien etwas beschämend ist, so ist es gerade diese Tatsache, denn für sie ist die Wahlbeeinflussung ausgeübt worden, um die Wähler zur Stimmenabgabe für die Konervative, für die nationalliberale und für die freisinnigen Parteien zu beeinflussen, wurde der Silvesterbrief geschrieben, und weder die freisinnige noch die nationalliberale Partei hat man für Wert erachtet, Empfänger eines solchen Briefes zu sein; nein, es war der Herr Generalleutnant v. Liebert, der Reichsverband, die Organisation, die gleichsam nur der

Schwemmtank für alle Abgänge der liberalen Parteien

ist. (Große Weiterkeit b. d. Soz.) An diese Adresse hat der oberste Beamte des Reichs seine Aufforderung an die Wähler gerichtet. Aber der Reichskanzler ist mit dieser Art Wahlbeeinflussung noch gar nicht zufrieden gewesen. Er hat uns ja selber erklärt, daß er diesen Blockparteien 30 000 M. zur Verfügung gestellt hat, freilich mit der Einzuzahlung, daß aus amtlichen Fonds für Wahlzwecke nicht ein Heller ausgegeben sei. Ich will an diesen Worten des Reichskanzlers und an seinem guten Willen keinen Augenblick zweifeln, aber kann uns der Reichskanzler eine Garantie geben, daß nicht hinter seinem Rücken andere als die ihm unterstellten Reichsbehörden dennoch die ihnen anvertrauten Gelder mißbraucht haben? (Oh! und Laufen rechts.) So etwas ist wohl in Preußen und Deutschland noch gar nicht da gewesen! (Zurufe rechts.) Ach, das ist ja alle Tage an der Tagesordnung in Preußen. Ich werde Ihnen den Beweis hierfür erbringen. (Erneute Zurufe.) Ja, Sie bestreiten alles solange, bis man Ihnen den Beweis unter die Nase reißt, und nur solange Sie den Beweis unter der Nase haben, halten Sie mit Ihren Behauptungen zurück, nachher kommen Sie immer wieder damit. (Lärm rechts.)

Mißbrauch amtlicher Gelder.

Nach § 24 des Gesetzes vom 11. Mai 1898 dürfen außerordentliche Remunerationen und Unterstützungen für Beamte nur aus den in den Etat eingetragenen Fonds gewährt werden. Im Jahre 1900 hat der Minister v. Rheinbaben für Fonds für geheime politische Ausgaben 50 000 Mark entnommen, um die Berliner Schulleute für die Dienste zu belohnen, die sie der Pferdebahngesellschaft bei dem Streik der Angestellten geleistet haben. Sie haben bestritten, daß jemals in Deutschland amtliche Gelder zu anderen Zwecken verwendet worden seien als zu denen sie gesetzlich bestimmt sind. Die von mir angeführte Tatsache beweist doch das Gegenteil. Ich habe eine ganze Liste von Tatsachen von Polizeibeamten, Polizeispitzeln, dasongejagten und verurteilten Polizeikommissaren und Inspektoren, die trotzdem aus dem geheimen Fonds von der Polizei noch heute 800, 1200, 1600 Mark jährlich kriegen. Sogar die Witwen von Polizeispitzeln werden aus diesem Fonds für geheime politische Ausgaben der politischen Polizei bezahlt. (Unruhe rechts.) Der Polizeipräsident von Stettin, Herr v. Puttkamer, hat mehrere Jahre hintereinander 2000 bis 5000 Mark zu persönlichen Zwecken aus diesen politischen Kor-

ruptionen erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Zwei bis drei Wochen, bevor der Minister v. Rheinbaben sein Amt niederlegte, hat er dreimal je 10 000 Mark für die er persönlich die Verantwortung tragen wollte, und die er für sich selbst beantragte, aus diesem geheimen Fonds der politischen Polizei entnommen. (Andauernde Lärm rechts. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Zurufe rechts: Wofür denn! Ja, das weiß ich nicht ganz genau. (Zurufe rechts, Lärm und Gelächter.) Das weiß ich nicht ganz genau, aber das eine weiß ich, daß er sie nicht für die Zwecke der politischen Polizei verwendet hat. (Lärm rechts, Unterbrechungen und Zwischenrufe.) Ich weiß, daß er sie verwendet haben soll. (Erneute Unterbrechungen rechts. Zurufe: Soll?) Ach, meine Herren, Ihre Bestreiten beweist doch nichts! (Zurufe rechts: Ihre Behauptung ist recht nichts!) Nun, ich behaupte es an dieser Stelle, und die Regierung soll mich widerlegen, wenn sie kann; die Tatsachen, die ich anführe, sind vor Gericht festgelegt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatsanwalt Hentzel hat sie zur Kenntnis genommen; eine Verurteilung ist mir deshalb nicht erfolgt, weil man sagte: man kann dem Minister die böse Absicht nicht nachweisen. Minister v. Rheinbaben hat also dreimal je 10 000 Mark aus dem Fonds für geheime politische Ausgaben entnommen für die Zwecke, für die er sie nicht entnehmen durfte, um sie dem Verlag der Hülse'schen Zeitschriften zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu geben. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie vielleicht annehmen, daß die Unterstüßung der Hülse'schen Zeitschriften einen Beitrag aus dem Fonds für geheime politische Ausgaben rechtfertigt? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Also der Umstand, daß der Herr Reichskanzler uns gesagt hat, er habe aus amtlichen Fonds keinen Pfennig für Wahlzwecke gegeben, der würde, auch wenn er bis auf den Buchstaben richtig wäre, den Vorwurf der amtlichen Wahlbeeinflussung durchaus nicht erschüttern. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Oh! bei der Mehrheit.)

Fürst Bülow hat an den Fürsten Salm einen Brief geschrieben, in dem er 30 000 M. dem Flottenverein für die Wahlagitation zur Verfügung stellt. Am 26. Februar hat er hier im Reichstage erklärt, er habe das Geld nicht selber verteilt, sondern durch einen Bevollmächtigten verteilen lassen. Das sollte wohl eine Einschränkung, eine Art Entschuldigung sein. Er selbst will es nicht gewesen sein. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es wäre ja auch schließlich für die Blockparteien zu beschämend gewesen, sich das Geld vom Reichskanzler selbst auszahlen zu lassen. (Lärm bei der Mehrheit. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Giffhoff hat sich beim Reichskanzler darüber beschwert, daß ihm als Regierungskandidat noch ein anderer Regierungskandidat in Rühlhauens-Langensalza entgegengetreten worden sei. Dieser Gegenkandidat war aber der Frh. v. Pehlig und gegen den konnte die Regierung nichts unternehmen. Der weiß zu viel, der ist in der Interessendpolitik gar zu sehr beschlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen bei der Mehrheit.) Man hätte es bisher für unmöglich gehalten, daß ein Reichskanzler sich dazu hergibt, für bestimmte Parteien den finanziellen Mäler zu spielen. Wenn wir Sozialdemokraten sonst behaupten, die Regierung im bürgerlichen Klassenstaat sei nichts anderes als die Sozialkassierin, der Verwaltungsausschuh der kapitalistischen Interessen, dann konnten Sie sich nicht genug enträufen über diese Verleumdung der Sozialdemokratie, über die Herabsetzung aller staatlichen Autorität. Und jetzt sagt der Herr Reichskanzler selbst, es sei sein gutes Recht, den Wahlkassierer für die Blockparteien zu spielen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ja nichts dagegen, der Reichskanzler muß selbst wissen, wie hoch er sich einzuführen hat.

Woher kommt der Wahlkorruptionfonds?

Aber wenn das sein gutes Recht ist, dann ist es das gute Recht des Parlaments, Auskunft zu verlangen: Woher sind die Gelder geflossen, die der Reichskanzler für diese Zwecke zur Verfügung gestellt hat? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Feststellung ist notwendig im Interesse des Ansehens des Reichs, des Reichstages und auch der Regierung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es gibt nun verschiedene Versionen. Die einen sagen, das Geld stamme von der Börse. (Lärm bei den Liberalen, Lachen rechts.) Sie (nach rechts) kommen auch noch dran. Ihnen — Herr v. Liebert — wird auch nichts geschenkt werden. Im Wahlkampf sind Sie gekniffen (Lärm rechts), haben Sie uns das Wort abgekniffen, hier haben wir Redefreiheit, hier nehme ich mir die Redegelt und rede, so lange es mir beliebt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lärm bei der Mehrheit. Anhaltende Zurufe.) Hier sind wir gleichberechtigt und an dieser Stelle werde ich stehen, so lange es mir beliebt. (Erneute Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Also das Geld soll von der Börse gegeben sein und die Börsenspekulation soll der Dank des Reichskanzlers sein für das, was ihm die Börse im Wahlkampf geleistet hat. (Lachen bei der Mehrheit. Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das richtig ist, dann muß der Reichskanzler doch selbst fühlen, in welche Abhängigkeit er sich mit der Annahme dieses Geldes begeben hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine andere Version sagt, das Geld, das der Reichskanzler den Blockparteien zur Verfügung gestellt hat, stamme von Herrn Ribbep, dem Herrn des Rührereiers, und von Herrn Bapeliins, dem Vorsitzenden des Scharfmacherverbandes, der schon bei der Großtaufenmarkt-Wäsche eine Rolle gespielt hat, und diese Herren sollen das Geld gegeben haben für die hohen Ordensverleihungen, deren sie jüngst teilhaftig wurden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die dritte Version schließlich geht dahin, daß der Zentralverband deutscher Industrieller das Geld gegeben hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht hat die Regierung auch hier das Unglück, daß ihr Bruchwechsel mit den Herren Bued und Genossen einmal veröffentlicht wird, und vielleicht wird dann Herr Bued wieder einmal Gelegenheit gegeben, sich despektierlich über die Regierung als einen audringlichen Verräter auszulassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler, der hier von russischen Schmornern und Verschwörern sprach, kann dann am eigenen Leibe spüren, wenn ihn die Presse bei

Schnorrer für die Blockparteien

und den Verschwörer gegen die Wahlfreiheit nennt. (Minutenlanger Lärm bei den Reichheitsparteien. Bisepäsident Roempf hat sich erhoben und läutet mit der Glocke. Die Erregung will sich jedoch nicht legen.) Ich rede hier, was mir gefällt, nicht was Ihnen gefällt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wer nun immer auch diese Gelder gegeben hat, ob Hing oder Ring, ob die Börse oder die Industrie (neuer Lärm bei der Mehrheit, Enttäuschungsrufe, in der die Worte des Redners verloren gehen.) Heucheln Sie (nach rechts) doch keine Enttäuschung! Sie wollen ja unter die Sozialdemokraten geben, wenn Sie nicht genug kriegen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Erneuter Lärm rechts.) Der Reichskanzler hat es ja erst gestern abend auf dem Festessen des Landwirtschaftsrates gesagt, daß mancher von Ihnen (nach rechts) nur auf dem Schwein in den Reichstag hineingeritten ist. (Stürmische Weiterkeit.) Es ist ganz gleich, woher die Regierung die Gelder hat, sie durfte keine Gelder annehmen und keine Gelder verteilen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es ist bezeichnend für die Reichheitsparteien, daß sie dem Antrag auf Besprechung der Interpellation nicht zugestimmt haben. Dieses Verhalten war diktiert von der Angst, die sie vor den Enthüllungen haben, die kommen könnten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie mühten sich ja selbst anfragen, sich an die Brust schlagen und sagen: nostra culpa, nostra maxima culpa! Als vor Jahren die Summe von 12 000 M. zur Propaganda für die Wahlhandvorlage verwendet wurde, hat die Mehrheit des Reichstages

darin eine Verletzung des Subzertretes des Reichstages gesehen. Die freisinnige Zeitung" schrieb, es gab sehr viele politische Affaktionen im Reich und in den Einzelstaaten, an denen potente Kapitalisten interessiert seien, die dann die öffentliche Meinung beeinflussen könnten. Und das "Berliner Tageblatt" protestierte ebenfalls mit scharfen Worten gegen die Annahme privater Gelder durch die Regierung, und die "Nation" in "Zeitung", die Stipendiatin des Reichsanwalters in diesem Wahlsache, sagte, es sei unbegreiflich, daß ein Beamter des Reiches es für zulässig halte, für Agitationszwecke der Regierung von einem privaten interessierten Verein Gelder anzunehmen. Wort für Wort trifft das auf den jetzt vorliegenden Fall zu, der durch die veränderte politische Situation nur noch verschärft ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei der 12 000 Markaffäre sagte sogar der Reichsanwalt, es müsse auch der Verdacht des Ansehens irgend welcher Abhängigkeit vermieden werden und bezog sich den damaligen Fall als einen Mißgriff, der nur deshalb möglich gewesen sei, weil er selber damals noch nicht an der Spitze der Reichsregierung gestanden habe. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt steht er an der Spitze. Was er selber damals gemißbilligt hat, hat er selbst jetzt getan. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichsanwalt hat uns keine Silbe davon gesagt, wieviel Geld er bekommen hat. Er meinte, er habe ja nicht selbst bestellt. Aus den

Veröffentlichungen des „Bairischen Kuriers“

haben wir nun von verschiedenen Dingen Kenntnis erhalten. Erstens sind die Briefe nicht gestohlen worden, wie der Reichsanwalt in fittlicher Entrüstung hier behauptet hat. (Minutenlanger Widerspruch bei der Mehrheit.) Bereits am 6. Februar wurde im Bureau des Flottenvereins konstatiert, daß kein einziger Brief gestohlen worden war. (Erneuter andauernder Lärm bei der Mehrheit. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum. Zurufe bei den Liberalen: Abgeschriebe!) Abgeschriebe und gestohlen sind zwei ganz verschiedene Dinge. (Lachen bei der Mehrheit. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es liegt hier ein Vertrauensmißbrauch vor, nicht begangen durch den Diebstahl, sondern ein Vertrauensmißbrauch verursacht durch eine ganz gewöhnliche Schlamperie im Bureau des Flottenvereins. (Anhalt. großer Lärm v. d. Mehrheit. Zurufe: Unerhört! So etwas war ja noch nicht da!) Verhüben Sie sich doch, Sie haben auch schon Briefe gestohlen, aus Ihnen spricht ja nur der Kerger, daß es Ihnen nicht gelungen ist. Wenn Sie etwas kriegen, veröffentlichen Sie es auch. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum, fortgesetzte Zurufe bei den Nationalliberalen.) Aber Sie haben keinen Kredit; wenn Ihnen jemand etwas anvertraut, dann ist er verloren. Lieber geht er gleich zur Polizei, als zu den Nationalliberalen. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Ich beatreibe ja Ihre Entrüstung. So ähnlich war es auch im Flottenverein kurz nach der Veröffentlichung der Briefe. Da wußte man, daß, wenn der Betreffende alle Briefe abgeschriebe hätte, dann kein, der Flottenverein, kurz alles futsch war. (Lärme von der Mehrheit.) Der Bureauvorsteher des Flottenvereins rief, es wäre ein

fürchterlicher Skandal

geworden, wenn auch die Briefe, die Keim unter Verschluß hielt, veröffentlicht worden wären. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem der veröffentlichten Briefe an den Geheimrat Wie unser Fürst Salom-Horsmar mitteilt, hat der Reichsanwalt zu den Wahltagungsstellen 30 000 Mark zur Verfügung gestellt und Herr Dernburg meint, daß sich der Reich auch noch aufstreiben lasse.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Also neben dem Reichsanwalt seien wir hier Herrn Dernburg als den Mann, der besorgt ist für die Sammlung der finanziellen Mittel der Volkspartei, und es läßt sich nicht bestreiten, daß Herr Dernburg hier zweifellos ein Sadoverständiger ist. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Buchdruckerei Müller u. Sohn, die für amtliche Drucksachen ein Monopol hat, kam am 30. Januar beim General Keim an, wie sie es für die Stichzahlen mit der Vergrößerung des Vorrats halten solle. Da antwortete Herr Keim, daß das von einer Unterredung mit der Wilhelmstraße abhängt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Wörtlich heißt es: „Will diese Stelle — gemeint ist die Wilhelmstraße — außer den bis jetzt entstandenen Kosten für Druck und Versand auch noch die Kosten für die eventuell zu den Stichzahlen zur Verfügung gelangenden Sachen übernehmen, so ist es uns recht. Wir sind nicht in der Lage, dafür auch nur einen Pfennig anzugeben.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Auftrage der Wilhelmstraße, lebhaftig im Auftrage der Wilhelmstraße sind also Flugschriften und Broschüren verfaßt und gedruckt worden. Am 26. Februar hat uns der Reichsanwalt erzählt, er habe lebhaftig die Rolle des christlichen Mafkes gespielt. Am 30. Januar aber schreibt Herr Keim, daß diese Tausende von Flugschriften lebhaftig im Auftrage der Reichsanwaltschaft zur Verfügung gelangt und bezahlt sind. Das ist doch ein offener Widerspruch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Entweder hat der Reichsanwalt von diesem Mißbrauch in der Wilhelmstraße nichts gewußt, oder er hat aus diplomatischen Gründen abgemauert, bis man ihn auf diesen Widerspruch aufmerksam machen werde. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichsanwalt hat ferner am 26. Februar seine Verbindung mit dem Flottenverein als harmlos und unschuldig hingestellt. Er sagte wörtlich: „Wein ein herporragendes Mitglied des Flottenvereins zu mir kommt und mir erklärt, daß es sich in den Dienst der nationalen Sache stellen und bei den Wahlen für den Standpunkt der Regierung wirken will, dann nehme ich eine solche Unterstützung dankbar an.“ Der Reichsanwalt hätte recht, wenn es sich nur um die Person des Herrn Keim handelte, aber man muß bedenken, daß Herr Keim schon im Jahre 1893, damals erst Major, nach der Auflösung des Reichstages die offizielle Wahlagitator in der Wilhelmstraße geleitet hat. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Keim schreibt unter dem 2. Januar an den Geheimrat v. d. Groden, dem Pressesekretär in der Kolonialabteilung: „Der Herr Reichsanwalt ist, wie ich heute erfahren habe, durchaus einverstanden damit, daß eine Zentralfelle für die Herausgabe von Flugblättern usw. geschaffen wird.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier haben wir also schon die offizielle Organisation der Flugschriftenverbreitung. Und weiter heißt es in dem Briefe: „Ich habe darauf gefaßt, daß der Flottenverein diese Stelle im Interesse der guten Sache annehmen werde.“ Nun konnte ja der Reichsanwalt sagen, was geht mich das an, was Herr Keim erfahren haben will; aber schon am Tage nach diesem Briefe schreibt Herr Keim, der gefährliche Briefschreiber: „Ich bin gestern beim Fürsten Bülow und heute bei Herrn v. Voßell gewesen.“ Natürlich, Herr v. Voßell, dieser alte Praktikant in der Wahlprüfung, muß dabei sein. (Anhaltender Lärm rechts und bei den Freisinnigen.)

Vizepräsident Kaempf: Ich muß Sie wegen des Ausdrucks, daß ein Praktiker der verbündeten Regierungen ein alter Praktikant in der Wahlprüfung sei, zur Ordnung rufen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Fischer (fortfahrend):

Der Reichstag hat selber damals die Wahl des Herrn v. Voßell fassiert, weil er in Wandsburg-Weißobelland, wo er Landrat und zugleich-Kandidat war, ein Zirkular an die untergeordneten Behörden erlassen hat, in dem er auffordert, man solle überall von den sozialdemokratischen Abgeordneten, die die Wahlhandlung kontrollieren wollen, Legitimationen verlangen. (Zurufe rechts: „Das ist ganz in der Ordnung!“) Bei Ihnen (nach rechts) ist es wohl erst dann eine Wahlprüfung, wenn man, wie der bekannte Wahlprüfer aus Oppenheim, Stimmzettel aus der Urne herausnimmt und andere dafür hineinlegt. (Minutenlange

lärmende Unterbrechungen rechts. Pfuirufe! Ein Abgeordneter der Rechten ruft mit hoher Diskantstimme fortgesetzt: „Namen nennen!“ — Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In diesem Sinne habe ich den Ausdruck „Praktiker in der Wahlprüfung“ gebraucht, und nur so war er zu verstehen. Ich hätte deshalb auch nicht zur Ordnung gerufen werden dürfen. (Choi! rechts.)

Vizepräsident Kaempf: Sie haben nicht das Recht, gegen einen Ordnungsruf zu polemisieren. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß, wenn Sie sich gegen einen Ordnungsruf verhalten wollen, Ihnen der geschäftsordnungsmäßige Gang vorgeschrieben ist.

Abg. Fischer (fortfahrend):

Ich habe nicht polemisiert gegen den Ordnungsruf, sondern einfach erklärt, wie mein Ausdruck zu verstehen sei, und habe es dem Herrn Präsidenten anheim gegeben, ob er mit dieser Definition vielleicht den Ordnungsruf als nicht zutreffend jugibt. (Gelächter und Zurufe rechts.) Gegen Sie (nach rechts) habe ich nicht zu reden. — Ich komme nun zur Sache zurück. General Keim schreibt: „Ich bin gestern bei dem Fürsten Bülow und heute bei Herrn v. Voßell gewesen, die meinen Besuch gewünscht hatten. Wir sind konform, was die Agitation angeht.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er fährt fort: „Ebenso sind wir konform, daß die Antwort auf Herrn Erzberger heißen muß: „Die Lügen des Herrn Erzberger“; jeder andere Titel ist unwirksam.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann folgt der Wunsch, daß diese Broschüre möglichst bald erscheine und ihre Korrektur Herrn Keim zugehe. Also das Kolonialamt stellt sich unter das Kommando des Herrn Keim.

Der Kanzler des „guten Tons“.

Für den deutschen Reichsanwalt, der hier über guten Ton und politische Moral uns Vorträge hält, ist es gewiß auch höchst wunderbar, wenn er sich mit Herrn Generalmajor Keim darüber unterhält, wie man einen Mitglied dieses Hauses den Vortwurf der Lüge, d. h. der bewußten Unwahrheit, machen kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Worauf es aber vor allem ankommt, ist, daß hier der Reichsanwalt, der oberste und berufenste Hüter der Gesehe, das preussische Vereinsgesetz offen und rückhaltlos übertreten hat, indem er mit dem unpolitischen Flottenverein Hand in Hand politische Agitation treibt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das steht freilich ja nur auf demselben Blatt wie die Erklärung des preussischen Kriegsministers zur Duellfrage, in der auch nicht weniger enthalten war, als die Aufforderung an die Offiziere, in bestimmten Fällen die Gesehe zu übertreten, wenn sie nicht mit Schimpf und Schande aus dem Heere ausgeschloffen sein wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich bringe das auch nicht vor, um mich zu entlasten, nein, festnageln will ich es für den Fall, daß der Herr Reichsanwalt wieder einmal die Sozialdemokratie als Gesehesverächter stigmatisieren wollte.

Noch zwei Fälle will ich anführen für die streppelose Wahlagitator. Am 11. Januar beschwerte sich Herr Generalleutnant Liebert darüber, daß er in seinem Wahlkreis mit Mißtrauen empfangen werde. Wunderbar war das ja nicht, denn seine eigenen Blodskunde, die Freisinnigen, hatten ihm durch Herrn Abblach wenige Tage vor der Auflösung des Reichstages ein Stedbrieflein mitgegeben, das ihm freilich bei seinen Wählern kein besonderes Ansehen geben konnte. Das hat freilich die Freisinnigen nicht abgehalten, nachher doch für Herrn Liebert zu stimmen, sie müssen ja wissen, wer ihrer Stimme wert ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Abblach hatte folgendes ausgeführt: „Eines Tages im Jahre 1897 meldet sich ein Regimentkommandeur aus Frankfurt a. O., Herr Liebert, beim Reichsanwalt Fürsten Hohenlohe als kaiserlich deutscher Gesandter in China. Der gute Memoirenfürst und das auswärtige Amt mögen nicht wenig erstaunt gewesen sein, als sich ihnen plötzlich ein Reich als Gesandter präsentierte, von dessen Ernennung sie bis zu dieser Stunde nicht eine blasse Ahnung hatten. Herr Liebert erklärte, daß der Kaiser ihn persönlich zum Gesandten ernannt habe. Nun war das für die Herren vom Auswärtigen Amt eine verzeiwelt präkäre Situation. Sie glaubten wohl, daß Herr Liebert alles mögliche leisten könne, aber der Ansicht waren sie doch, daß er die Vorbildung für einen derartig verantwortungsvollen Posten wie den eines Gesandten in Peking nicht habe und daß ihm dazu doch wohl der Befähigungsnachweis fehle. Da fand man den Ausweg, daß Herr Liebert nun zum Gouverneur von Chafrita ernannt wurde. Und so ging er mit dem anständigen Gehalt von 50 000 M. auf seinen neuen Posten. Das ist auch so ein kleines Bild für das persönliche Regiment, über das sogar die Herren Nationalliberalen jetzt zu klagen beginnen.“ — Inzwischen sind Sie (zu den Freisinnigen) ja wieder still geworden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Zurufe rechts: Ist ja lange widerlegt! Kein wahres Wort ist dran!) Ich habe doch bloß das vorgelesen, was die eigenen Freunde des Herrn Liebert ihm am 8. Dezember hier im Reichstag als Begleitbrief mitgaben, um zu erklären, warum Herr Liebert mit Mißtrauen aufgenommen wurde und warum er sich dann an das Reichsanwalteramt wande: hilf, Samuel, hilf! Wenn es nicht wahr ist, um so besser für Herrn Liebert, aber ich kann doch das Stenogramm nicht ändern. (Heiterkeit. Lärme rechts.)

Liebert der Arbeiterfreund.

Ein anderer Grund, warum Herr Liebert von Mißtrauen empfangen wurde, lag in folgendem. Für Herrn Liebert sind nicht bloß die Sozialdemokraten die schlechtesten Kerle, die begehrlichen Arbeiter und die Führer, die sich von den Arbeitergroßen mästen, sondern ganz in derselben Lage sind die christlichen Gewerkschaften. In den Landrat v. Kallan schreibt er mit Bezug auf den jetzigen Abg. Wiedeberg, den Vorsitzenden des christlichen Bauhandwerkerverbandes, es sei ein unklarer Kopf, ein politischer Eigenbrötler (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und wenig geeignet zur Leitung einer Gewerkschaft. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Lieberens werde von den christlichen Gewerkschaften ganz ebenso wie von den sozialdemokratischen Klassenkampf getrieben, in dieser Frage seien die christlichen organisierten Gewerkschaften durchaus nicht allzusehr verschieden von den sozialdemokratischen. Wenn unter diesen Umständen Herr Liebert von den Arbeitern mit Mißtrauen aufgenommen wurde, so ist das ja ganz erklärlich. Im übrigen meine ich, daß ein Mann, der eine Pension von Tausenden bezieht, erst dann das Recht hat, über die Begehrlichkeit der Arbeiter zu schimpfen, wenn er auf seine Pension verzichtet und mit dem Gelde lebt, von dem er glaubt, daß es für die Arbeiter genug sei! (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Gelächter rechts.)

Und noch ein anderer Grund ist vorhanden, warum Herr Liebert mit Mißtrauen aufgenommen wurde. Er ist natürlich auch Kolonialschwärmer und wie so viele Kolonialschwärmer in der unglücklichen Lage, nicht unterscheiden zu können, wie weit die Schwärmererei dem Vaterlande und wie weit sie dem eigenen Geldbeutel zum Vorteil gereicht. (Stürmische Pfuirufe rechts.) Ich sage ja, er ist in einer unglücklichen Lage: als Flottenschwärmer ist er überzeugt von dem Nutzen der Kolonie, und als finanziell Beteiligter an Gesellschaften hat er auch Profit davon. (Wiederholte andauernde Pfuirufe rechts.) Wenn ich mich von den Pfuirufen all dazwischen, die in all diesen Dingen nicht sauber sind, beeinflussen lassen wollte, so könnte ich über Kolonialpolitik überhaupt nicht mehr reden. (Große Lärme rechts. Abg. Liebert: Unverschämtheit!) Unverschämtheit sind immer nur Sie! (Andauernde Lärme rechts.)

Vizepräsident Kaempf: Ich rufe sowohl Sie wie den Abg. v. Liebert wegen dieses Ausdrucks: Unverschämtheit! zur Ordnung (Zuruf rechts: Zum zweiten Male!) und mache Sie, da dieser Ordnungsruf der zweite ist, auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam, falls ich in die Lage kommen sollte, Sie zum dritten Male zur Ordnung zu rufen.

Abg. Fischer (fortfahrend):

Die Sachen sind in der Tat so aufregend, wie wir bergewalligt und verkleumdet sind, daß es Ihnen (nach rechts) sehr wohl nicht,

den Redner zu probieren, damit er durch Ordnungsrufe verhindert werden soll, seine Ausführungen zu beenden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich konstatiere, daß ich von Ihnen durch Zwischenrufe probiert worden bin. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das stört den Präsidenten nicht!)

Ich wollte also ausführen: Im vorigen Sommer ist ein Prospekt herausgegeben worden zur Gründung einer Gesellschaft „Africanische Kompagnie“ in Südwestafrika durch einen Optionsvertrag mit dem alten Hamburger Hause A. und C. Lübbe. Diese Gesellschaft hat 1903 16 Pros., 1904 30 Pros., 1905 35 Pros. Dividende gegeben und in dem Prospekt heißt es unter anderem: Selbst wenn eine Weiterentwicklung nicht stattfindet und ein Anwohnen der Handlungskosten um 63 Proz. eintritt und wir für erhöhte Abschreibungen ein Mehr von rund 10 000 M. ansetzen müssen, so verbleiben immer noch 300 000 M. Ringgewinn oder 20 Proz. Dividende im ersten Jahre. Das sind Vorteile für die Aktionäre, wie sie bisher kein ähnliches Unternehmen bieten konnte.“ Und an der Spitze dieses Unternehmens, von dem die Presse gefaßt hat, daß es dem Deutschen Reich viel Geld kosten wird, steht Herr Generalleutnant v. Liebert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Am 15. Januar schreibt der Generalmajor Keim an Herrn Liebert: „Es ist von hier aus alles gesehen, auch von Seiten der Reichsanwaltschaft, um Ihnen die unbecommene Konkurrenz vom Hals zu schaffen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit dieser Konkurrenz war gemeint der antisemitische Blodskandidat, und der Reichsanwalt hält es für seine Aufgabe, ihm gegenüber Herrn Generalleutnant Liebert zu einem Mandat zu verhelfen. Das ist doch in der Tat die allerkräftigste Wahlbeeinflussung.

Ein anderer Fall interessiert vielleicht die Herren Freisinnigen etwas mehr. Im Januar schreibt Herr Keim in bezug auf die Wahl des Herrn Eichhoff: „Ich war gestern bei Fürst Bülow und habe ihn darauf aufmerksam gemacht, er müsse die Güte haben, das Steuer einige Grade nach links zu drehen und vor allem dafür zu sorgen, daß die Konservativen und der Bund der Landwirte nicht Sonderpolitik treiben.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine

neue Art der Hintertreppchenpolitik,

die sich ganz nett macht in dem Augenblick, wo eben der Reichstag aufgelöst wurde, um der Hintertreppchenpolitik des Zentrums entgegenzutreten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Keim schreibt weiter an Herrn Eichhoff: „Fürst Bülow hält Sie für den geeigneten Mann, um die freisinnige Partei dauernd im nationalen Fahrwasser zu halten.“ Mit Speck fängt man Mäuse. Auf der einen Seite will man das Steuer ein paar Grad nach links drehen und hält schöne Reden, was man sich alles „denkt“, und auf der anderen Seite kommt dann die agrarische Grabchrift, wie wir es gestern im Landwirtschaftsrat gehört haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Keim schreibt weiter: „In der Wilhelmstraße 77, wo man sich für Ihre (Herrn Eichhoff) Wahl warm interessiert, ist die amtliche Unterstützung im Wahlkreis Lennep-Nettmann in jeder Weise sicher gestellt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was den Wahlkreis Langensalza betrifft, so bedauere ich und ebenso Wilhelmstraße 77 aufrichtig — diese Mittelstellung aber ganz vertraulich — (Heiterkeit), daß dort ein nationaler Gegenkandidat gegen Sie aufgestellt ist.“ — Das war Herr Octavio von Jellib und daher durfte diese Mittelstellung nur ganz vertraulich sein, denn die Artikel in der „Post“, im „Tag“ und die Hintertreppchenpolitik des Herrn von Jellib hat man auch in der Wilhelmstraße 77 zu fürchten. Also auch hier gibt alles Drehen und Wenden nichts, das sind Wahlbeeinflussungen krochster Art. Nun hat Herr Eichhoff freilich in einer Bemerkung gegen Herrn Spahn, der da meinte: Wenn Herr Eugen Richter noch hier wäre, so würde er einen unter solchen Umständen gewählten Abgeordneten verhindert haben, in der freisinnigen Partei seinen Platz einzunehmen, erklärt, er habe die amtliche Unterstützung nicht erbeten. Ja, darauf kommt es nicht an. Wenn bloß diejenigen Wahlkandidaturen als amtlich beeinflusst zur Diskussion hätten gebracht werden können, wo der Kandidat selber die amtliche Unterstützung nach gesucht hat — so wenig stolz waren bisher wenig Leute im Reichstag! — ein solcher Fall ist in meiner 13jährigen Tätigkeit in der Wahlprüfungskommission überhaupt noch nicht dagewesen. Es kommt darauf an, ob sich Herr Eichhoff die amtliche Wahlbeeinflussung hat gefallen lassen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben von ihm selbst gehört, daß er sogar die Adressen der Rühmlicher Vertrauensleute an den Generalmajor Keim zur Bearbeitung eingeschickt, und ihm gegenüber bewegliche Klage über die sozialdemokratische Gefahr in dem Wahlkreis Lennep-Nettmann geführt hat. Freilich, nachdem er gewählt worden war, ist er stolz geworden wie ein Spanier und hat gesagt: „Ich habe die amtliche Wahlbeeinflussung weder verlangt noch gespürt.“ Ja, wenn wir uns erst darauf verlassen, zu prüfen, wie fein oder wie wenig fein entwickelt die Gefühlsnerven der einzelnen Abgeordneten sind — da brauchen wir uns nur zu erinnern, daß der Herr Reichsanwalt gesagt hat, Politiker müßten eine Abinegroshaut haben. (Heiterkeit.) Wenn es bloß aufs Spüren ankommt, dann gibt es lauter ehrenfeste Charaktere und gar keine Abgeordneten, die das Mandat wegen amtlicher Wahlbeeinflussung ablehnen müßten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Politisierende Generale.

Aber Reichsanwalt und Kolonialamt waren noch nicht einmal die einzigen amtlichen Stellen, die offen Wahlagitator betrieben haben. Auch das Oberkommando der Schutruppen konnte, wo so viele politisierende Generale auf der Bildfläche erschienen, nicht zurückbleiben. Es sollte ja eigentlich Aufgabe der Regierung sein, zu prüfen, wie weit sie es im Interesse des Staates für angebracht hält, daß die Armees so in den politischen Tageskampf hereinbezogen wird. Herr Keim, der ja nicht bloß einem Wasserhahn nicht traut, Herr Keim, der nicht bloß dem Reichsanwalt und dem Staatssekretär des Marineamts hinter deren Rücken Vorwürfe macht, daß ihre Flottenpläne zu flau seien, ist eigentlich schon ein vielversprechendes Beispiel für eine vielleicht noch kommende militärische Hintertreppchenpolitik. Ich meine, die Rolle der Polizeifreie, Herrn und Eberhard im französischen Dreyfus-Prozess sollte für die Regierung eine Warnungstafel sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was also das Oberkommando der Schutruppen anlangt, so schrieb am 26. Januar Herr Hauptmann Salzer die Regierung eine Warnungstafel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was also das Oberkommando der Schutruppen anlangt, so schrieb am 26. Januar Herr Hauptmann Salzer die Regierung eine Warnungstafel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was also das Oberkommando der Schutruppen anlangt, so schrieb am 26. Januar Herr Hauptmann Salzer die Regierung eine Warnungstafel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Profitable Wahlagitator.

Am 25. Januar erhielt der Reutner Dieck aus Bromberg auf die Frage, was er dem Konteradmiral Dählhauer für seinen Vortrag zahlen müsse, die Antwort: 150 Mark und Fahrgehalt 2. Klasse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also dieser Patriatismus ist wenigstens für die Herren Agitatoren des Flottenvereins und des Reichsverbandes rentabel. Und wenn die geldgierigen Verleumder des Reichsverbandes wieder einmal ehrlich genug sind, um Sozialdemokraten vorzuziehen, daß wir, die Führer, uns von Arbeitergroßen mästen und Arbeitergroßen expressen, dann wollen wir ihnen entgegenhalten: 150 Mark und Fahrkarte 2. Güte. Und Herr von Dirlsch möge als Mitglied des Reichsverbandes dafür sorgen, daß dort genau wie in der sozialdemokratischen Partei und bei den Gewerkschaften Buch geführt und Rechnung abgelegt werde über die vereinnahmten und verausgabten Gelder. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch eine Reihe anderer Tatsachen sind bekannt geworden, daß Ordnenzen, Kanzleidienere, Offiziere im Marineamt für Wahlarbeiten zur Verfügung gestellt wurden. Konteradmiral Capelle

Hat ja darauf erklärt, die eingeleitete Untersuchung habe ergeben, daß der Sekretär des Flottenvereins ein früherer Beamter des Admiralstabes gewesen sei. Das erinnert an das Verhältnis der Berliner Straßenbahngesellschaft zum Eisenbahnministerium. So oft die Straßenbahngesellschaft einen Aufsichtsrat oder Direktor braucht, holt sie sich immer einen aus dem Eisenbahnministerium, und die Gesellschaft fährt ganz gut dabei. Also dieser Sekretär des Flottenvereins hat die Leute gegen Extrabehaltung und in ihrer freien Zeit engagiert, und der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat dann diese Tätigkeit den Seesoldaten unterlagert. Aber erst dann, als die ganze Geschichte in der Presse ruhrbar geworden war, und zu einer Zeit, wo die Wahlagitationsarbeiten bereits abgeschlossen waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie es sich mit solchen freiwilligen Arbeiten untergeordneter Beamten stellt, wissen wir z. B. aus der Wahl des Abg. Kallwitz, wo der Landrat seine Schreiber in der Nacht die Wahlzettel für die konservativen Parteien schreiben ließ, wobei sie noch das Gas bezahlen mußten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und gerade in der Nacht war der Herr Landrat verheiratet. Als letztes Glied in der Kette der amtlichen Wahlbeeinflussungen erscheint dann auch das Reichspostamt. Am 7. Januar ersucht Herr Reim den Chef der Reichspost, er möge doch bei der „Staatsbürgerzeitung“, wie er selbst es schon beim „Reichsboten“ getan habe, darauf hinwirken, daß diese das Christlichnationale in der Arbeiterbewegung mehr in dem Hintergrund liegen; und auf die „Börsische Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und den „Börser-Courier“ dahin, daß diese von ihrer Wirtschaftspolitik ablassen. — Hier haben Sie wieder die ganze Hintertreppe politisch, und in diesem Brief heißt es dann auch, der Chef der Reichspost möge sich vermittelnd das Reichspostamt die Adressen der Postdirektoren geben lassen, damit diese die Flugblätter verteilen lassen könnten, wie das schon im Jahre 1903 geschehen wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Im Jahre 1903 hat derselbe Herr Reim, damals noch im Generalstab, die offizielle Wahlagitation betrieben, und gerade so wie damals verlangt er jetzt, daß durch Vermittelung der Reichspost das Reichspostamt die Reichspostdirektion veranlaßt, ihre Kenntnis der Adressen den Blockparteien zur Verfügung zu stellen, und das ist denn auch in einer ganzen Reihe von Orten während des Wahlkampfes geschehen; so sind z. B. die 124 000 Drucksachen an die Volksschullehrer, von denen in einem anderen Briefe die Rede ist, durch die Postdirektoren verteilt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie gesagt, alle Reichsbehörden — Reichspostamt, Reichskanzlei, Marineamt, Reichspostamt, Kolonialamt, Oberkommando der Schutztruppen, Generalstab — alle haben die strupellose Wahlagitation betrieben in einem Umfange, wie man es sogar im Jahre 1878 bei den Attentatswahlen nicht erlebt hat, und man muß schon nach Serbien gehen oder nach Ungarn, wo der ehrenliberale Minister Kolonhi Wahlen macht, um ein Pendant zu diesen Wahlen zu finden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch eine andere Seite muß bei dieser Frage mit in den Vordergrund gestellt werden. Wenn der Reichskanzler das Geld für die Wahlagitation und für die von ihm geschaffene Zentralstelle zur Flugblattverteilung zur Verfügung stellt, wenn er seinen Silberbesitz an den Reichsverband adressiert, dann kann und muß man ihn für den Inhalt der Broschüren mitverantwortlich machen, die mit diesem Gelde angeschafft, verbreitet oder sogar von den Beamten vertrieben worden sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was sind das nun für Druckschriften? Ich möchte nur noch ein paar kleine Blütenlesen herausgreifen. Ich muß mir leider in der Kritik große Mühen annehmen, damit der dritte Ordnungsruf nicht kommt. (Große Heiterkeit.) Aber ich werde mich von Ihnen nicht produzieren lassen. Die Tatsachen genügen, man braucht sie nicht zu charakterisieren. Wer noch ein Gefühl für politische Ehre hat (Großer Lärm rechts), für den genügt das Vorlesen dieser Stellen.

Die offiziellen Wahlzettel.

Also was sind das für Flugblätter? Zunächst der bekannte schöne Widerbogen aus Südwesafrika, welcher die Stelle enthält: Zentrum und Sozialdemokratie wollen die Festückelung der nationalen Einheit, Zentrum und Sozialdemokratie treiben nichts anderes, als Verrat am Vaterlande. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Auf der dritten Seite dieses Flugblattes steht ein Bild Herrn Erzberger neben Bebel, Herrn Roeren neben Singer dar, wie sie hohnlächelnd den in der Schlacht gefallenen Soldaten betrachten. (Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Nun frage ich, wer hier im Reichstag hat den Mut, zu diesem Flugblatt zu stehen? (Sehr gut! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Mit dem Gelde der Reichskanzlei oder vielmehr, das der Reichskanzler dem Flottenverein zur Verfügung gestellt hat, sind diese Flugblätter gedruckt: Vertrieb patriotischer Zeitschriften in Berlin, gedruckt in der „Nationalzeitung“ (Aha! im Zentrum) steht darunter: Ich glaube wohl, das ganze Haus ist mit mir einig, daß die einzig richtige Unterschrift wäre: Vertrieb sham- und christlicher Flugblätter. (Unruhe rechts und bei den Nationalliberalen.) Wie kann der Reichskanzler es mit der Würde seines Amtes vereinbaren, wenn solche Flugblätter mit dem von ihm zur Verfügung gestellten Gelde verbreitet worden sind. Es wäre seine Pflicht gewesen, hier sofort mitzutreten, ob er damit einverstanden ist, ob er davon gewußt hat, was er tun wird, daß so etwas nicht mehr vorkommt. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) In einem Flugblatt des „Reichsboten“ heißt es: Die Sozialdemokratie steht in allen das Ausland berührenden Fragen auf Seiten des Auslandes. (Sehr richtig! rechts.) Weiter kommt ein Flugblatt, das direkt aus dem Kolonialamt kommt, das verfaßt und unterschrieben ist von dem bekannten Farmer Schlettwein, vom Kaufmann Busch, überhaupt vom Wahlverein der alten Afrikaner; darin heißt es: „In dem alten Europa ist das Vorkommen herlich schwer. Bester Vater kein Geld hat, der kann nicht einjährig dienen, und wer als Arbeiterkind geboren ist, der wird wieder Arbeiter.“ Wenn wir Sozialdemokraten es als Rind und Verhängnis, als immanentes Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnen, daß sie aus Proletariern fortwährend Proletariet erzeugt, daß sie dem Proletariat verwehrt, in eine höhere Lebenslage aufzusteigen, dann nennen Sie das: „Verheerung der Arbeiter.“ Hier aber wird — denn die, die dieses Flugblatt geschrieben, haben ja nicht diese Überzeugung, sonst müßten sie ja Sozialdemokraten sein — hier also wird aus reiner niedriger elender Demagogie dieselbe Sprache gebraucht. (Unruhe und Lärme.) Den Arbeitern wird gesagt: Ihr müßt nach Südwesafrika, dort könnt Ihr eure Zukunft besser gestalten. Und dabei weiß die Reichskanzlei und weiß alle Welt, daß die Kolonien, man mag über sie denken wie man will, als Wohnort für deutsche Arbeiter nicht in Betracht kommen, daß weiße Arbeiter dort unter dem Klima die Arbeit in den Plantagen nicht verrichten können. Wenn diese verlogene Behauptung und Darstellung in einem in der Kolonialabteilung hergestellten und mit Zustimmung der Kolonialabteilung und mit dem vom Reichskanzler verteilten Gelde hergestellten Flugblatt vertreten wird, dann meine ich, hat der Reichskanzler Lust auf zu geben, ob er davon gewußt hat, und welche Stellung er dazu einnimmt. Uns Sozialdemokraten und das Zentrum hat man als im Dienste des Auslandes stehend im Silberbesitz hingestellt, und als ob wir kein Gefühl für das Ansehen des deutschen Vaterlandes haben. In dieser offiziellen Broschüre aber heißt es: „Der englische Oberst Abington hat täglich bis zu 1200 Mark Besetzungsgelder von uns eingeholt, damit wir nur das Äußere usw. kriegen.“ Hier wird also vor dem Auslande erklärt, wir haben einen englischen Obersten bezaubert, damit er uns die Neutralität verleihe läßt. Machen Sie das mit Ihrem Patriotismus aus. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In einer anderen Stelle heißt es: „Rund 160 Abgeordnete stimmten die Bahn von Arabub nieder, und rund 160 Millionen Reichsmarkgaben halten wir wegen des Fehlens der Bahn. Jeder koloniale Reinsager hat also seinen Wahlkreis eine Million gekostet.“ Das sagen Beamte aus dem Kolonialamt, welche wissen, daß das von Anfang bis zu Ende erlogen ist. Denn der Kolonialdirektor Dernburg hat hier selbst im November erklärt: Die verbundenen Regierungen erkennen gerne an, daß durch die feinerzeitige Ablehnung der Bahn eine sehr wesentliche Einbuße für das Reich nicht entstanden ist.“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der auf Veranlassung der Reichskanzlei verfaßten, verbreiteten und bezahlten Broschüre „Deutsches Volk“ heißt es gleich im Anfang: „Auf der einen Seite die entsetzliche Rast und Wein erschütternde Szene, auf der anderen Seite August Bebel im deutschen Reichstage, die Hereros vertheidigend und uns, die deutschen Soldaten, die wir vor einem solchen Feinde stehen, beschimpfend.“ Halten Sie es mit der Würde des Reichskanzlers vereinbar, daß Gelder ausgegeben werden für solche Broschüren, daß sie von Beamten verfaßt werden, die solche

benutzt erlogenen Behauptungen

in die Wählermassen hineinzwerfen? (Sehr gut! b. d. Soz.) Ein Flugblatt scheint sogar dem Allertölpelchen bedenklich gewesen zu sein. Er wollte seinen Namen nicht als Drucker hergeben (Hört! hört! b. d. Soz.) und hat darunter geschrieben: Druck und Verlag der Patria G. m. b. H. Wenn der Reichskanzler nicht gar zu beschäftigt wäre, und das Flugblatt in einzelnen Teilen nicht gar zu niedrig stände, könnte man es beinahe für einen Herzenserguß des Fürsten Bülow halten. Doch sind einige Gemeinheiten darin, deren er sich doch wohl nicht schuldig machen würde. So heißt es: „In diesen Auslassungen offenbart sich eine gewisse Interessengemeinschaft der antideutschen Engländer und der schwarz-roten Patrioten.“ (Wia! b. d. Soz.) Etwas Drecksiger und Ordinareres gibt es nicht. (Lebhaft richtig! im Zentr. u. b. d. Soz.) Weiter heißt es: „Bei einer Wahlversammlung ist bei dem Thema: der Kaiser und die deutschen Arbeiter folgender Satz gesprochen worden: „Gefühl für die nationale Würde, für nationale Ehre verlangt man vom deutschen Arbeiter, den man solange als vaterlandslosen Gesellen bezeichnet hat.“ — Könnten nicht viele von den Versammelten empfinden haben, daß ihnen hiermit eine zynische Unwahrheit ins Gesicht geworfen wurde? Niemand hat den deutschen Arbeiter als vaterlandslosen Gesellen bezeichnet, am allerwenigsten der Kaiser, auf den der Satz gemünzt war.“ Der Redner, der diesen Satz ausgesprochen haben soll, war ich.

„Vaterlandslose Gesellen“

Ich habe ihn nicht gesprochen, aber dem Gedanken Ausdruck gegeben, man wende sich jetzt an die sozialdemokratischen Arbeiter, wende sich an ihren Patriotismus, an den Nationalismus der Arbeiter, die man bisher von allen Parteien von der Rechten bis zur Linken, als vaterlandslose Gesellen bezeichnet habe, und wenn man hier sagt, der Kaiser habe das Wort nicht gesprochen, wohl, ich bin auch in der Lage eine Kaiserrede zu zitieren, in der das gesagt ist. (Zuruf rechts: Vorsicht!) O gewiß! Ich habe in der Volksversammlung darüber gesprochen, und werde wohl im Reichstag sagen dürfen, was ich unter den Augen der Polizei wiederholt gesagt habe. Es war ja in der Zeitung gedruckt. In Bremerhaven sagte der Kaiser:

„Die Redakteure, die Ihr erzielte, ist nur ein Zeichen meines Dankes für eure Arbeit an sich. Ich spreche Euch meine Anerkennung aus dafür, daß Ihr nicht dem Beispiel der vaterlandslosen Gesellen gefolgt seid, die jetzt gerade die Arbeit niedergelegt haben.“

Es handelte sich damals um die Expedition nach China, und die Hamburger Arbeiter hatten nicht die Arbeit niedergelegt, sondern sie waren ausgesperrt worden. Kein einziger von diesen ausgesperrten Arbeitern hat im Hafen oder an Geräten für die Chinaexpedition mitgearbeitet; deshalb der kaiserliche Ausspruch. Weiter heißt es: „Cherlos, wer sein Vaterland im Stich läßt. Ihr habt gezeigt, daß Ihr Ehrenmänner seid.“ Also auch damit hätte man dem Wahlkampf fernbleiben sollen. Für die bewährten Unwahrheiten im Wahlkampf noch ein Beispiel: Ein Flugblatt lautet: „Heute sind die Arbeiter viel besser daran als früher, das kann kein Mensch bestreiten. Die Arbeiter sind fast ganz steuerfrei.“ In einem Flugblatt des Reichsverbandes, das sonst denselben Vorlaut hat, wird der letzte Satz durch die Worte ersetzt: „Ihre Löhne sind gestiegen, ihre Lage ist erheblich verbessert.“ Das eine Flugblatt ist zugunsten des Herrn Pauli-Rotsdam verbreitet worden, das andere in meinem Wahlkreis. Da hat man doch nicht gewagt, dem Berliner Arbeiter die unverschämte Lüge des Reichsverbandes zu bieten. In einem Flugblatt, das von einem unserer Kollegen in Würzburg verbreitet wurde, heißt es: „Wenn Ihr nicht wollt, daß auch bei Euch die Kreuztische aus den Schulengewerken, die Kirchen zerbrochen, die Heiligtümer verzerzt werden, dann wählet keine Liberalen und keine Sozialdemokraten.“ In Bochum aber haben die Nationalliberalen ein Flugblatt verbreitet, worin es heißt: „Wollt Ihr, daß die Kirchen in Heumagazine umgewandelt werden, daß keine Gloden mehr schlagen, und daß eure lieben Toten, die Kranken und Sterbenden nicht mehr den Trost der Religion empfangen, dann wählet einen Sozialdemokraten.“ Das haben die Nationalliberalen verbreitet, und hier hat Herr Wasserfmann diese Behauptungen im Zentrumflugblatt als Schandtat bezeichnet, und Herr Paasche uns dann nochmals mit der ganzen sittlichen Entrüstung, die ihn so schon fleidet, gesagt: „Ja, das sind Schandtat, die man uns so vorwirft.“

Nationalliberale Bilderhämmer!

Nun, meine Herren, in Mainz hat der nationalliberale Stadtrat Raude beantragt, die Kreuztische aus den Simultanulen zu entfernen. (Hört! hört! im Zentrum.) Diese Schandtat haben unsere Genossen natürlich unterstützt. (Heiterkeit.) Als diese Kreuztische dann im Verlauf von 10 Jahren langsam wieder eingeschmuggelt wurden, hat derselbe Stadtrat, der noch den Mut hatte, liberal zu sein, während die Fraktion „Drehscheibe“ wieder einmal eine Wendung nach rechts gemacht hat, nochmals den Antrag auf Entfernung dieser Kreuztische gestellt. Nun mag Herr Paasche diese Schandtat von Mainz ungeschehen machen! In der Kolonialabteilung ist, wie schon Herr Schäbler konstatiert hat, auch ein Flugblatt mit der Unterschrift „ein Katholik“ verfaßt worden, daß aber von einem württembergischen Protestanten verfaßt ist. Im dritten Berliner Reichstagswahlkreise ist ein Flugblatt verbreitet worden, worin es heißt: „Nur noch wenige Tage trennen uns von der ersten Entscheidung, wo das lang ersehnte und endlich gekommene deutsche Vaterland in seinem durch das Blut seiner Söhne fest geeinten Bestande erhalten bleiben soll.“ Das haben also die Freimüßigen als Ziel der Wahlbewegung an! (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ja, meine Herren, der Reichsverband hat sich wenigstens an die politische indifferente Bevölkerung gewandt, aber sich in dieser Weise an die politisch aufgeklärte Berliner Bevölkerung zu wenden, das ist zum Lachen. Nur ein politischer Trottel oder Lumpazi kann diese Alternative stellen. (Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, nun komme ich zum

Umfang der ganzen Wahlagitation,

zum Flugblatt des Reichsverbandes, das in einer Vorstandssitzung dieses Verbandes von Herrn v. Liebert vorgelegt und von dem Vorstandsmittglied, dem Reichstagsabgeordneten Hagemann juristisch begutachtet sein soll. Da heißt es genau so, wie in dem nichtswürdigen Flugblatt, das von dem bekannten Preßdeputierten in der Kolonialabteilung herausgegeben worden ist: „Die Sozialdemokraten lasten wiederum, als der Reichskanzler von dem Geldemut unserer Truppen in Südwesafrika sprach.“ Nun, Herr Hagemann war in jener Sitzung anwesend, er kann unmöglich behaupten, daß wir gelacht hätten; wir müßten auch wahrhaftig sein, wenn wir das getan hätten. Wer sind denn all diese Soldaten, die dort unten diese furchtbaren Strapazen erduldet haben? Sind es Bourgeoisöhne oder Arbeiteröhne? Sind das nicht unsere eigenen Kinder? (Große Unruhe rechts.) Gerade im Interesse des Soldaten haben wir verlangt, daß diese nutzlosen Opfer aufhören. (Lärm rechts, sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben eine andere Kriegsführung verlangt, denn diese Kriegsführung, die nicht wußte, wie man Kolonialkriege führt, (Lärm rechts) trägt einen Teil der Schuld an den Strapazen, an den kolossalen Verlusten. (Erneuter Widerspruch rechts.) Freiwillig zu dem Kriege gemeldet werden sie so und so viele haben, weil sie sich gelacht haben, mehr Strapazen, mehr Schlägen, mehr Drangsale als in der Kaserne habe wir dort auch nicht. (Gelächter

rechts, lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie die Soldatenmishandlungen, die Mißwürdigkeiten leugnen, für die Interoffiziere in das Gefängnis gebracht worden sind, so daß heute jeder Vater, der seinen Sohn zum Militär gibt, Angst hat, daß er auch nicht in die Hände eines solchen Scheusals fällt. (Lärm rechts.)

Tausende sind nach Afrika gegangen, getrieben von der sozialen Not oder weil ihnen Silber vorgegaukelt wurden von dem Lande, die der Wirklichkeit nicht entsprachen.

Ein anderes Flugblatt des Reichsverbandes beschuldigt uns, daß wir den Reichsverband empfohlen haben. Als Herr Komon in Hamburg und ein Breslauer Gerichtsbeisitzer diese Behauptungen aufstellten, da haben wir diese Herren öffentlich der Unwahrheit geziehen, und nun hat der Reichsverband den Mut, diese Dinge weiter zu verbreiten.

Herr Liebert hat dann behauptet, Schöpflin, sein Gegenkandidat, den er in seinen Versammlungen im Wahlkreise nicht hat zum Wort kommen lassen, hätte „unsere heilige schwarz-weiß-rote Flagge“ den Schmutzklappen des Hottentottenblodes genannt. Nun ist es erwiesen, daß Schöpflin geschrieben hat: auf einer ganzen Reihe Festungen weht nicht mehr das stolze rote Banner, sondern der Schmutzklappen des Hottentottenblodes. Damit hat er nur die Fahne des Reichsverbandes gemeint. (Lärm rechts.)

Nach allem, was wir an amtlichen Wahlbeeinflussungen, an Wahlverleumdungen, Wahlkorruption und niederträchtigen Fälschungen in diesem Wahlkampf erlebt haben, erzählt uns der Reichskanzler: der Wahlausgang sei die Strafe für unsere politische Kampfesweise (langanhaltendes Gefährte rechts: Sehr richtig!) und unsere politische Methode, (erneutes und noch lauterer Schreien rechts) — ich kann abwarten, bis Sie nicht mehr schreien — wie die gebildete Welt sie noch nicht gesehen hat, während wir früher ein anständiges, vornehmes, von idealistischem Schwung getragenes öffentliches Leben gehabt hätten. Nun, die im Auftrage der Reichskanzlei, der Kolonialabteilung, des Reichsmarineamts, des Generalstabes, des Reichspostamtes, des Oberkommandos der Schutztruppe verfaßten oder verbreiteten Flugblätter haben und ja gezeigt, was für ein anständiges, vornehmes, von idealistischem Schwung getragenes öffentliches Leben die Regierung bei diesen Wahlen gezeigt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten hätten doch noch wenigstens die Entschuldigung für uns, daß wir Arbeiter sind. (Widerspruch rechts.) Sind wir etwa keine Arbeiter? (Rein, nein! und Lachen rechts.) Ist die Tatsache, daß ich heute nicht mehr am Schafstabe stehe, ein Beweis, daß ich nicht mehr Arbeiter bin? Und warum sehe ich nicht mehr am Schafstabe? Fragen Sie doch einmal Herrn v. Heß, der keinen Arbeiter in seinem Betriebe duldet, der auch nur gewerkschaftlich organisiert ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Fordern Sie nicht die Regierung auf, aus allen ihren Betrieben alle sozialistischen Arbeiter zu entlassen? Wenn die im Vordergrund der Bewegung stehenden gemäßigten Leute sich eine neue Existenz gründen müssen und in die Leitung von Parteidruckereien berufen werden, dann wollen Sie sagen, das wären keine Arbeiter mehr? Ja, das glauben Sie doch selbst nicht, auf alle Fälle glaubt es die deutsche Arbeiterklasse nicht! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten streben aus den Tiefen der Gesellschaft empor, der Herr Reichskanzler aber steht auf der Sonnenhöhe des Glüdes und des Reichtums. Er ist angehen mit allem Glanze hoherer Bildung. Wie sieht es da ihm an, uns Vorhaltungen über den guten Ton zu machen in einer Rede, wo er selber Ausdrücke gebraucht, wie Kumpereien, nutzloses Spiel, Partisanen, perfide Forderungen (Sehr richtig! rechts), niederträchtige Verleumdung (Sehr richtig! rechts). Das ist die Sprache des obersten Beamten des Deutschen Reiches (Sehr richtig! rechts) in einer Rede nach einer Wahlagitation, in der die Regierung

Mißfabel voll Verleumdung

geöffnet hat! (Großer Lärm rechts.)

Der Herr Reichskanzler hat in der Wahllokette gewonnen, so liegt hat die strupellose Demagogie von oben und die von unten geplagte Korruption! Denn nur ein Funke von Neid und Gier hat in diesem Reichstage vorhanden wäre, dann müßten alle Mandate der Blockparteien kassiert werden. (Großer Lärm und Lachen bei den Blockparteien.) Sie sind in der Nacht, Sie sind im Besitz und damit auch im Recht. Für Sie sind ja die Gesetze nichts als ein Mittel, Ihre Macht zu befestigen. (Lärm rechts.) Und wenn Sie vorhin gelacht haben, weil ich Glauben geküßert habe an Recht und Gerechtigkeit in diesem Hause, dann haben Sie die Ironie nicht verstanden. (Großer Lärm bei den Blockparteien.) Rein, dieser Reichstag mit den Blockparteien, das ist das lebendige Spiegelbild der Wahlkorruption! (Lebhafte, wiederholte Beifall bei den Sozialdemokraten. Zischen rechts.)

Abg. Dr. Schäbler (Z.):

Nicht mit so viel Temperament wie mein Vordredner, aber ebenso entschieden lege ich Protest ein gegen die amtlichen Wahlbeeinflussungen bei diesem Wahlkampf. Wohl hätte der Reichskanzler hier sein sollen, nicht insertieren, sondern der Sache wegen, um Aufklärung zu geben über das, was Herr Fischer gesagt, und wenn er kann, auch Richtigstellungen zu machen. Da die Regierung durch Abwesenheit glänzt, wird das Gelagte seinen Eindring im Volke nicht verschleien. Wohl hätte der Reichskanzler auch Aufklärung geben sollen, ob in Berlin die Schutzleute und Eisenbahnbeamten gewarnt seien, einen Zentrumskandidaten zu wählen. Bei der Generaldebatte des Etats habe ich bereits gegen die Tätigkeit des Flottenvereins protestiert. Man mag ihn noch so sehr unter die Fittiche nehmen, ihm auch berechnen, daß er in Schlesien mit den Sozialdemokraten anzubandeln verübt, so viel steht fest, er ist ein unpolitischer Verein, und er ist Zentralstelle der politischen Agitation geworden und zwar mit Wissen und Willen des Reichskanzlers (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) und er ist verantwortlich für das, was in der Zentrale seiner Wahlkreise geschehen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Anfangs hat der Flottenverein noch die Krallen eingezogen. Am 19. Dezember erfolgte ein Rundschreiben, Anleitung zur Wahlagitation. Er erhielt ein offizielles Dankschreiben „im Auftrage des Reichskanzlers“. (Hört! hört!) Dieser unpolitische Flottenverein, dem auch Mitglieder des Zentrums angehören, hat dann sehr minderwertige Flugblätter verbreitet, in denen das Zentrum verdammt wird. (Redner verliest einige der besagten Reim-Briefe.) Die Broschüre „Die Lügen über Herrn Erzberger“ würde richtiger genannt: „die Lügen über Herrn Erzberger“ (Zustimmung im Zentrum.) Wenn jetzt noch ein Zentrumsmann Mitglied dieses Vereins bleibt, verdient es diese Behandlung durch die Wahlmacher des Flottenvereins. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nachdem der Flottenverein sein Versprechen, sich politisch nicht zu betätigen, so strupellos gebrochen hat, wird ihm natürlich niemand mehr glauben, daß er nicht wieder wortbrüchig wird. Deswegen sucht man ihn jetzt zu einem „nationalen“ Verein zu stampeln und Herrn Reim zu einem Privatmann. Ah nein, Herr Reim ist der offizielle Wahlmacher (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) und die Verantwortung trägt der hinter ihm stehende Reichskanzler. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Welche Aufregung und Erbitterung zeigte sich hier nicht auch beim Reichskanzler über die „gestohlenen Briefe“. Von Entrüstung habe ich nichts bemerkt, als der Brief des Herrn Wistuba an unseren Kollegen Roeren zwei Tage vor der Wahl in den „Hamburger Nachrichten“ erschien. Ob die Briefe nun gelöst worden, oder nicht, sie haben jedenfalls einen unerhörten Skandal enthüllt. Ich würde es als die schlimmste Majestätsbeleidigung ansehen, wenn man annehmen sollte, der Kaiser habe gewußt, mit welchen Mitteln dieser Wahlsieg erfochten worden ist. Wo aber steht der Reichskanzler? Er läßt sich in diesem Hause überhaupt nicht mehr sehen, und er hätte doch allen Grund, sich zu den Behörden gemachten Vorkürfen zu äußern. Unser Standpunkt ist der: Etwas anderes ist es, Aufklärung zu geben, und etwas anderes, den ganzen Regierungsbapparat bis zum letzten Diener

hinab in Bewegung zu setzen. Da ist es doch besser, lieber gleich Regierungskandidaten zu ernennen. Wir wissen den Versuch, bei den Reichstagswahlen napoleonische Zustände einzuführen, auf das entschiedenste zurück. (Lebhafte Zustimmung beim Zentrum.)

Abg. Kretsch (L.):

Wir befinden uns in der angenehmen Lage, feststellen zu können, daß in keinem der von den Interpellanten angeführten Fälle die sogenannte Wahlbeeinflussung zugunsten eines unserer Kandidaten erfolgt ist. Bis her sind nur Behauptungen aufgestellt worden, aber man hat noch keine Spur eines Beweises für die behaupteten amtlichen Wahlbeeinflussungen erbracht. Meiner Fraktion können Sie alle möglichen Vorwürfe machen. Aber bei keiner Gelegenheit haben wir aus unserem Herzen eine Mordgrube gemacht. Auch am Reichstagswahlrecht wollen wir nicht rütteln. Wir wollen nur, daß man das Zustandekommen dieses Wahlrechts so gut spiele, wie man es diesmal gespielt hat. Dann wird es auch gelingen, die letzten Reste der Sozialdemokratie wegzublasen. (Sehr gut! rechts, Lachen links.) Die Sozialdemokraten haben ja erklärt, mit dem Ausgang der Wahl zufrieden zu sein. Wozu dann also die Weichwerde? So kleinliche Mittel wie Wahlbeeinflussungen können ja gar nichts am Wahlergebnis ändern. Ich bin ja lange genug Landrat gewesen (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), wir haben ja gar keine distinktionäre Beamtengewalt. Die konservativ-liberale Ehe ist ja keine Liebesheirat, sondern eine Vernunftheirat; aber gerade deshalb erfordert sie eine um so größere Delikatesse. Von unserer Seite wird alles vermieden werden, was den jungen Ehefrühen zu stören geeignet wäre. (Bravo! bei den Liberalen.) Aber wir haben eine düllere Wolke an unserem Himmel, die böse Schwiegermutter Gothein (Heiterkeit). Die stört unsere Glitterwochenmahlzeit nicht nur dadurch, daß sie sich von dem Erfolgs unserer Handelspolitik nicht überzeugen lassen will, sondern auch dadurch, daß er noch neulich behauptete, Maltewig wäre nur durch amtliche Wahlbeeinflussung gewählt worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die freisinnige Volkspartei hat in allen Wahlkreisen, in denen wir gegeneinander zur Wahl standen, sich uns gegenüber durchaus korrekt verhalten. Günstlich halten Sie auch Herrn Gothein im Jann. In allgemein nationalen Fragen nehmen wir natürlich auch vom Zentrum gern Hilfe. (Heiterkeit im Zentrum.) In der Wahl sind wir z. B. in Königberg für den uns sehr sympatischen freisinnigen Kandidaten so begeistert eingetreten, als ob es ein konservativer gewesen wäre. (Sehr gut! bei Konf. und Liberalen. Ruf Singers: Ist ja auch kein großer Unterschied! Große Heiterkeit.) Ich wünschte, es wäre gar keiner mehr. (Heiterkeit.) Das Uebel ist uns jedenfalls immer die Sozialdemokratie. Der Abg. Fischer hat vom Wahlterrorismus und den Wahlhingen gesprochen. Wenn ein eifriger Parteigänger die Vereinerlichung der Wähler durch Lieferung geistiger Getränke ansetzt, so ist das ja nicht so schlimm. (Hört! hört! bei den Soz.) Sonst aber verabscheuen wir die Wahlbeeinflussung, und ein Kandidat, der sich ihrer schuldig macht, hätte bei uns keinen Platz. Wahlhingen hat auch die Sozialdemokratie angebannt. Wie haben sich die Herren Uebel und Singer für die Dynastie Plebsrechts, für des großen Vaters unbedeutenden Sohn ins Zeug gelegt. Wie hat noch jüngst die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ Uebel gebührend, indem sie schrieb, er hätte an der Staatsdebatte „mit souveräner Ueberlegenheit die armeneligen Einwände der Gegner abgetan“. So armenelig ist denn Herr Uebel doch nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ein sozialdemokratisches Flugblatt begann: „Die ganze Wunde ist am 13. Dezember auseinandergejagt worden.“ Wie kommt die Sozialdemokratie dazu uns als Wunde zu bezeichnen. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Weiter heißt es, ein goldener Strom hat sich in die Taschen der Besten der Nation durch die Zollpolitik auf Kosten des Volkes ergossen. Nun, die Edelsten der Nation haben von diesem goldenen Strom noch nichts gespürt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auf den Tisch des Saales lege ich Flugblätter nieder, in denen Herr v. Cramon, Graf Ranitz und andere Abgeordnete als Raubtiere bezeichnet sind. In einem Flugblatt wird der Nationalparlamentarier als Moses II. bezeichnet, der den Stadtpöbel von Jerusalem wehrt habe. Die Sozialdemokraten sagen zwar: Religion ist Verblendung. In Wirklichkeit ist bei ihnen Religiosität Parteifrage. (Beifall rechts.) Bei der Stichwahl haben die Sozialdemokraten im Wahlkreis Paulus Wahlzettel mit falschem Vornamen verbreitet, um die Wähler Paulus zur Abgabe ungültiger Stimmzettel zu verleiten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ähnliches haben die Sozialdemokraten auch in anderen Wahlkreisen getan. Dem Reichstagskanzler ist Dank zu erstaten, daß er den Kampf gegen diese Partei aufgenommen hat. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Liebert (Rp.):

Die Regierung hatte die Pflicht und das Recht, die Wähler nach der Auflösung über ihre Absichten aufzuklären. Beamte und öffentliche Bedienstete sind nicht verurteilt worden. Wenn der Herr Kolonialdirektor Vorträge über die Kolonien gehalten hat, so sind wir ihm dafür dankbar. Öffentlich werden im nächsten Wahlkampf alle anderen Staatssekretäre ihrer Schuldbiligkeit tun. (Bravo! rechts.) — In seiner letzten Rede über die Kolonialpolitik ist Herr Uebel ein schwerer Rechenschleier unterlaufen. Er führte aus, der Verbrauch an Baumwolle betrug 1905 394 000 Tonnen und nicht, wie der amtliche Bericht angibt, 1 600 000 Tonnen. Dabei überließ er, daß der Kolonialdirektor von Balleu zu 500 Pfund gesprochen hat, während eine Tonne 2000 Pfund, also viermal so viel hat. Herr Uebel sollte bedenken, daß jetzt eine Anzahl wirklicher Afrikaner und auch Leute, die die Kolonien aus eigener Erfahrung kennen, hier sitzen. Wenn nicht zwischen diesen ein stillschweigendes Uebereinkommen bestünde, auf die Reden des Herrn Uebel nicht näher einzugehen, würde es heißen müssen: „Bis früh um fünf, keine Maus!“ (Heiterkeit rechts.) — Der Herr Begründer der Interpellation hat in einer allen parlamentarischen Gepflogenheiten fremden Art die schwersten persönlichen Angriffe gegen mich gerichtet. Daß ich dem mir seit 20 Jahren befreundeten Herrn Keim gegenüber mein Gefühl zum Ausdruck brachte, daß mir in einem mir noch fremden Wahlkreis zumal als Kreuze und General Richter entgegengebracht würde, war doch nur natürlich, wie aber die Reichstagskanzler in Sachsen irgend etwas für mich hätte tun können, ist mir ganz verständlich. (Sehr richtig! rechts.) Dann die traurige alte Kamelle von meiner China- und Afrikafrage: „Wie man kommandiert wird!“ Herr Uebel hat aus völliger Unkenntnis der Tatsachen hier etwas vorgebracht, was zwei Tage darauf mein Freund Krenndt völlig widerlegt hat. Es handelte sich einfach darum, ob ich als Infrastruktur für chinesische Truppen nach Peking oder was auch längst geplant war als Gouverneur nach Ostafrika gehen sollte. Die Entscheidung fiel dann im letzten Sinne. Die „Afrikanische Compagnie“ ist gebildet worden nach dem Vorbilde der von dem Großen Kurfürsten begründeten Gesellschaft. Mit Rücksicht auf diese historische Erinnerung habe ich mich bereit gefunden, den Vorschlag zu übernehmen, nachdem ich 23 Jahre für die Kolonien mein Herzblut gegeben habe. Mir daraus einen Vorwurf zu machen, ist recht geschmacklos. (Sehr richtig! rechts.) Die Sache mit dem „Schmuggler des Hottentottens“ wird vor Gericht entschieden werden. — Dem Flottenverein kann man aus seinem Vorgehen keinen Vorwurf machen. Er sagte sich, wenn seine Ziele verwirklicht werden sollten, so müßte eine nationale Flotte geschaffen werden, d. h. eine Flotte, die mit der Reichsregierung über nationale Fragen nicht feilscht und nicht handelt, sondern dem Kaiser gibt, was des Kaisers ist. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Flottenverein steht auf dem Standpunkt eines beschleunigten Ausbaus unserer Flotte innerhalb des Rahmens des Flottengesetzes. Er sagt sich, was nützt es uns, wenn wir im Jahre 1920 eine große Flotte haben, während um 1910 oder 1912 eine auswärtige Flotte überfällt. (Große Unruhe bei den Sozialdem.) Die Kriegervereine sollen nicht politisch sein, aber niemand wird es ihnen verwehren, national zu fühlen, zu handeln und zu wählen, zu

mal es sich diesmal um militärische Fragen drehte. (Sehr richtig! rechts.) Sie waren besonders verstimmt darüber, daß die Kommandogewalt des Kaisers angegriffen war. (Unruhe bei den Sozialdemokraten und Ruf im Zentrum.) Ich weiß nicht, ob das Verlangen, zuerst die Truppen nach Hause zu holen und sie dann, wenn der Unfriede wieder ausbricht, wieder herauszuschicken, juristische und kirchliche Logik ist (Große Unruhe im Zentrum), militärische oder strategische Logik ist jedenfalls nicht dabei. (Sehr gut! rechts.) Was den Reichsverband anbelangt, so wiederhole ich, daß er gänzlich unabhängig von der Regierung ist. Dem Herrn Reichskanzler bin ich erst im Februar vorgestellt worden. Allerdings bin ich stolz darauf, ihm durch ein Schreiben den bekannten Silvesterbrief entlockt zu haben. (Bravo! rechts.) Gegen die Verzeichnung Reichslagenverband muß ich protestieren. (Jurufe bei den Sozialdemokraten.) Unter einer Lüge versteht man eine bewusste Unwahrheit. (Stürmische Jurufe: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und davon spricht man sonst unter Ehrenmännern nicht. Wenn Sie aber bei diesem Worte verharren, dann sind wir 150 000 Mitglieder des Reichsverbandes bereit, wie die Geusen den Bettelrad, diesen Namen als Ehrennamen anzunehmen. Der Reichslagenverband soll ein Verband sein, der das Reich gegen die Lügen der Sozialdemokratie schützt. (Lebhafte Beifall rechts.) Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Daß ein solcher Verband notwendig ist, dafür kann ich Ihnen einen authentischen Beweis geben. Sie nur einige Wäntel lesen. Die sozialdemokratische „Freie Presse“ veröffentlichte am 12. Dezember 1908 einen Artikel, in dem erzählt wurde, daß katholische Familien, um bevorstehende Geburten günstig zu beeinflussen, einen eigenartigen Hausartikel des Hofes „Maria Hill“ benutzten. Ein katholisches Blatt in Kolmar schreibt dazu, daß dieser Artikel in allen seinen Teilen erlogen sei. (Hört! hört! rechts.) Im November 1906 hatte der „Vorwärts“, um das Vertrauen der kaiserlichen Hofschaff moralisch herabzudrücken, die von der Versicherten zusammengestellt und sie auf 48,7 Millionen berechnet, während das Reich nur 60 Millionen Einwohner hat. Die „Schlesische Volkszeitung“ nannte das einen freien Schwindel; der „Vorwärts“ zählte die Versicherten aller drei Klassen der Versicherungen zusammen, während er doch wohl wisse, daß die meisten Leute sowohl in der Unfall- wie in der Altersversicherung seien. (Hört! hört! rechts.) Als in Berlin 22 sozialdemokratische Versammlungen abgehalten wurden, schrieb der „Vorwärts“, sie seien von 50 000 Personen besucht worden. Festgestellt ist, daß nur 16 000 Personen in die Lokale gehen und 21 500 gezählt waren. 33 500 hat der „Vorwärts“ dazu gelogen. (Hört! hört! rechts.) Bekannt sind ja die Wahllügen über die Verbreitung des Reichstagswahlrechts. Ende Dezember meldete der „Vorwärts“, daß für Mitte Januar 80 000 Landwehrleute eingezogen werden würden, die so an den Wahlen nicht teilnehmen könnten. Auch das war ein dreifacher Schwindel. Wir ist es in meiner ganzen Militärzeit noch nicht vorgekommen, daß im strengen Winter größere Uebungen abgehalten wurden. Redner zitiert dann weiter die angebliche Keuherung des Abg. Uebel über die „egoistische brutale Klasse der Bauern“ vom Münchener Parteitag. Für die Flugblätter des Reichsverbandes sind Herr Hagemann und ich nicht verantwortlich, da wir sechs Wochen von Berlin abwesend waren.

Warum ist denn aber diese Interpellation überhaupt eingebracht worden? Weil das deutsche Volk sich seit 40 Jahren zum ersten Male des allgemeinen Wahlrechts wirklich bedient hat, während es bis dahin nur die sozialdemokratische Partei tat. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Daher die Ueberraschung, der Groß und der Jüngling der Sozialdemokratie. Und nun soll auf einmal die Regierung schuld sein. Vor allem hat sich die Sozialdemokratie unverschämlich blamiert durch ihr fanatisches Vorgehen gegen die Kolonialpolitik. Das deutsche Volk hat einen feinen Instinkt für die Faktoren seiner Macht und seiner Zukunft. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir werden fortfahren, mit Befehrung und Aufklärung des Volkes über die Sozialdemokratie weitere Wahlbeeinflussung zu treiben. (Bravo! rechts.)

Abg. Drejski (Pol):

Die Agitation der Polen ist in diesem Wahlkampf in jeder Weise beschränkt worden, in willkürlicher Weise sind Versammlungsverbote ergangen, in deutlichem Widerspruch zu den klaren Bestimmungen des Gesetzes. Die Beamten, welche die Wählerlisten aufstellen, sind polenfeindlich und die Listen unvollständig aufgestellt. Freilich sagt man, jeder kann sie einsehen und seine Entzogen beantragen. Aber werbe dem polnischen Arbeiter, der das um wollte; er würde als Krawaller entlassen. (Sehr richtig! bei den Polen.) und wenn er dem Gutsherrn unentgeltlich wäre, würde er zum mindesten schikaniert werden. (Zustimmung bei den Polen.) Erlaunt war ich, daß man uns und den Sozialdemokraten politischen Vorkauf vorwarf; bei uns wird der politische Vorkauf den Behörden zur Pflicht gemacht. (Sehr richtig! bei den Polen.) Redner zeigt an einer großen Zahl von Einzelfällen, welche Terrorismus bei den Wahlen gegen die Polen ausgeübt ist.

Das Haus vertagt die weitere Beratung.

Abg. Ghylling (fr. Sp.) (zur persönlichen Bemerkung): Die Behauptung der konservativen Presse, die gestern wiederholt wurde, daß der Vorsitzende einer freisinnigen Königsberger Versammlung erklärt hat, bei einer Stichwahl zwischen Konservativen und Sozialdemokraten sei der Sozialdemokrat als das kleinere Uebel zu betrachten, entspricht nicht der Wahrheit.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den Hinterbliebenen- und Versicherungs- und den Kriksinvalidenfonds; zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Berufszählung; erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Raichsböttichsteuer; Fortsetzung der heutigen Debatte. Schluß 6 1/2 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Steht ein Schahmannsbefehl über dem Reichsgesetz?

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft muß dies eigentlich der Fall sein. War da unlängst der Metallarbeiter W. mit einem polizeilichen Strafmandat beklagt worden, weil er anlässlich des Streiks in den Siemenswerken in seiner Eigenschaft als Streikposten Arbeitssuchende angesprochen hatte. Er sollte sich dadurch gegen die berühmte Strafenordnung betrogen haben. In wie sinnreicher Art dieses Vergehen herausgestellt wurde, darüber geben die Ausführungen der Anklagevertreter vor dem Schöffengericht und darauf jüngst vor der Strafkammer interessanten Aufschluß. Der „Verbrecher“ hatte nämlich gegen das Strafmandat die gerichtliche Entscheidung angerufen und vor dem Schöffengericht zu Charlottenburg kurzerhand freigesprochen worden, weil sich irgend ein Verstoß gegen die Strafenordnung nicht feststellen ließ. Der Amtsanwalt legte Berufung ein und machte zu deren Begründung folgendes geltend: Als sich der Polizeiwachmeister Ranteufel zur Beobachtung der Streikposten auf dem Ronnenbamm befand, teilten ihm Arbeitswillige mit, sie seien von Streikposten angesprochen und damit beauftragt worden. Der Beamte trat darauf an den Angeklagten heran und sagte zu ihm: „Wenn Sie noch einmal Arbeitswillige ansprechen, so schieße ich Sie.“ Hiermit, so beduzierte die Staatsanwaltschaft, habe der Wachmeister eine Anordnung erlassen, welche zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe auf der öffentlichen Straße unbedingt erforderlich war und welcher der Betroffene unter allen Umständen Folge zu leisten hatte. Do dieser trotzdem Arbeitssuchende ansprach, so war seine Störung und die Verletzung des Strafmandates berechtigt. Nicht das Streikpostenstreben an sich sei dem Angeklagten verboten worden, sondern nur das Ansprechen von Arbeitssuchenden, worin der Beamte nach seinem individuellen Ermessen mit Recht eine Beeinträchtigung der

Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe auf der Straße erblickte. — Diesen etwas merkwürdigen Standpunkt vertrat auch der Staatsanwalt in der Verhandlung vor der Berufungskammer, und beantragte deshalb eine Geldstrafe von 20 M.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann als Verteidiger des Angeklagten führte demgegenüber aus, daß diese an und für sich nur recht geringfügige Sache durch die Debatte der Anklagebehörde doch eine recht weittragende Bedeutung erhalten habe. Wenn nämlich die Anschauung des Staatsanwalts Geltung haben sollte, dann wäre ein Schahmann ja ohne weiteres berechtigt, ein Reichsgesetz außer Kraft zu setzen. Das Recht des Streikpostenstreiks sei laut Entscheidung des Reichsgerichts ein integrierender Bestandteil des Arbeitsrechts gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts. Das Ansprechen von Arbeitssuchenden aber mache ja gerade das Wesen des Streikpostenstreiks aus. Was mühe den Arbeitern denn das Recht des Streikpostenstreiks, wenn ihnen dabei nicht gleichzeitig gestattet wäre, in friedlicher Weise die Arbeitssuchenden anzusprechen und sie auf den Streik aufmerksam zu machen. — Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers vollständig an und erkannte auf Freisprechung.

Gegen die Annahme mancher Hauswirte

fällte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts Berlin II ein durchaus zutreffendes Urteil, welches in Rieterkreisen alleseitigen Beifall finden dürfte. Auf der Anklagebank hatte die laubstummte Näherin Marie Fritsch Platz zu nehmen, die sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten mußte. Als Dolmetscherin nahm die Taubstummenlehrerin Frau Schenk an der Verhandlung teil. Die Angeklagte hängt mit großer Liebe an einem kleinen Hündchen, von welchem sie auf Schritt und Tritt begleitet wird. Diese Anhänglichkeit des Tierchens sollte die Angeklagte in eine sehr unangenehme Situation bringen. Sie besuchte häufig eine Bekannte, die in dem Hause des Hauseigentümers Alilienthal wohnte. Dieser zählt zu jenen Leuten, die aus irgend einem Grunde gegen Haustiere eine Antipathie haben. Trotzdem sich der Hund der Angeklagten überaus sitfam in dem Lischen Hause benahm und sich keinerlei Verstoße gegen die Keulichkeit auszulassen kommen ließ, verbot Herr L. der Angeklagten, den Hund fernherhin in das Haus zu bringen. Dieses Verbot wurde der F. auf einem Zettel mitgeteilt. Anfanglich mußte „Klodden“ auch zu Hause bleiben, schließlich aber brachte es die Angeklagte nicht mehr fertig, ihre einzige Freude einzusperrten. Als sie wieder einmal mit dem Hunde einen Besuch abstatte, verbot ihr der Hundeherr das Haus, mit dem Bemerkten, daß er sie ohne das Tier unbehindert aus- und eingehen lassen werde. Als die Angeklagte trotzdem dieses eigenartige Verbot überschritt, erstattete Alilienthal eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Diese hatte auch tatsächlich ein Strafverfahren zur Folge und die bebauernde Hundeliebhaberin mußte sich den Unannehmlichkeiten einer Gerichtsverhandlung aussetzen. Das Schöffengericht hielt einen Hausfriedensbruch für erwiesen und verurteilte die Angeklagte zu 10 M. Geldstrafe. Hiergegen legte Rechtsanwalt Marchand als Verteidiger der Angeklagten Berufung ein, sodah die Sache nunmehr die Strafkammer beschäftigte. Den Ausführungen des Verteidigers entsprechend hielt das Berufungsgericht einen Hausfriedensbruch nicht für festgestellt. Zu den Rechten des Mieters gehöre es natürlich auch, Besuche zu empfangen. Man könne es keinesfalls dem Hauswirt zubilligen, aus eigener Willkür heraus die Begleitung des Besuches vorschreiben zu können. Selbst wenn der Eigentümer in dem vorliegenden Falle es der Angeklagten ausdrücklich verboten habe, das Haus in Begleitung des Hundes zu betreten, so sei dieses Verbot absolut hinfällig. Die Strafkammer hob aus diesen Gründen das erste Urteil auf und erkannte auf kostenloser Freisprechung.

Weshalb mußte die Anklage überhaupt erhoben werden?

Graf Pückler-Altschirne stand gestern wieder einmal vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I, um sich wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu verantworten. Der Angeklagte verbrüht kurze Zeit am 20. Oktober auferlegte Strafe von drei Monaten Gefängnis und wurde deshalb aus dem Gefängnis in Tegel vorgeführt. Zur Anklage standen zwei Reden der bekannten Art, die der Angeklagte am 12. Juni v. J. bei Bugenhagen und am 3. Juli in den Arminhallen gehalten hat. Bezüglich dieser beiden Reden beschloß der Gerichtshof die Einstellung des Verfahrens, da er annahm, daß das Urteil vom 20. Oktober eine einheitliche fortgesetzte Handlung feststelle und die jetzt in Frage stehenden beiden Reden zeitlich vor der Verurteilung gehalten sind. — Aldann verhandelte das Gericht über eine dritte Rede, die der Angeklagte am 5. November v. J. in Kellers Festhale gehalten hat. In dieser Rede hat schon einmal Termin anstanden, der aber der Vertagung verfiel, weil der Angeklagte Gelegenheit haben wollte, Zeugen zu laden. Er hat aber solche später nicht angegeben, wiederholte jedoch im heutigen Termin den Vertagungsantrag, der vom Gerichtshof abgelehnt wurde. — In der inkriminierten Rede hat der Angeklagte noch den Aufzeichnungen des überwachenden Polizeioffiziers u. a. die Offiziere und Soldaten und die Polizeioffiziere aufgefodert, mit ihm einmal eine fehrliche „Bierreise“ unter den Linden zu machen und die dortigen Lokale zunächst von den „Ratten und Käuzen“ zu säubern. Im Anschluß an einen damals vorgekommenen Diebstahl bei Salinger u. Lippmann, wo 14 000 M. gestohlen worden sind, rief der Angeklagte seinen Zuhörern, persönlich zu Juden hinzugehen und dort zu „pumpen“, wie ja erst neulich einige fische Kerle gepumpt hätten; sie hätten das Geld bis jetzt noch nicht zurückgebracht und würden es hoffentlich auch nicht tun. Dann trat in der Diskussion ein junger Mann auf und erzählte, daß er kürzlich bei einem Juden habe einbrechen wollen, aber abgefaßt und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Er wollte wissen, was er denn nun machen solle, denn er sei mittellos und ohne Arbeit und erhielt vom Angeklagten die Antwort, daß er doch auch, wie jene fischen Kerle bei einem Juden „pumpen“ solle. — Der Angeklagte bestritt, zu Gewalttätigkeiten angereizt zu haben. Er vertrete eine von Gott gewollte Sache, er wolle die infernalische Macht des Judentums brechen und müsse in Volksversammlungen eine kräftige und humoristische Sprache führen. — Der Staatsanwalt beantragte eine Zufahlsstrafe von 6 Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis.

Das Versprechen des Arbeitgebers.

Gegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung war der Hornier N. zu Estermerda angeklagt. Er sollte anlässlich eines Streiks im dortigen Stahlgußwerk zu einem Arbeitswilligen gesagt haben: „Na, das hätte ich nicht von Dir gedacht, daß Du jetzt in der Wüste arbeiten würdest“, und ihn dabei beleidigt haben. Nachgewiesen wurde nun durch Zeugnis des Gaulteiers Jernicke-Berlin, daß der Streik lediglich deshalb ausgedehnt war, weil der Eisengießereibesitzer Dietrich sein gegebenes Versprechen nicht innegehalten hatte. Dieses bezog sich darauf, daß er die Anschaffung von fehlenden Werkzeugen, Vertagungsstätten, Kleider- schuhen und Wascheimern innerhalb zwei Wochen absolut fest zusicherte, seine Zusage aber nicht hielt. Das Urteil stützte sich auf die Ausführungen der Verteidigung, von der eingewandt wurde, daß die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung hier keine Anwendung finden könnten, weil die Arbeiter durch den Streik lediglich das erstrebten, worauf sie einen vertragsmäßigen Anspruch hatten. Es habe sich daher nicht um eine Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gehandelt, sondern um die Aufrechterhaltung vertragsmäßiger, also rechtskräftig bestehender Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es mußte daher auf Freisprechung erkannt werden.

Die russische Revolution.

Ein Symbol.

Petersburg, 15. März. Heute morgen gegen 5 1/2 Uhr ist die Decke des Sitzungssaales der Reichsduma eingestürzt. Als Ursache des Einsturzes wird Bauartfehler des Saales angenommen.

Petersburg, 15. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ueber der heute früh eingestürzten Decke des Reichsdumasaales befanden sich Ventilationsvorrichtungen mit großen Blasebälgen. Das große Gewicht dieser Apparate und die Bauartfehler der Decke werden als Ursache des Einsturzes angesehen. Zweihundert Sitze in der Mitte des Saales sind mit herabgefallenen Brettern und Stukatur bedeckt; ein kostbarer Kronleuchter wurde vernichtet. Die Wiederherstellung der Decke dürfte etwa zwei Wochen in Anspruch nehmen. Nach neueren Bestimmungen wird die für heute anberaumte Sitzung im Katharinenaal des Zarenpalais abgehalten werden; auf Wunsch der Abgeordneten findet vorher Gottesdienst statt.

Das zaristische Staatsgebäude ist nicht minder baufällig als die Decke des Dumasaales. Je früher jenes einstürzt, desto eher wird das russische Volk es sich nach seinem Geschmack neu aufbauen können.

Reichsduma.

Petersburg, 15. März. (B. T. V.) Die Sitzung, der der Ministerpräsident Stolypin und mehrere andere Minister beiwohnen, wird um 11 1/2 Uhr im sogenannten Kunden Saale des Zarenpalais eröffnet. Viele Deputierte können den Präsidenten nicht versprechen. Es entsteht große Unruhe, der Präsident hat Ruhe, die Protestrufe zu unterdrücken. Die Fraktion der Rabatten beantragt, die Beratungen zu unterbrechen angesichts der Unmöglichkeit, unter solchen Verhältnissen zu arbeiten. (Beifall.) Andere Deputierte unterstützen den Antrag. Der sozialdemokratische Abgeordnete Alexinsky sagt, ihm scheint es, als ob die Mitglieder der Rechten ein Komplotz organisiert hätten. (Beifall links.) Der Präsident ruft Alexinsky zur Ordnung. Mehrere andere Deputierte treten dafür ein, daß die Beratungen unterbrochen werden, bis sich ein neuer Raum für die Sitzungen gefunden habe. Unter großer Unruhe des Hauses bringt der Präsident den Antrag zur Abstimmung, daß die Beratungen unterbrochen werden und das Präsidialbureau der Reichsduma beauftragt wird, sich mit der Regierung ins Benehmen zu setzen, damit eine Stätte für die Fortführung der Beratungen herbeigeführt werde. Der Antrag wird fast einstimmig angenommen und die Sitzung sodann um 12 1/2 Uhr geschlossen.

Petersburg, 15. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach Schluß der heutigen Dumasitzung lud Ministerpräsident Stolypin den Dumapresidenten Solowin in den Ministerpalast, wo auch mehrere Minister anwesend waren. Nach kurzer Beratung wurde beschlossen, den unbeschädigten Teil der Saaldecke zu beseitigen und vorläufig eine Segeltuchdecke herzustellen, damit die Sitzungen am 16. März wieder aufgenommen werden können. — Der Dumasaal zeigt ein trauriges Bild der Verfallung. Fast Dreiviertel der Deckenbelleidung sind herabgestürzt und haben die Sitze der Linken, des Zentrums und eines Teils der Rechten verunstaltet und mit Trümmern bedeckt. Sämtliche ein derartiger Einsturz während einer Sitzung ereignet, so wären wenigstens 200 Abgeordnete unter den Trümmern begraben worden! Die Architekten erklären den Einsturz der Decke dadurch, daß der Sitzungssaal ursprünglich ein niemals geheizter Wintergarten war, auch noch während der Tagung der ersten Duma. Der jetzt durch Heizung und Lüftung herbeigeführte Temperaturunterschied habe offenbar den Umfang der mit tonischen Regeln befestigten Holzballen vergrößert, weshalb die Stukatur herabstürzte.

Die sozialdemokratische Fraktion

soll — wie ein Wolff-Telegramm aus Petersburg meldet — endgültig erklärt haben, daß sie ihre Absicht, auf die Erklärung der Regierung zu antworten, nicht aufgeben könne. — Die oppositionellen Fraktionen hielten am Donnerstagabend noch einmal Beratungen über ihre Haltung gegenüber der zu erwartenden Regierungserklärung ab, ohne daß ein endgültiger Beschluß erzielt wurde. Die Sozialdemokraten erklärten, wie gesagt, daß sie bei ihrem Beschlusse verharren, und schlugen der Arbeiterpartei vor, sich ihnen anzuschließen; die letztere weigert sich aber. Man beschloß, die Frage am Freitag in einer Pause der Dumasitzung, die vor der Verlesung der Regierungserklärung stattfinden soll, nochmals in den Fraktionen zu beraten. —

Das „Berl. Tagebl.“ erhielt gestern (Freitag) abend folgende Privatdepesche: Petersburg, 15. März. Gestern abend nahm die Polizei bei dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dshaparidse Gschchina eine Hausdurchsuchung vor, wobei neun in der Wohnung anwesende unbeteiligte Personen sowie mehrere russische Korrespondenten verhaftet wurden. Die Hausdurchsuchungen hängen einerseits mit einer von mehreren Abgeordneten unter Fabrikarbeitern begonnenen Agitation, andererseits mit einer Bestimmung des Stadthauptmanns zusammen, die alle Privatversammlungen bei Abgeordneten der Linken untersagt, und als Versammlung ein Zusammensein von fünf Menschen betrachtet. (!!) Durch diese Hausdurchsuchungen ist die Erregung der Sozialdemokraten begreiflicherweise ungemein gesteigert.

Judenmorde.

Der Hilfsverein der deutschen Juden erhält das nachstehende Telegramm:

Petersburg, 15. März. Nachdem gestern bage Gerüchte über einen Pogrom in Elisabethgrad umliefen, besagen jetzt die ersten zuverlässigen Telegramme, daß der Verband des russischen Volkes daselbst den ersten Versuch einer Judenmordeleide veranstaltete. Ein Jude wurde erschlagen, die Zahl der Verwundeten soll groß sein. Alle Häfen sind geschlossen. Panik herrscht in der Stadt und Umgebung. Wintern die Leute vom „Verband des russischen Volkes“ schon wieder Morgenluft? Das Verhalten der Regierung ist allerdings nur zu sehr dazu angetan, den Pogromhelden und ähnlichen Unselbständigen Stolypins Mut einzuflohen.

Die Unruhen unter den Studenten.

Petersburg, 15. März. (B. S.) Trotzdem der entlassene Rektor der Technischen Hochschule, Fürst Wogarin, die Studentenschaft aufs eindringlichste ermahnt hat, nicht in den Streit einzutreten, beharren diese auf ihrem Entschluß und werden morgen mit dem Ausstand beginnen.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Die Reden der Reichstagsabgeordneten zum Reichshandhabungsgesetz werden von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, in einer Broschüre veröffentlicht, die in den nächsten Tagen erscheinen wird. Diese Broschüre enthält die Reden der Genossen Vebel, Singer und David, sowie des Zentrumsabgeordneten Gröber. Soweit es zum Verständnis dieser Reden erforderlich ist, werden auch die der gegnerischen Abgeordneten und des Reichstanzlers aufgenommen. Die Broschüre dürfte für jeden der agitatorisch tätigen Genossen unentbehrlich sein. Bestellungen bittet der Verlag schon jetzt einzulösen. — Für Agitationszwecke gibt die Buchhandlung Vorwärts die Reden der Genossen Vebel, Singer und David auch einzeln heraus. Diese Broschüren sind für die Massenagitation bestimmt und werden zu billigen Preisen an die Agitationskomitees usw. abgegeben. Bestellungen sind umgehend zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Eine Reihe der besten, älteren Parteischriften sind soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, in neuer Auflage herausgegeben worden. Wir nennen folgende Schriften, die jeder Genosse lesen sollte: Lassalle, Ferdinand: Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. Mit Vorbemerkungen herausgegeben von Eduard Bernstein. Preis 75 Pf. Agitationsausgabe 30 Pf. Marx, Karl: Lohnarbeit und Kapital. Separatabdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom Jahre 1849. Neu herausgegeben mit einem Vorwort von Karl Kautsky. 75 Pf. Agitationsausgabe 25 Pf. In der Einleitung, die Friedrich Engels dieser vorzüglichen Agitationschrift über das Wesen der heutigen Produktionsweise voraussetzt, gibt er eine klare ökonomische Auseinandersetzung über die verschiedenartigen Begriffe: Arbeit und Arbeitskraft. Kautsky erläutert in seinem Vorwort, weshalb er nicht wieder die Engelsche Ausgabe, sondern einen Abdruck nach dem Original der „Rheinischen Zeitung“ herausgegeben hat.

Kautsky, Karl: Die soziale Revolution. I. Sozialreform und soziale Revolution. II. Am Tage nach der sozialen Revolution. Preis 150 M. Sozialreform und soziale Revolution. 40 Pf. Am Tage nach der sozialen Revolution 30 Pf. Agitationsausgaben. Beide Schriften hängen miteinander zusammen, jede einzelne bildet aber ein abgeschlossenes selbständiges Ganzes. Die erste behandelt den Begriff der sozialen Revolution, ihre Entwicklung und Wandel und erörtert die Frage, ob diese Wandlungen die Revolution künftig unmöglich und unnötig machen oder einen neuen Typus einer sozialen Revolution vorbereiten. Die zweite untersucht die Aufgaben, die dem Proletariat am Tage nach der Revolution zu lösen gestellt sind, deren Schwierigkeiten und die Hilfsmittel zur Lösung.

In zweiter, vielfach verbesserter und wesentlich vermehrter Auflage ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen: Zeitungsfremdwörter und politische Schlagwörter. Verdeutschung und Erklärung von Adolf Braun. Preis 30 Pf. Wiederholt haben sich unsere Parteitage mit Anträgen zu beschäftigen gehabt, welche die Ausmerzung der Fremdwörter aus unserer Parteipresse verlangten. In einem Vorwort legt der Verfasser, Genosse Adolf Braun, dar, daß der Gebrauch fremder Worte auf das notwendigste Maß eingeschränkt werden muß, daß es aber unmöglich ist, gänzlich auf den Gebrauch solcher, fremden Sprachen entnommener Worte zu verzichten. Der Verfasser hat deshalb die am häufigsten in der Tagespresse vorkommenden Fremdwörter und politischen Schlagwörter zusammengestellt und nach ihren Begriffen erklärt. Das Format ist so eingerichtet, daß das Büchlein bequem im Taschentalerband untergebracht werden kann, damit es der Arbeiter stets zur Hand hat. Zu beziehen ist daselbe durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und gegen Einsendung von 33 Pf. direkt vom Verlag.

Im Verlag des „Volksblattes“ für Anhalt zu Dessau erschien soeben: Der Nord in Kleinmühlau. Kritische Untersuchung von Heinrich Prud. 32 Seiten 10 Pf. Diese Broschüre enthält die stenographischen Berichte der Verhandlungen des anhaltischen Landtages, die sich mit dem Worde beschäftigten, aus den ausführlichen Berichten über die Prozedurverhandlungen des „Volksblattes“ und des anhaltischen „Staats-Anzeigers“ alle Stellen, die irgendwie über den Charakter des Verbrechens Aufschluß geben können. Daran schließt sich eine kritische Würdigung der Verhandlungen, und eine Wiedergabe von Probenäussagen dazu. Den Schluß machen einige Ausführungen über das, was denn in Wahrheit der Politiker aus dem Verbrechen lernen kann.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratie Anhalts bemerkt in einem Begleitfremdwörter zu der Broschüre: „Bei dem Bestreben der Reichsregierung und der anhaltischen Landesregierung durch deren Vertreter, Reichstanzler Fürst Bismarck und Staatsminister v. Falkow, der Sozialdemokratie diesen Nord an die Kackspitze zu hängen, dürfte es ratsam sein, wenigstens unseren agitatorisch tätigen Genossen Gelegenheit zu geben, sich mit dem Vorwissen durch Lesen der Broschüre, die wir zum Selbstkostenpreis abgeben, vertraut zu machen, um in der Agitation darauf reagieren zu können.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw. Freisprechen wurde vom Schöffengericht zu Magdeburg der Genosse Vogeler zu Magdeburg. Er hatte vor der Wahl in seinem Schaufenster Plakate ausgehängt mit der Aufschrift: „Wählt Pannkuch!“ Die Plakate waren konfisziert worden und unser Genosse hatte ein Strafmandat über 10 M. erhalten wegen Vergehens gegen das Plakatgesetz. Genosse Vogeler hatte richterliche Entscheidung beantragt. Das Urteil lautete auf Freisprechung unter Aufsehung der Kosten auf die Staatskasse. Das Gericht war der Meinung, daß in diesem Falle das Plakatgesetz zu Unrecht in Anwendung gebracht worden sei.

Zu Wasser und Brot verurteilt wurden am Dienstag vom Kriminalgericht in Kopenhagen 13 Mitglieder des Sozialistischen Jugendverbandes Dänemarks und zwar der Vorsitzende des Verbandes, Mikkel Kristensen, zu sechsmonatigen Haft, die übrigen jeder zu maximal fünf Tagen. Ihr „Verbrechen“ war, daß sie eine Extranummer ihres Verbandsorgans „Ny Tid“, das antimilitaristische Artikel enthielt, unter Soldaten verbreitet hatten. In den Artikeln wurden die Soldaten unter Hinweis auf die Ereignisse in Rußland ermahnt, wenn sie in eine ähnliche Lage wie das russische Militär kommen sollten, nicht auf ihre Klaffenscheiße zu scheißen. „Gedenke daran“, so schloß ein Artikel, „daß wenn einmal „Feuer“ kommandiert wird, nicht der Kommandant, sondern Du derjenige bist, der bestimmt, in welcher Richtung die Kugel abgeschossen wird!“ Das harte Urteil, das auf Grund des militärischen in Verbindung mit dem bürgerlichen Strafbuch gefällig wurde, hat in weiten Kreisen Entrüstung hervorgerufen und kann natürlich keineswegs dazu dienen, die antimilitaristische Agitation zu ersäufen.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

(Sitzung vom 15. März.)

In den Etat sind 892 320 M. eingestellt für Grundwerb zum Bau eines Reichsmilitärgerichts in Berlin. Jetzt befindet sich dieses oberste Militärgericht in Mieträumen, für die fast 100 000 M. Miete bezahlt werden. Die Forderung ist schon wiederholt abgelehnt worden, teils wegen zu hohen Preises des Geländes, teils weil daselbe nicht günstig gelegen war. Auch jetzt wendet sich der Referent (Erzberger) gegen die Forderung, weil der frühere zu teure Platz wieder vorgeschlagen worden ist. Es seien viel billigere Grundstücke zu haben.

Der Präsident des Reichsmilitärgerichts rechtfertigt das Projekt, und Schatzsekretär v. Stengel unternimmt eine kleine Plauderei in die Öffentlichkeit mit seinen Beschwerden gegen die Referent, die viel zu hohe Anforderungen stellen! Zu diesen Referent zähle auch die Militärverwaltung; er hoffe, daß der Reichstag den Schatzsekretär stets gegen unerfüllbare Ansprüche unterstützen werde. — Die Forderung wird schließlich vorläufig zurückgestellt; es sollen noch weitere Bemühungen um billigere Grundstücke gemacht werden.

Kunmehr wird die Beratung des Postetats fortgesetzt. Zunächst werden 9574 000 M. Miete für Geschäfts- und Wohnräume der Post verlangt. Genosse Singer wendet sich gegen die Bewilligung einer so hohen Summe als Sammelposten; das laufe darauf hinaus, daß die Post einen Dispositionsfonds erhalte, über dessen Verwendung im Einzelnen der Budgetkommission jede Kontrolle fehle. Man müsse verlangen, daß die Mieten in spezialisierter Liste mitgeteilt werden; das verhindere jedenfalls etwaigen Mißbrauch, da den Abgeordneten dann für den Preis eine gewisse Kontrolle gegeben sei. Diefem Verlangen schließen sich mehrere Abgeordnete an. Der Posten wird dann bewilligt. Nicht ohne Interesse ist die hierbei bekannt gemordene und von Singer entsprechend beleuchtete Tatsache, daß für das Postgebäude Rantzkow 20 000 M. Miete bezahlt wird! Staatssekretär Kraetke gibt das nicht nur zu, er teilt noch mit, daß jetzt 42 Beamte dort beschäftigt seien und daß man, da das ganze Haus gemietet sei, sogar 32 000 M. Miete bezahle — aber es sei pro Quadratmeter viel weniger als in — Berlin. —

Die einmaligen Ausgaben, die sich in der Hauptsache auf den Bau von Postgebäuden beziehen und einschließlich der im Etat bewilligten Summen rund 16 Millionen betragen, werden genehmigt bis auf die Anforderung für Grundwerb in der Französischen Straße in Berlin. — Bei dieser Position kritisiert Singer scharf die Treibereien der bürgerlichen Presse, die die dortigen Grundbesitzer veranlaßt haben, bei ihrer unerhörten Forderung stehen zu bleiben; er schlägt vor, die Forderung nun endgültig abzulehnen; die Post möge sich noch weiter mit den bisherigen Lokalitäten behelfen; es werde sich später schon etwas Besessenes finden. Die Grundstückspreise sind in den letzten Jahren bezant in die Höhe getrieben worden, daß von Raß und Ziel überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann. Das darf nicht so weiter gehen.

Rüller-Julda ist der Meinung, daß jetzt für das Grundstück 200 000 M. zuviel bezahlt werden; an der Waise zeige sich ein Kursturz; es dürfte also später vorteilhafter gekauft werden. Die Forderung wird einstimmig abgelehnt.

Im außerordentlichen Etat werden für Fernsprechzwecke 4 835 000 M. bewilligt. Singer fragt an, wie es mit der Herstellung einer direkten Fernspreitleitung von Rannheim-Karlshöhe-Fortzheim nach Hamburg steht. Unterstaatssekretär Sghom erklärt, daß die Linie Rannheim-Hamburg mit anderen großen Linien gekrichen werden mußte wegen des hohen Kupferpreises. Hätten die 5 projektieren Leitungen gebaut werden sollen, so hätte das einen Schaden von 5 1/2 Millionen bedeutet.

Bei der nun folgenden Beratung der Gehaltsforderungen werden die Anträge auf Gehaltserhöhung und Teuerungszulagen mit besprochen. Eine längere Diskussion entsteht über die prinzipielle Frage, ob die Gehaltserhöhungsanträge, falls sie angenommen werden, sofort in den Etat einzuführen seien oder ob der Weg der Resolution gewählt werden solle. Den ersteren und sichereren Weg beantragt das Zentrum, und Singer tritt namens der Sozialdemokraten lebhaft dafür ein, entsprechend der Haltung der Sozialdemokraten bei den Teuerungszulagen. Der Vlod dagegen beantragt, die Forderungen in die Resolutionsform zu kleiden. Für den sicheren Weg: die Forderungen in den Etat einzustellen, stimmen nur 11 Abgeordnete (Sozialdemokraten und Zentrum), die Wodresolution findet Annahme. Im einzelnen wird in der Resolution verlangt: das Gehalt der Bureaubeamten 2. Klasse von 1500—2000 M. auf 1800 bis 2000 M. zu erhöhen. Das Gehalt der Unterbeamten soll von 1000—1500 M. auf 1000—1600 M., das der Postsekretäre von 1700—3500 M. auf 2000—3800 M., das der Postassistenten von 1500—3000 M. auf 1800—3600 M. erhöht werden. Endlich sollen noch Unterbeamtengehälter erhöht werden, und zwar von 600 bezw. 1000—1500 M. auf 1000—1600 M. und von 800—1000 M. auf 900—1100 M. Die letztere Erhöhung, die die Landbriefträger betrifft, ist von den Sozialdemokraten beantragt, weil sie in anderen Anträgen fehlt; die anderen Parteien haben sie dann schleunigst in ihre Anträge aufgenommen. Zum Schluß wird nach den Vorschlägen des Ergänzungsetats auf 1400—2600 M. den Unterbeamten in gehobener Stellung von 1200—1800 M. auf 1400 bis 1800 M. erhöht.

Nächste Sitzung Dienstag.

Zentrale Bibliothek und Lesesalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexanderstr. 25. Geöffnet täglich von 9—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 17. März, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rothaus (Eingang Lindenstr.), Saal 109: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Equi-Rala, Kleine Hamburgerstr. 6: Vortrag von Herrn Prof. Dr. U. Gehle über: „Der Freireligiöse Heilmann und Leistung“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Hrandwalde-Friedeberg. Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale von Doerfer, Heberstr. 17: Außerordentliche Generalversammlung. Vize- und Diskussionsklub „Zotras“. Sonntag, den 17. d. M., bei Wiffn, Wanteuffelstr. 67: Vortrag.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Filiale Berlin 3. Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Kayler, Reichendergerstr. 157: Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 16. März, bei Marlowitz, Andreasstr. 20: Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 6. Sonnabend, den 16. März, abends 8 Uhr, bei Wietenthal, Uckerstr. 123: Mitgliederversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkette findet Friedr. 16. Jahrgang 4. eine Treibe (Handelskette) Veranlassung, Zurückgang nach Lindenstr. 101), wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde am 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Rixdorf, Ortstraße 1. Sie müssen sich an die Landesversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg, Raitzschstr. 19, wenden.

Wasserhand am 15. März. Sibe bei Ruffa — — Peter, bei Dresden — 81 dp. — Sibe bei Rogbedung 2 1/2 Peter. — Sibe bei Straßfurt — Peter. — Oder bei Rathor 1 1/2 Peter. Oder bei Dresden Oberpegel — 0,63 Meter. — Reismündung 1 1/2 Peter. Oder bei Drieg 2,60 Peter

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 16. März. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Salome. (Anfang 8 Uhr.)
Kgl. Schauspielhaus. Das Glashaus.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Neues Schauspielhaus. Weh dem, der lügt.
Lening. Die Stützen der Gesellschaft.
Vorhänge. Der Mikado.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Im bunten Rock.
Schiller-Theater Charlottenburg. Der Kaiserjäger.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Ridliches Th.) Wien, Theresie. Sein Mißli.
Zentral. Der kleine Klub.
Westen. Die lustige Witwe.
Nachmittags 3 Uhr: Lindens.
Berliner. Der Hund von Baskerville.
Römische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Neues. Wehner Porzellan.
Heldens. Haben Sie nichts zu verzollen?
Lustspielhaus. Husarenfieber.
Deutsch-Amerikanisches. Schützenfest.
Thalia. Olympische Spiele.
Luisen. Der Hüttenbesitzer.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Bernhard Rose. Die Jüdin von Toledo.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gehr. Herrnsfeld. Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten. Charlotte Wiehe.
Spezialitäten.
Apollo. Die 3 goldenen Jungfrauen.
Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.
Kollno. Mit Carter. Spezialitäten.
Walhalla. Die goldene Eva. Spezialitäten.
Hollis Caprice. 100 000 Gulden Wagnis. Im Impressionismus.
Prater-Theater. Sonnabend geschlossen.
Palast. Danke, Herr Franke. Spezialitäten.
Figaro. Seelenretter. Geisterhaus.
Paris.
Passage. Mal was Anderes. Spezialitäten.
Karl Faberland. Spezialitäten.
Intimes. Eine vom Volke.
Kapfenreich. Bunter Kell.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenschuß 18/19.
Die Feuergefallen der Erde.
Nachmittags 4 Uhr: Sizilien.
Am Hofball abends 8 Uhr:
Dr. B. Donath: Die Röntgenstrahlen und ihre Verwertung.
Sonnabend, den 16. März.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel Josef Kalnz: Weh dem, der lügt.
Sonnabend, den 16. März.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel Josef Kalnz: Weh dem, der lügt.
Sonnabend, den 16. März.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel Josef Kalnz: Weh dem, der lügt.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr: Sizilien.
8 Uhr:
Die Feuergefallen der Erde.
8 Uhr Dr. B. Donath: Die Röntgenstrahlen und ihre Verwertung.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwank in 3 Akten v. M. Heinequin und Pierre Weber.
Robert de Trielstein: Rich. Alexander.
Sonnabend nachmittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Nachmittags 4 Uhr Kinderdarstellung:
Max und Moritz.
Eine Bubengeschichte in 7 Streichen.
Abends 8 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten v. G. Dönel.
Sonnabend 3 Uhr: Sherlock Holmes.
Abends 8 Uhr: Der Trompeter von Säckingen.

DERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 4 Uhr Kinderdarst.:
Die sieben Raben.
Abends 8 Uhr:
Benefizdarstellung f. Arthur Winckler:
Die Jüdin von Toledo.

Metropol-Theater

Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Mascary. Wolf. Bender. Giampietro. Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonnabend, 17. März, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Apollo Theater

9 1/2 Uhr: Die 3 goldenen Jungfrauen
10 Uhr: Bernhard Mörbitz mit neuen Typen.
Vorher 8 Uhr: All den Mecca.
Burleske. Russi von B. Kollo.
Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr (N. Preise):
All den Mecca und Spezialitäten.

WINTER GARTEN

Charlotte Wiehe
und das
neue Programm.
Großer Erfolg!

Gebr. Herrnsfeld-

Wing. Theater Borvert. 11-2 Uhr
57 Kommandantensstr. 57.
Die stürmisch bejubelte
Novität!
Ein verrücktes
Hotel.
Komödie in 3 Akten mit den
Autoren H. und D. Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr
bei halben Kassenpreisen:
Hausierer Jockele
und
Die letzte Ehre
mit H. und D. Herrnsfeld.

Sanssouci,

Kottbusser
Straße 4a
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnabend, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Langsträngen.
Morgen Sonn- u. Mont.:
Große Elite-Sireen.
(Durchweg neues Progr.)
Sonn- u. Montag, 8 Uhr:
Jeden Dienstag: Theaterabend.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz
v. Schönthan u. Freilerm v. Schütz.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Narrenzang.
Montag, abends 8 Uhr:
Jugend.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Komödie in 3 Aufz. v. Hans Brenner
und Hans Dittwald.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Montag, abends 8 Uhr:
Narrenzang.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: Wien, Theresie.
Sein Mißli.

Zirkus Busch.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der
International. Ringkampfs-
Konkurrenz
um die Prämien v. 10 000 M.
und den großen Goldpokal
und das große Galaprogramm.
Um 9 1/2 Uhr: ROM.
Original Montage-Schauspiel
in 7 Bildern.
Sonnabend, den 17. März cr.:
2 große Galavorstellungen
nachm. 4 und abends 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen: Rom.
Kinder unter 10 J. halbe Preise.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Gesamtagsspiel Theater des Westens.
Heute abend 8 Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Sonnabend nachm.: Die Fiedermans.
Sonnabend abend 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.

Passage-Theater.

2. Monat.
Täglich andauernd!
Der größte Lacherfolg
der Saison:
„Mal was
Anderes“.
Die Theims-Troupe
und die 10 glänzenden
März-Spezialitäten.

Walhalla-

Variété-Theater
Weidenbergsweg 19/20, Holenth. Tor.
Heute abend 8 Uhr:
15 hervorrag. Spezialitäten
Die goldene Eva.
5 Geschwister Pérez
Gymnastiker auf 3 freisteh. Leitern.
Frosso, der Geheimnisvolle.
3 Soubretten. — 2 Komiker usw.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonnabend nachmittags 3 Uhr:
Die Liebeschankel.

Brunnen-Theater

Gesundbrunnen. Badstraße 68.
Direktion: Bernhard Ross.
Sonnabend, den 17. März 1907,
nachmittags 3 Uhr (Vollständ. Preise):
Der Herr Stadtmusikus
und seine Kapelle.
Vollständ. in 5 Aufzügen.
Abends 7 Uhr:
Pechschulze.
Sens. Posse mit Gesang in 7 Bildern.
Vollständ. von 10-1 Uhr
an der Theaterkasse.

Freie Volksbühne

Heute Sonnabend, 8 1/2 Uhr,
im Konzertsaal Friedrichsbain:
MÄRZ-FEST
10jähriges Stiftungsfest nach der Wiedereröffnung
Sinfonie-Konzert
Wagner x Tschaiowsky x Volkmann x Beethoven
U. a.: Meistersinger von Nürnberg.
Sinfonie E-moll von Tschaiowsky.
Serenade D-moll für Streichorchester v. Volkmann.
Ouverture No. 3 von Beethoven.
ausgeführt von dem Konzertsaal-Orchester unter
Leitung des Herrn Hofkapellmeisters Paul Prill.
— Rezitation aus Freiligraths „Märzlied“. —
Nach dem Konzert: Festball.
— Festrede: —
Reichstags-Abgeordneter Dr. Ludwig Frank (Mannheim).
Festmarken a 60 Pf. sind in allen Zahlstellen bei so-
fortiger Bestellung zu haben.

Prater-Theater

Kassanien - Allee 7-9.
Heute geschlossen.
Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die sechste Bitte.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
neue erklaff. Nummern
Ganz Berlin Ganz Berlin
staunt über die
Spezialitäten.
Nach der Vorstellung
— Punkt 10 Uhr: — Gr. Extraktanz.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Gustav Behrens Theater

Schönberg-Berlin, Goltzstraße 9.
Heute und folgende Tage die sensa-
tionelle Operette:
Die lustige Witwe von Schöneberg.
Vorher: Auftreten der berühmten
Soklarow-Truppe, Sänger und Tänzer
von St. Petersburg (4 Personen).
Zum ersten Male in Berlin W.
Mita Rosally, die beste Berliner Exzentri-
trif-Soubrette. x Tho Bombinos, vor-
zügliche Handstand-Akrobaten usw.
Anfang 8 Uhr. — Sonntags 6 Uhr.
Vollständliche Preise.
Jeden Sonn- und Feiertag von
3-5 Uhr:
Große Nachmittags-Familien- u.
Kinder-Vorstellung, u. a.:
Husarenfieber in Potsdam.
Preise zur Nachmittagsvorstellung: 10,
20, 30, 40 und 50 Pf.

St. Hubertus

Dresdenerstraße 97.
Neu! Willy Haases Neu!
x Barlesken-Ensemble x
Onkel Toni!
Ein Nachtsyll!
Bunter Teil. Kolossaler Lacherfolg!
Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute
wegen Privatfestlichkeit
keine
Vorstellung!
Sonnabend, den 17. März, 8 Uhr:
Der sensationelle März-Spielplan.
4 neue Debüts.
Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nick Carter.
Kriminalroman in 3 Akten v. Ostwald.
Richard Carter, Detektiv: Hans Berg.
Vorher das
neue März-Programm.
Sonnabend 4 Uhr: Ledige Leute.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! „Gallertschule
Klappermax“.
Anfang
Sonnabend
8, Sonntag
7 Uhr.

Buggenhagen

(Moritzplatz).
In den unteren Sälen:
Sackrummel.
Humor-Gottschalk-Konzert
Zirkus-Barnum
mit seinen Zwergpferden.
Entree: Wochentags 20 Pf.
Sonnabend und Sonntags
30 Pf.

Restaurant „Wilhelmshof“

Hirschgarten, direkt am Bahnhof.
Allen Freunden und Bekannten zur
gütlichen Nachricht, daß ich das all-
seits bekannte Lokal
„Wilhelmshof“
übernommen habe und daß am
17. d. Mts. die Einweihungs-
festlichkeit verbunden mit Tanz
stattfindet, wozu ganz ergebenst einladet
Wilh. Pöhnisch, Wirt.
Speisen u. Getränke in bester Qualität.

Nathan Wand

129 Stalhoferstr. 129.
Die schönsten
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sonstige Spezial
Monats-Garderobe
von Kavaliereu getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Sandwangen sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalhoferstr. 129.
Hochbahnhofsstation Kottbusser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Castans Panopticum

Friedrichstraße 165
„Nada“ — der sprechende Kopf.
Von abends 7 Uhr ab:
Berliner Sänger.
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

Lie sollten
No. 61
probieren,
eine wirklich
vorzügliche
6 of Cigarette
von
I. NEUMANN
Cigarren-Fabriken · 103 Zweiggeschäfte
Davon in BERLIN: Brünnenerstr. 92, Ecke Anklamerstr. — Chaussee-
straße 16, Ecke Invalidenstr. — Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartz-
kopffstraße. — Dresdenstr. 5, Ecke Adalbertstr. — Friedrichstr. 171,
Ecke Französ. Str. — Gertraudenstr., Ecke Breitestr. 30a. — In-
validenstr. 148, Ecke Bergstr. — Jerusalemstr. 41, Ecke Krausenstr.
— Kaiser Wilhelmstr. 19, Ecke Münzstr. — Markgrafenstr. 17, Ecke
Junkerstr. — Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr. — Potsdamerstr. 57/58,
Ecke Bülowstr. — Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr. — Rosenthaler-
straße 48, Ecke N. Schönhauserstraße. — Umlandstr. 33, E. Lietzen-
burgerstr. — Wallstr. 14, Ecke Neue Grünstr. — Wienerstr. 22,
Ecke Grünauerstr. — Rixdorf: Rixstr. 148.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Wohl-Verlauf. Sehr starkes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knop-
plättchen. Halbfarbene Pilot-Taschen.
Große Hüden umloft. 4 M. 50
Die Hercules-Hose
Wandmacher-Hosen . . . 10.50, 5 M. 75
Gesätt. Wandmacher-Jackett 19.—, 10.50
Schwarzes Kontour-Jackett 1 M. 90
Schwarzes Kontour-Hose . . . 1 M. 50
Schwarzes Kontour-Jackett,
prima Ripper-Gewebe . . . 2 M. 50
Schwarzes Kontour-Hose,
prima Ripper-Gewebe . . . 2 M. 10
Waler-Rittel . . . 3.—, 2.50, 2 M. 50
Wandmacher-Rittel (braun) 3.—, 2 M. 50
Wandmacher-Rittel (blau) 4.50, 3 M. 50
Wandmacher-Rittel (grün) 5 M. 50
Wandmacher-Rittel (rot) 5 M. 50
Wandmacher-Rittel (schwarz) 5 M. 50
Die Preise gelten für normale Größen.
Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 21a/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Hauptkatalog gratis und franko.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Schrittlänge, bei
Jacketts und Ritteln die Brustweite
anzugeben. 38542*

Berliner Theater.

Anfang 8 Uhr.
Der Hund
von Baskerville.
Sonnabend, Montag:
Der Hund von Baskerville.
Neues Schauspielhaus
Sonnabend, den 16. März:
Gastspiel Josef Kalnz:
Weh dem, der lügt.
Sonnabend,
Gastspiel: Torquato Tasso.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Meißner Porzellan.
Sonnabend: Meißner Porzellan.
Montag: Meißner Porzellan.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr zum 176. Male:
Ein idealer Gatte.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Nachtsyll.
Abends 8 Uhr: Mitternachten.
Montag: Ein idealer Gatte.
Lortzing-Theater
Beilkenallee 7/8.
Sonnabend, den 16. März, 8 Uhr:
Der Mikado.
Wohlgemut! gütlich!
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Martha.
Abends 7 1/2 Uhr: Die lustigen Weiber
von Windsor.
Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Husarenfieber.
Zentral-Theater.
(Operette) Täglich 8 Uhr:
Der kleine Klub.
Sonnabend 3 Uhr: Die Fiedermans.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Saamenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Wendehaus und Reue.
Schauspiel in 5 Akten von Koberger.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 M. Ball.
Morgen: Die lustige Witwe.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 M. Ball.

Ein
Mark
wöchentliche
Teilzahlung
bistore si-
gante, fertige
Herren-
Moden
Kreatur für Mass.
Mass-Anfertigung.
feinste Verarbeitung
Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg
An der Janow-
wischstraße 1, 1.
Direkt am Bahnhof.

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N. 39, Chausseestr. 64, 65, 66

Seifen

Harzkernseife hell	Riegel — 5 Stk.	40 Pf.
Harzkernseife dunkel	Riegel ca. 2 Pfd.	50 Pf.
Transparent wie Eschweger Seife	5 Stk.	45 Pf.
Beste Palm-Oel-Oberschale	Riegel ca. 2 Pfd.	60 Pf.
Stein's Waschkraft ist bestes Seifenpulver	3 Pak.	48 Pf.
Blumen-Seife reine Fettseife, sort. Gerüche	3 Stk.	30 Pf.

Stein's Lanolin-Seife sparsam und mild, ca. 160 gr.	3 Stk.	48 Pf.
Stein's weiße Fliederseife	3 Stk.	45 Pf.
San Remo-Veilchenseife in einem eleganten Karton verpackt, reich mit Goldschrift vers. Kartons		98 Pf.
Bay-Rum vorzügliches Kopfwasser, zur Stärkung der Kopfnerven	grs. Fl.	65 Pf.
Osternippes mit Parfum und reich mit Blumen verziert	Stk.	48 Pf.
Zierkerzen gedreht und mit reicher Goldverzierung	Stk.	10 Pf.

Von Sonnabend, den 16. März
so lange Vorrat

Fleischwaren

bis Dienstag, den 19. März cr.
so lange Vorrat

Pommersche Gänsebrust Pfund	1.40	Pr. Holsteiner Schlackwurst Pfund	1.05	Fleischwurst Pfund	0.95
ff. Kalbs-Leberwurst Pfund	1.00	Pr. Holsteiner Salami Pfund	1.05	Pommersche Rotwurst Pfund	0.50
Land-Leberwurst Pfund	0.95	Braunschweiger Mettwurst Pfund	0.95	Pommersche Zwiebelwurst Pfund	0.50

Feinster Kasseler Rippespeer Pfund 80 Pf.

Original-Haase-Bier, Breslau

Spezial-Ausschänke: Rosenthalerstr. 14, Prinzenstr. 87, Potsdamerstr. 112 a,
Klopstockstr. 17, Schlesischestr. 28.

Niederlage: Berlin, Schlesischestr. 28.

Soeben erschien als 12. Heft der „Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek“:

Vom medizinischen Aberglauben

Von Dr. E. Thesing-Magdeburg.

Preis 20 Pf.

In den Kapiteln: Zur Geschichte des medizinischen Aberglaubens —
Theistische und mechanische Weltanschauung — Das Gesundbeten —
Der Reliquienschwabbel, Sympathie und Magie — Moderne Formen
medizinischen Aberglaubens — Der Arznei-Aberglaube — Der Natur-
heil-Aberglaube — Aberglaube und Suggestion — bespricht der Ver-
fasser die schädlichen Wirkungen des medizinischen Aberglaubens und
weist den Arbeitern den richtigen Weg, mit der Kritik auch vor eigenen
Vorurteilen nicht Halt zu machen, sondern sich zu befreien von Vor-
urteilen jeder Art.

Wir empfehlen ferner:

- Heft 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen
von Dr. Christeller.
Nur in Bäckereien, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2: Das erste Lebensjahr . . . von Dr. Silberstein.
Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3: Gesundheitspflege des Nervensystems
von Dr. Hirschmann.
Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Heft 4: Der Achtstundentag von Dr. Zadek.
Eine ärztliche Begründung der sozialdemokrat. Forderung.
- Heft 5: Alkoholfrage u. Arbeiterklasse von Dr. Fröhlich.
Eine empfehlenswerte Agitationsbroschüre.
- Heft 6: Das Schulkind von Dr. Silberstein.
Die Kinder vor Schulfraustücken zu schützen, ist Zweck
des Schullehrers.
- Heft 7: Geschlechtsverkehr u. Geschlechtskrankheiten
von Dr. Gebert.
Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8: Nahrung und Ernährung . . . von Dr. Chajes.
Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9: Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. P. Bernstein.
Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10: Der Arbeiterschub von Dr. M. Epstein.
Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthyggiene.
- Heft 11: Frauenleiden und deren Verhütung
von Dr. J. Zadek.
Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.

Jedes Heft kostet 20 Pf.

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben
und sollten in keiner Familie fehlen. 233/10*

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68
Lindenstraße 69, Laden.

Die Preise sind streng fest und auf
jedem Gegenstand aufgedruckt



Frühjahrs- Paletots

aus guten Stoffen elegant
hergestellt

M. 15, 18, 20, 25, 28,
30, 36, 40.

Jackett- Anzüge

aus dauerhaft modern.
Stoffen in vornehmster
Verarbeitung für jede
Figur in tausendfacher
Auswahl fertig am
Lager

M. 18, 22, 26, 30,
33, 36, 40, 45.

Einsegnungsanzüge

aus erprobten guten Stoffen wie
Kammgarn, Tuchkamm etc.

M. 11, 12, 16, 20, 22.

Heitinger & Co.

Berlin SO., nur Oranienstr. 40-41.

Deutsche Compagnie.

Preiskurant gratis und franko.

Großes Lager in Kleidung für starke Herren.

Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116.

(Kein Laden) am Oranienplatz.

Hut und Mützen Engros-Geschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50—7,00 Steife Herrenhüte v. 1,90—7,00
Nur feiertreue moderne Ware. Nur feiertreue moderne Ware.
Größte Auswahl in Filzhüten, Cylindern, Strohhüten und Mützen.

Unerreicht
an
Wohlgeschmack



Cigarettenfabrik TUMA-Dresden gegr. 1876.

Zeugen gesucht

um Beweise unserer Leistungsfähigkeit zu bringen,
sind überflüssig

Ich empfehle Serie IV:

Getragene Herren-Paletots 5, 6 bis 10 Mark
Getragene Herren-Anzüge 6, 7 bis 9 Mark
Getragene Hosen 1,50 bis 3,50 Mark

Von reinen Herrenhaftem, Keuschen nur
kurze Zeit gebraucht, für jede Figur.

J. Wand, Hauptgeschäft Chausseestr. 50a.
Bitte genau auf die Nr. 50a zu achten!
2. Geschäft: Prinzen-Strasse 17.
3. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116.

Was ist Reise-Cheviot?

Ein eleganter Anzugstoff in modernen edlen Farben, reine Schafwolle, un-
gerbereitbar, 160 cm breit, 3 Meter kosten 12 Mark franko. Direkter Versand
nur guter Stoffarbeiten zu billigen Preisen. Sollten Sie bei billigen Preisen,
Jeder genaue Vergleich überrascht. Aus über 1000 Vorstufen liegen Nach-
bestellungen u. Empfehlungen vor. Verlangen Sie Muster portofrei zur Ansicht.
Wilhelm Bontzke in Düren 226 bei Wachen.

Weltbekannt sind
Rathenower Augengläser.

Echt Rathenower Brillen	1,00
Piacenez (echt Nickel) M.	1,50
„ Double	5,00
„ Gold	12,00
„ Schildpatt	4,50
Opern- u. Reise-gläser v. 6,00 an	
Barometer, garant. gnte	6,00 an
Barometer, Werke, von	6,00 an

A. Grün, Optiker,
Brunnen-Straße 4
am Rosenthaler Tor.



41682*
**Arbeiter-
Berufs-Kleidung**
I. Spezial-Geschäft
nur
3 Mühlendamm 3.
II. Geschäft: Kottbuserdamm 95.
Adolf Wecker.

Achtung!
Maurer-Anzüge
Arbeiter-Kleidg.
umgezogen a. d.
Brunnenstraße 158.
Gelber Laden.

Charlottenburg.

Die zweite Expeditionsstelle ist
besetzt. Den Bemerkern besten Dank.
Der Vorstand des soziald. Wahlvereins.

Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt

59 Moritzplatz 59

Ecke Stallschreiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit Ab-
zahlungs-Geschäften, welche
Garderobe usw. führen.

Extra-Abteilung
verliehen gewesener Möbel.
Wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 17. März, abends 6 Uhr, bei Wilke, Brunnenstr. 188:
Volks-Versammlung für Männer u. Frauen.
 Vortrag des Genossen Albrecht Fülle: „Aus der Geschichte der deutschen Sozial-
 gebäude“. — Nachher: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau:
 Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

Sonntag, den 17. März, vormittags 10 Uhr, in der Neuen
 Welt, Hasenheide 108/114:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 115/6
 1. Antrag der Ortsverwaltung und Vertrauensleute betreffend zeitweise Erhöhung des
 Lokalbeitrages. 2. Jahresbericht der Ortsverwaltung, Jahresbericht des Rentanten und Bericht
 der Revisoren. 3. Neuwahl des ersten Bevollmächtigten, eines Revisors und zweier Beisitzer.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung! **Achtung!**
 Von Dienstag, den 19. März, früh an
 befinden sich unsere gesamten Bureaus
Charitéstr. 3, Hof.
 Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter

Berlins und Umgegend.

Montag, den 18. März 1907, abends 6 Uhr, bei Graumann,
 Rauch-Strasse 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung von der Urania-Vorstellung, Weihnachtsbergmägen und Maskenball.
 2. Organisationsangelegenheiten.
 3. Der 18. März des Bürgertums und die Aufgaben der Arbeiterklasse.
 Referent: Redakteur Genosse Hans Block.
 4. Diskussion. 141/7
Zur Beachtung: Kassen! Mit der 13. Beitragswoche werden die Mitgliedsbücher
 durch die Werkstättenbelegten eingezogen und mit der 14. Woche die neuen ausgegeben. — Die
 Mitglieder werden dringlichst ersucht, bis dahin mit ihren Beiträgen in Ordnung zu kommen.
 Für Besuch obiger Versammlung ist rege zu agitieren. — Gäste willkommen.
 Der Vorstand.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauereiarbeiter).
 Geschäftsstelle: O 54, Anilenstr. 19, I. Reimsprecher Amt VII 13 837.
 Sonntag, den 17. März, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Versammlung
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I. 41/12
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Düwel: „Die Lehren der letzten
 Reichstagswahl“. 2. Vereins- und Tarifangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Der Vortrag beginnt präzise 3 Uhr.
 Schließendes und dankliches Gelingen erwartet. Der Vorstand.

Beachten Sie beim Einkauf von Bettfedern und Betten

die enorm billigen Preise in
L. Beullers 4 großen Spezialgeschäften
 Oranienstr. 8, nahe Hochbahn. Ackerstr. 29, Ecke Invaliden-
 straße. Neanderstr. 29. Reinickendorferstr. 115, Bahnhof Wedding.
Große Betten, Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen 12, 15, 20, 25,
 30 M. **Dauenbetten** 30 bis 75 M.
Besonders preiswert „Dauendeckbett“!
 mit bester Mandarindauen nur 15 M.
Bettfedern Pfd. 0,50, 0,75, 1 M. **Halbdauen** Pfd. von
 1,50 M. an. **Gänsefedern u. Dauen** Pfd. 2 bis 3 M.
 in nur erprobten, staubfreien Qualitäten.
Große Lager fertiger Inlette, Bezüge, Schlaf- und Steppdecken.
Bettfedern-Dampf-Reinigung.
 Telephon: Amt IV, 8971. 40711.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72,
 Station im Hause. Haltestelle Brinckstrasse. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
 auch für fortpulente Herren passend.
 Dieselben sind von feinen Cavalieren und Reifenden, die nur einen
 Monat ihre Garderobe tragen. 41842*
 Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Billigste Bezugsquelle
 für
Monats-Garderoben.
 Die schönsten Herren-Paletots und Anzüge in getragener,
 speziell Monatsgarderobe von 9 M. an. Von Cavalieren ge-
 tragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauch-
 anzüge sowie Knaben- und Burschen-Anzüge und
 Arbeiter-Garderobe sind in großer Auswahl stets zu
 staunend billigen Preisen zu haben. 16/11*
H. Kieferbaum, Prinzenstr. 33 zwisch. Moritzplatz
 und Ritterstraße.
 Bitte auf die Hausnummer zu achten.

Der Vertrieb von Erzeugnissen sächs.

Gardinen-Fabriken

gibt ab Gardinen, Stores, Zugvorhänge, Tüllbett- und Zierdecken in bekannter Gediegenheit an
 Wiederverkäufer, Anstalten, Hotels sowie an Private im Einzelverkauf und 8910L*
verbürgt natürlich eminent billige Preise,
 die überall deutlich verzeichnet sind. Umgehung jeder unnötigen Verteuerung der Waren. Wegen Anwendung
 der elektr. Bleiche Garantie für größte Haltbarkeit. — **Besichtigung empfohlen.** —
Verkaufsstellen mit Einzelverkauf zu Originalpreisen:
Berlin C., Rosenthalerstraße No. 2
 am Rosenthaler Tor.
„SO., Wienerstraße No. 11
 gegenüber der Hochbahn (Oranienstraße).
Berlin O., Große Frankfurterstraße 5-6
 an der Fruchtstraße.
„O., Grüner Weg 28, am Andreasplatz.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft
 u. durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
 Große Fänge in lebendfrischer Ware
 täglich eintreffend!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

(Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
 Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8904.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstr. 30 | **Madalstr. 22** | **Landsbergerstr. 52-59**
 am Moritzplatz. | im Schlesischen Bahnhof. | der Kursen Straße gegenüber.
Potsdamerstr. 112a | bei der Lützowstraße. | **Wilmsdorferstr. 111,** | am Stuttgarter Platz.
 Tel.-Amt VI 7190. | Tel. Charlottenbg. 6718.

Wir empfehlen zu den billigsten Tagespreisen:

Schellfische in allen Größen.
 Cabliau } ohne Kopf.
 Seelachs }
 Schollen in allen Größen
 sowie die übrigen Sorten
Seefische.

Partei-Angelegenheiten.

Stadtverordnetenwahl und Osterzug.

Der Stadtverordnete Genosse Gröndel hat, wie wir bereits meldeten, sein Mandat niedergelegt, weil er nach außerhalb verzieht. Er vertrat den 30. Wahlbezirk der dritten Abteilung, der zum sechsten Reichstagswahlkreis gehört und die Stadtbezirke 288, 289, 270, 271, 272, 274 umfasst (Straßen in der Umgebung des Steintiner Bahnhofs). In diesem Bezirk hat nun eine Ersatzwahl stattgefunden.

Nach § 23 der Städte-Ordnung muß der Wahltermin mindestens 14 Tage vorher bekannt gegeben werden. In 14 Tagen haben wir Ostern, da wird man natürlich keine Wahl vornehmen. Die Ersatzwahl wird erst nach Ostern stattfinden, also nach dem 1. April. Eine neue Gemeindevählerliste wird für diese Ersatzwahl nicht aufgestellt. Zugrunde gelegt wird noch die Liste vom Juli 1906, das heißt: an der Ersatzwahl dürfen jetzt noch alle diejenigen teilnehmen, die damals in der Liste für den 30. Wahlbezirk standen, aus diejenigen, die etwa seitdem aus dem 30. Wahlbezirk verzogen sind oder inzwischen noch aus ihm verziehen wollen. Zwischen der Aufstellung der Wählerlisten im Juli 1906 und dem Vollzug der Wahl nach dem 1. April 1907 werden zwei große Umzüge liegen, der Michaelisumzug vom vorigen Jahre und der Osterzug von diesem Jahre. Ein erheblicher Teil der Wähler wird also bereits aus dem Wahlbezirk verzogen sein, wenn die Wählerliste zur Ersatzwahl schließen wird. Das bringt besonders der Arbeiterbevölkerung eine Erschwerung der Agitation; denn gerade der Arbeiter sieht sich viel öfter als der selbständige Gewerbe- und Handelstreibende genötigt, seine Wohnung zu wechseln.

Es dürfte sich empfehlen, daß im 30. Wahlbezirk unsere Genossen und Freunde genau darauf achten, wer in diesen Wochen aus dem Bezirk verzieht. Wenn sie durch eine Anfrage sich Kenntnis von der neuen Adresse eines etwa verziehenden Hausbewohners verschaffen, dann werden sie in der Lage sein, den an der Wahlagitation beteiligten Genossen durch Auskunftserteilung einen sehr schätzenswerten Dienst zu erweisen. Manchmal wird sich auch die Adresse eines etwa schon im Oktober vorigen Jahres verzogenen Hausbewohners noch jetzt feststellen lassen. Die Straßen und Grundstücke, die zum 30. Wahlbezirk gehören, sind die folgenden: Bergstraße 66, Dorfstraße 39, Chausseestraße 1-56 und 82-123, Eichenborffstraße ganz, Elbasserstraße 16-40, Gartenstraße 1-32 und 84-115, Hannoverschestr. 1-8, Invalidenstr. 6-37 und 111-147, Kesselstraße ganz, Kobalistr. ganz, Pfugstraße ganz, Schlegelstraße ganz, Schröderstraße ganz, Schwarzloppstraße ganz, Tietzstraße ganz, Wöhlerstraße ganz.

Zur Lokalliste. Den Vereinen und Gewerkschaften, welche Parteien nach Rüdersdorf (Niederbarnim) planen, zur Kenntnis, daß uns das Lokal „Schützenhaus“, Inh. Robert Zadernak, in Rüdersdorf (Dorf) zu Versammlungen nicht mehr zur Verfügung steht und bitten wir, dies besonders zu beachten. Die Lokalkommission.

Wächter! Viertes Kreis. Am Sonntag, den 17. März, veranstaltet der Wahlverein ein Sinfoniekonzert verbunden mit Rezitationen revolutionärer Dichtungen. Das reichhaltige Programm verpricht einen genussreichen Abend. Billetts a 50 Pf. einschließlich Garderobe sind im Bureau, Lützowstr. 81, sowie in der Zeitungs-Expedition, SO. Lantierplatz 14/15 zu haben. Nach dem Konzert: Tanz. Offene Kasse findet nicht statt.

Sechster Wahlkreis (Rosenthaler Vorstadt). Morgen Sonntagabend 6 Uhr, findet im Wilkes Saal, Brunnenstr. 188, eine Vorkonferenz statt, in welcher Genosse Albrecht Fülle das Thema behandelt: „Aus der Geschichte der deutschen Sozialgesetzgebung“. Nach dem Vortrag findet gemüthliches Beisammensein mit Tanz statt. Um regen Besuch der Versammlung ersucht Der Einberufer.

Lichtenberg. Heute Sonnabend findet das Stiftungsfest des Wahlvereins im „Schwarzen Adler“ (Behr, Arnhold), Frankfurter-Chaussee 6/6 statt. Mitwirkende sind: Neues Tonkünstler-Orchester, Dirigent Franz Hollfelder, und Fräulein Helene Hartwig, Sopran- und Altgesängerin. Nachher: Großer Ball. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Rudow. Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei A. Palm statt. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Gäste willkommen.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Seestraße 45: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten über die letzte Kreisgeneralversammlung. 2. Die Expeditionsfrage. 3. Die Erhöhung der Beiträge. 4. Die diesjährige Waifester. 5. Aussprache über die letzte Reichstagswahl. 6. Verschiedenes.

Waldorf a. Ostb. Am Sonntagabend 6 Uhr findet im „Heidekrug“ (Kielemal) eine Vorkonferenz statt, in welcher der Genosse W. Düwel über: „Die Ziele der Sozialdemokratie“ referieren wird. Frey 8 Uhr: Flugblattverbreitung aus den bekannten Lokalen.

Berliner Nachrichten.

Die allgemeine Unentgeltlichkeit der Desinfektion

Ist eine alte Forderung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, ihre Erfüllung ist aber bisher noch immer wieder an dem kleinlichen Krämerium der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung gescheitert. Weil der Freisinn angeblich nicht will, daß ein paar Leute, die die Desinfektion ohne Mühe bezahlen können, die Gebühren geschenkt kriegen, soll die große Zahl der Minderbemittelten, denen die Bezahlung schwer wird, entweder gleichfalls die Gebühren erlegen oder aber erst um die Niederschlagung bitten. Das ist um so ungerechter, da ja in der Regel nicht zum Schutze desjenigen desinfiziert wird, bei dem die Desinfektion vorgenommen werden muß, sondern zum Schutze seiner Nachbarschaft und der gesamten Bevölkerung, die dadurch gegen eine Uebertragung und Weiterverbreitung ansteckender Krankheiten gesichert werden soll.

Solange nicht für die Desinfektion allgemeine Gebührenfreiheit besteht, werden leider viele sich abschrecken lassen, überhaupt die Desinfektionsanstalt in Anspruch zu nehmen, falls sie nicht direkt von der Behörde dazu genötigt werden. Man möchte fast vermuten, daß gewissen Leuten im Rathhause, die immer so gern die Pflicht der „weisen Sparsamkeit“ betonen, geradezu damit gedient ist, wenn die Inanspruchnahme der Desinfektionsanstalt nicht allgemein

üblich wird. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Staatsausschusses haben auch diesmal wieder den Antrag auf allgemeine Unentgeltlichkeit der Desinfektion eingebracht, und wieder ist er abgelehnt worden. Wird er einmal endlich doch angenommen, so kommt es zweifellos sehr bald zu einer sehr bedeutenden Vermehrung der Desinfektionen, die übrigens zum Teil auch nach den neuesten Befehlsbestimmungen über die Erweiterung der Desinfektionspflicht (z. B. bei Tuberkulose) schon zu erwarten ist. Dem Zeitpunkt, wo die Desinfektion so allgemein üblich wird, wie man sich das vor zwei Jahrzehnten bei Gründung der Anstalt als möglich gedacht hatte, sehen die „weisen Sparrer“ des Rathhauses mit Dangen entgegen, weil dann die Anstalt selbstverständlich noch sehr viel mehr Aufwendungen als heute erfordern würde. Der im Ausschuss mit knapper Mehrheit durchgedrungene Antrag, die unentgeltliche Desinfektion wenigstens jedem Haushaltungsvorstand zu gewähren, der ein Einkommen nur bis zu 3000 Mark hat, ist ein Kompromiß, von dem es uns noch sehr fraglich erscheint, ob die Ausführung den gewünschten Erfolg bringen wird. Auch so wird ja die gnädig gewährte Niederschlagung immer noch vielen peinlich erscheinen, so daß sie nach wie vor lieber ganz auf die Desinfektion verzichten werden. Niedergeschlagen konnte ja auch bisher schon werden, und zwar bei einer Wohnungsmiete bis zu 300 M. ohne weiteres.

Man darf indes hoffen, daß der Zeitpunkt doch nicht mehr fern ist, wo die alte sozialdemokratische Forderung, die so oft abgelehnt wurde, endlich in vollem Umfange erfüllt wird. Im Geschäftsausschuss der ärztlichen Ständevereine hat kürzlich Medizinalrat Resemann über die Desinfektionsfrage referiert. Auch er erklärte, die Kosten der Desinfektion seien in Berlin zu hoch. In der Diskussion berichtete dann Schularzt Dr. Rau über eine Unterredung, die er selber mit Oberbürgermeister Kirchner gehabt habe. Er, Dr. Rau, sei für kostenlose Desinfektion eingetreten. Kirchner habe sich zunächst ablehnend verhalten, später aber habe er den Dr. Rau um einen zweiten Besuch gebeten. In der Berliner „Arzt-Korrespondenz“ teilt nunmehr Rau mit, in dieser zweiten Unterredung habe Kirchner sich bereit erklärt, im Magistrat für kostenlose Desinfektion zu wirken. Hoffen wir, daß Herr Kirchner wirklich die allgemeine Gebührenfreiheit meint, und daß es ihm gelingen möge, von ihrer Notwendigkeit das Magistratskollegium zu überzeugen, wie er selber (so nehmen wir an) von ihrer Notwendigkeit sich hat überzeugen lassen.

Aus dem Staatsauschuss. Eine lebhafte Debatte gab es im letzten Staatsauschuss bei Gelegenheit der Beratung des Etats der Volksbibliothek und Lesehallen. Es wurde scharf getobt, daß der Magistrat die aus der Leo- und der Cohnstiftung stehenden Mittel (rund 18 000 M.) dazu benutzte, um die Aufwendungen aus Kammereimitteln zu verlagern. Das läge nicht im Sinne der Stifter; denn der Zweck der Stiftungen sei doch unzweifelhaft der, schneller und besser als sonst das städtische Bibliothekwesen vorwärts zu bringen und nicht, wie es im Etatsentwurf geschehe, die Stadthauptkasse zu entlasten. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß das Verfahren des Magistrats geradezu abfälschend auf etwaige Stifter wirken müsse. Stiftungen würden fast nie gemacht, die Steuerzahler zu entlasten, sondern um einen bestimmten Zweck zu fördern. Wie sehr in diesem Etat, der doch nur rein kulturellen Zwecken dient, gestrichen wurde, geht daraus hervor, daß zum Beispiel im Jahre 1902 19 500 M. für die Volksbibliothek zu Neuanschaffungen zur Verfügung standen, während der jetzige Etat nur noch 3000 M. enthält. Dabei befinden sich in den Beständen der Bibliothek ein Vorrat der erbsämlichsten Schmölzer. Von den fünf bisher gedruckten Katalogen konnten nur drei erscheinen, weil kein Geld für Buchbinderarbeiten da ist.

Vein Post- und Gartenetal kam es bezüglich der Löhne zu scharfen Erörterungen. Zwar ist der Lohngeld der Sollarbeiter auf 3,50 M. erhöht, aber damit ist doch nur der längst gefasste Gemeindecentschluß endlich durchgeführt. Nach 6 Jahren wird der Höchstlohn von 4 M. erreicht, dann ist es zu Ende. Während die Gärtner nach 9 und 12 Jahren Verbesserungen erhalten, gehen die Arbeiter leer aus. Das Schlimme ist aber in den Erörterungen zu finden. Dort wird gesagt: „Die jetzigen Höchstlöhne erhalten zurzeit noch 17 Gärtner und 13 Arbeiter, welche bei Festsetzung des vorstehenden Höchstlohnes bereits höhere Löhne bezogen“, das heißt damit ist gesagt, daß die Lohnaufbesserung auch in gewissem Sinne eine Verschlechterung enthält. Der Deputat sprach dann auch freundschaftlich und liebenswürdig wie immer davon, daß es bei Schaffung dieser Lohnstala darauf ankomme, die höheren Löhne zu beseitigen.

Wenn Etat der Wasserwerke beschloß der Ausschuss, die Versammlung solle sich damit einverstanden erklären, daß die Anleihe-mittel um 9 Millionen Mark, welche zur Erbauung der Zentralsanitärwerke zur Verfügung stehen, zur Anlegung der neuen Wasserwerke übertragen werden. Auch hier wurde von unseren Genossen die Lohnregulierung einer eingehenden Besprechung unterzogen. Leider zeigte sich der Deputat nicht gut informiert und es läßt sich daher begreifen, daß die Arbeiterinteressen einem solchen Kämmerer gegenüber, wie der neue Herr es ist, sehr schlecht gewahrt sind. Es läßt sich daher auch weiter begreifen, daß hier Lohnstufen bestehen, die von drei zu drei Jahren eine Steigerung von 1 Pfennig pro Stunde vorsehen, also nach neun Jahren 27-30 Pf. pro Tag. Es ist dies übrigens die einzige Verwaltung, in der noch nach Stunden bezahlt wird, eine Lohnform, die dazu führt, daß die Arbeiter im Winter bei den kurzen Arbeitstagen auf den Hungeretat gesetzt werden. Den Hinweis des Kämmerers, daß ja die Mindestlöhne von 37 auf 40 Pf. erhöht seien, begegneten unsere Genossen mit dem Hinweis, daß hierdurch nur ein großes Unrecht gut gemacht sei, weil die Wasserwerksverwaltung seinerzeit ganz unbedeutendweise den Beschluß der städtischen Behörde, mindestens drei Mark fünfzig Pfennig pro Tag Lohn zu zahlen“ nicht durchgeführt habe. Ueber die regellose Lohnzahlung im Werke Friedrichshagen konnte der Deputat keine Auskunft geben. Der Vieh- und Schlachthof-Etat zeigt für die Arbeiter zum Teil in den unteren Lohnstufen eine Aufbesserung, dafür sind aber verschiedenartig die Aufbesserungen in den späteren Jahren gestrichen. Immer wurde von dem Kämmerer darauf hingewiesen, daß es nicht notwendig sei, da sich die Leute ja schon in einem guten Lohnverhältnis befinden. Von den Freisinnigen läßt sich leider, der für die Arbeiter ein Wort einlegte. Ein Herr meinte, die Arbeiter sollten nur fleißig sparen, dann bräuchten sie keine Lohnaufbesserung.

Die Abneigung gegen die Fortbildungspflicht ist bei gewissen Arbeitgebern noch größer als bei ihren jugendlichen Arbeitnehmern. Unter den jungen Leuten sind manche, die aus Unverständnis den Wert des Besuches einer Fortbildungsschule gering achten und sich vom Schulbesuch zu befreien suchen. Den Arbeitgebern aber kann nicht zweifelhaft sein, daß die Fortbildungsschule für die heranwachsende Jugend eine Notwendigkeit ist. Doch leider finden sich immer noch auch Arbeitgeber, die sich der Verpflichtung zu entziehen suchen, die in ihrem Betrieb beschäftigten jungen Leute der Fortbildungsschule

anzuführen. Sie sind der Meinung, daß sie sich ihre Lehrlinge und Arbeitsburschen doch nicht zu dem Zweck halten, sie noch in eine Schule zu schicken.

In den zwei Jahren, die jetzt seit Eröffnung der Berliner Pflichtfortbildungsschule verlossen sind, ist mancherlei versucht worden, um möglichst alle Drüdeberger zu erwischen. Ein neues Mittel wird jetzt zum erstenmal versucht: von Mitte März ab werden die Gemeindegänger, die am Schluß dieses Winterhalbjahrs ihre Schulpflicht vollenden und aus der Schule entlassen werden sollen, aus ihren Klassen gemeinsam vor den Direktor der Pflichtfortbildungsschule ihres Bezirks geführt. Dort werden sogleich ihre Personalien notiert, und die Jungen werden über die Pflichten belehrt, die sie gegenüber der Fortbildungsschule haben. Hiernach werden die Schüler sich nicht mehr damit entschuldigen können, daß sie nicht gewußt hätten, was ihre Pflicht war. Es bleibt nun nur noch übrig, auch die Herren Arbeitgeber zwangsweise über ihre Pflichten zu belehren. Vielleicht versucht man's, auch sie kruppweise vor den Direktor der Pflichtfortbildungsschule ihres Bezirks zu führen.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats beschloß in ihrer letzten Sitzung die jährlichen Durchschnittswerte, welche event. auf Grund der Unfall- und Invaliditätsgesetze für die in städtischen Betrieben beschäftigten Personen zur Anrechnung kommen, für von der Stadtgemeinde an die Betroffenen gelieferte freie Heizung wie folgt festzusetzen: für Betriebsbeamte 40 M., für erwachsene Arbeiter 25 M. und für jugendliche Arbeiter 10 M. Für Beleuchtung wurden dieselben Sätze festgesetzt.

Der Verein junger Kaufleute der Lederbranche Deutschlands ersuchte vor längerer Zeit um Erlass eines Oet's tuis zur Einführung völliger Sonntagsruhe in den offenen Verkaufsstellen, Kontoren und Lagern der Roh- und Warleberbranche engros und detail Berlins. Der genannte Verein hat eine Rundfrage bei den betroffenen Geschäftsleuten erlassen und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die große Mehrheit derselben mit dem Verbot der Sonntagsarbeit in der Branche einverstanden sei. Der Magistrat ließ die Gewerbe-Deputation durch den Stadtrat Dr. Weigert in Kenntnis setzen, daß er bis auf weiteres nicht geneigt sei, dem Wunsch der Antragsteller zu entsprechen. Er will erst abwarten, welche Wirkung das unlängst in Kraft getretene Oet'statut ausüben wird, durch welches in den Kontoren um der Fabrik- und Engros-geschäfte die zulässige Sonntagsarbeit auf höchstens zwei Stunden (von 8 bis 10 Uhr vormittags) festgesetzt worden ist. Denselben Beschluß hatte die Gewerbe-Deputation ebenfalls in einer früheren Sitzung mit geringer Mehrheit (mit 9 gegen 8 Stimmen) gefaßt.

Stadtverordneter Goldschmidt bedauerte, daß einige Zeitungen irrtümlich berichtet hätten, daß er sich gegen die Einführung der völligen Sonntagsruhe in den Verkaufsstellen, Kontoren und Lagern der Roh- und Warleberbranche ausgesprochen hätte. Er unterläßt die Forderung des vorgenannten Vereins und wünscht, daß sich auch die Mehrheit der Prinzipale der Branche mit derselben einverstanden erklären möchte.

Bürgerdeputierter Tuhauer bedauerte, daß die Mehrheit der Gewerbe-Deputation die berechtigten Wünsche der Rentien abgelehnt und der Magistrat sich ebenfalls ablehnend verhalte. Das Oet'statut, dessen Wirkung der Magistrat erst abwarten wolle, treffe die Forderungen der Rentien nur teilweise, da diese die völlige Sonntagsruhe auch für die Verkaufsstellen eingeführt wissen wollen, nicht nur für die Kontore und Lager der Engros-geschäfte. Er erinnert daran, daß für die offenen Verkaufsstellen der Lederbranche und zwar auf Antrag der Geschäftsinhaber selbst ja bereits der Aushangsschluß eingeführt worden sei. Er hoffe ferner, daß die völlige Sonntagsruhe ebenfalls recht bald die Zustimmung der Geschäftsinhaber dieser Branche finden werde.

Die Mißstände, welche seit langer Zeit im Arbeitsnachweis der hiesigen Fleischbrennung bestehen, haben die Gewerbe-Deputation bereits mehrfach beschäftigt. Die Arbeitsvermittlung geschah in der primitivsten Weise. Eine Liste der arbeitssuchenden Gesellen wurde nicht geführt. Das Arbeitsnachweislokal in der Schlächterherberge erwies sich als viel zu klein, so daß der Hofraum mit benutzt werden mußte. Die Meister behaupten, die Gesellen weigerten sich, ihre Namen in eine Liste eintragen zu lassen. Die Gewerbe-Deputation hatte in einer früheren Sitzung beschlossen, den Amtsvorstand anzuhaltend, geordnete Verhältnisse in seinem Arbeitsnachweis zu schaffen und eine Arbeitsnachweisordnung auszuarbeiten. Diese lag nunmehr vor, fand jedoch nicht die Zustimmung der Gewerbe-Deputation, da sie nur die Bestimmung enthielt, daß die Arbeitssuchenden auf ihren Wunsch in die Liste eingetragen werden können.

Stadtverordneter Wassner empfahl, auf die obligatorische Eintragung aller arbeitssuchenden Gesellen in die Liste zu bestehen. Nur dadurch könne eine geordnete Arbeitsvermittlung ermöglicht werden. Auch im Arbeitsnachweis der Schmiebe hätten sich die Gesellen anfänglich gegen die Listenführung gestraubt. Jetzt hätten sie den Nutzen derselben erkannt.

Die Gewerbe-Deputation beschloß hierauf, die Janung zu veranlassen, ihre Arbeitsnachweisordnung dahin abzuändern, daß alle um Arbeit antragende Gesellen in die Liste der Arbeitssuchenden einzutragen sind.

Die II. städtische Wahlfortbildungsschule für Jünglinge in der Rehdenerstr. 17/18 hört mit Ablauf des Wintersemesters auf, als selbständige Schule zu bestehen. Nach dem Beschluß der Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen wird dieselbe mit der IV. Wahlfortbildungsschule für Jünglinge, Heinersdorferstraße 18, verschmolzen. Das neue Sommersemester beginnt am Sonntag, den 7. April.

Die Anmeldungen zur Aufnahme für alle kaufmännischen und technischen Fächer: Englisch, Französisch, Raschenschriften, Stenographie, Zeichnen, Modellieren, Elektrotechnik, Zuschneideturmus für Herren- und Anabengarderobe, werden schon jetzt im Schulhause, Heinersdorferstr. 18, Zimmer 18, 1. Treppe, Sonntags von 8-12 Uhr vormittags und an den Wochentagen von 7-9 Uhr abends entgegengenommen.

Die Siegerstatue im Tiergarten, die der Kaiser angekauft hat und die auf der Talpinnel an der Großen Quercalle dicht bei der Charlottenburger Chaussee ihren Standort hat, scheint der Kaiser selbst vor der Spottlust der Berliner nicht gefeit zu halten. Bei einer Besichtigung, die er gestern vornahm, soll er gemeint haben: „Reugierig bin ich nur, was die Berliner wieder für Witze darüber reizen werden.“

Die Drahtbleche entwickeln, obwohl es in letzter Zeit gelungen ist, mehrere derartige Spezialisten festzunehmen, eine ununterbrochene Tätigkeit und fast täglich werden den Polizeibehörden der Umgebung Berlins Anzeigen über derartige Diebstähle gemacht. So ist dieser Tage die Telefonleitung zwischen Spandau und Seegefeld zerstückt worden, was erst nach vergeblichen Bemühungen, Verbindungen herzustellen, entdeckt wurde. Ferner wurden 18 Kilogramm Fernsprechdraht in der Seestraße an der Jungfernheide gestohlen.

Ein Schiffuntergang wurde gestern durch Treibeis an der Spreemündung herbeigeführt. Ein aus Kohlenzillen bestehender Schlepperzug geriet bei der Einfahrt zum Seddiner See zwischen Eis-schollen, die sich besonders an dem letzten Fahrzeug des Zuges, der Kohlenzille des Schiffers Hinzmann, stießen. Der Eisdruck wurde schließlich ein so gewaltiger, daß mehrereanken an der rechten Seite des Schiffes zertrümmert wurden. Das Wasser drang mit so unheimlicher Schnelligkeit in das Fahrzeug, daß die Schiffsbefahrung nur mit knapper Not das Leben zu retten vermochte. Innerhalb drei Minuten verschwand die Zille in den Fluten. Ferner fand ein Schiffszulammenstoß auf der Obersee in der Nähe von Orner statt. Eine Kieszille wurde durch die scharfe Strömung des Hochwassers gegen eine in der Nähe des Ufers voranfert liegende eiserne Kohlenzille getrieben, und zwar mit solcher

Gewalt, daß das angeführte Fahrzeug led wurde. Unklarheit
gelang es jedoch, die Kohlenzüge zu halten und durch Verstopfen des
Vedes mit Segeltuch den Untergang des Schiffes zu verhindern.

Ein Schwinder, der mit Serienlosen arbeitet, treibt gegen-
wärtig in Berlin und Umgebung sein Unwesen. Der Betrüger, ein
eleganter Mann im Alter von etwa 35 Jahren mit rot-
blondem Schnurrbart und Kopfhaut, sucht Anteilhaber für Serien-
lotterien zu gewinnen und auch Serienlose zu verkaufen. Die von
ihm verkauften Serienlose sind nichts weiter als wertlose Nach-
ahmungen, die noch dazu ziemlich ungeschickt gemacht sind. Den
Anteilhabern schreibt der Gauner Quittungen aus, durch welche
ihre Beteiligung an irgend einer Serienlotterie bescheinigt wird.
Natürlich sind auch diese Quittungen vollständig wertlos.

Dienstmädchen-Schicksal. Herr Philipp Schmulewicz,
Fabrikant und Hausbesitzer, wohnhaft in seinem Hause
Dudenardstr. 34, fühlt das Bedürfnis, sich zu dem
Artikel zu äußern, den wir in Nr. 61 unter der Ueberschrift „Dienst-
mädchen-Schicksal“ veröffentlicht hatten. Er sendet uns ein Schrift-
stück, das er als „Berichtigung“ bezeichnet, und fordert Aufnahme
unter Berufung auf das Pressegesetz. Diese „Berichtigung“ ent-
spricht zwar den Bestimmungen des Pressegesetzes, doch deshalb nicht,
weil in ihr Herr Schmulewicz sich auch gegen solche Vorwürfe ver-
teidigt, die ihm von und gar nicht gemacht worden waren. Wir
drucken aber das Schriftstück ab, damit unsere Leser den Herrn
Schmulewicz ganz genau kennen lernen. Er schreibt wörtlich und buchstabengetreu:

„Es ist unrichtig, daß ich das Dienstmädchen Frieda Jakull
am Abend des 18. Februar hinaus geworfen habe. Nachdem die
Jakull in den letzten Wochen bereits meine Frau und mein Kind
in Gegenwart von Zeugen wiederholt geschlagen hatte, meiner
Frau eine brennende Lampe an dem Kopfe zu werfen, habe ich
ihre am Morgen des 18. Februar erklärt, sie solle ihre Sachen packen
und das Haus verlassen. Als ich um 4 Uhr Nachmittags zurück-
kam, war die Jakull noch in unserer Wohnung; ich erklärte sie
nochmals, sie solle ziehen. Sie packte dann ihre Sachen, ließ diese
aber in der Wohnung und ging ohne mein Wissen von dannen.
Daß Dienstbuch mit dem Zeugnis hatte sie nicht mitgenommen,
sie hatte von dem Zeugnis auch noch gar keine Kenntnis. Die
Herausgabe der Sachen ist ihr niemals verweigert worden. Ich
wachte nicht, wo die Jakull sich aufhielt. Etwa am 20. Februar
erschien der Armenvorsteher mit 2 Schulleuten bei mir, ersuchte
mich zu gestatten, daß das Mädchen bei einer Nickerin im Hause
übernachte und erklärte, sie solle am nächsten Morgen nach dem
Krankenhaus gebracht werden. Ich erteilte die Erlaubnis. Nach
weiteren 4 Tagen etwa erschien die Jakull mit einem Schutzmänn
in meiner Wohnung und erbat ihr Dienstbuch und ihre Sachen;
beides wurde ihr antwortlos herausgegeben.“

Daß die Jakull untertänig war, konnte ich um so weniger
annehmen, als ich wachte, daß ein Bruder von ihr in französisch
Buchholz wohnte.“

Was Herr Schmulewicz zu seiner Verteidigung anzuführen
weiß, ist so geringfügig, daß man wirklich fragen muß, wozu er
noch einmal von sich reden machen will. Er hätte
besser getan, zu schweigen. Ein Mann, der es fertig bringt, einem
offenbar nebenher dienenden Dienstmädchen nach zehnmaligem Dienst
das folgende Zeugnis ins Dienstbuch einzuschreiben: „Pöblich
entlassen, frech bis zum Egge, faul, gemein,
roh, lügenhaft, hat sich meiner Frau tätlich
widersetzt“ — ein solcher Mann hat sich selber ge-
richtet. Herr Schmulewicz läte auch noch aus anderen Gründen
gut daran, sich ganz still zu verhalten. Es gibt Leute, die da
meinen, er sei in unserem Artikel noch viel zu glimpflich behandelt
worden. Fr. Frieda J. hat erzählt, sie sei von Herrn Schmulewicz
geschlagen worden. Diese Angabe ist uns bestätigt worden von
einem Zeugen, der selber mit angesehen haben will, daß Herr
Schmulewicz sich an dem Mädchen vergriessen habe. Sind Schläge
das richtige Mittel, um ein Mädchen zu „bessern“, das sich so
finnlos benimmt, wie Fr. Frieda J. nach dem eigenen Zeugnis
ihres Dienstherrn Schmulewicz sich benommen haben soll?

Uebrigens hat Herr Schmulewicz es leicht, jetzt noch weitere
Angriffe gegen das Mädchen zu richten. Frieda ist tot und
kann sich nicht mehr verteidigen. Sie war, wie
wir in Nr. 61 eingehend berichtet haben, schließlich im „Mädchen-
heim“ aufgenommen worden, hatte dort nichts von „Freiheit“,
„Gemeinheit“, „Rohheit“ usw. an sich bemerken lassen, wurde als
anscheinend nebenher an die Charité überwiesen und starb am
6. März. Das war 17 Tage nach jenem Tage, an dem Herr
Schmulewicz ihr kaltblütig ins Dienstbuch geschrieben hatte, daß
sie frech bis zum Egge, faul, gemein, roh usw. sei.

Unfälle im Straßengebiete. Das Opfer eines schweren Straßen-
unfalls wurde gestern der Stadtverordnete Rudolf aus der Grunewald-
str. 113 in Schöneberg. R. hatte an der Ecke der Flottwell-
straße und Karlsbad einen Straßenbahnwagen verlassen und war im
Begriff nach dem Bürgersteig hinüberzugehen, als plötzlich die
Droschke Nr. 9788 unmittelbar hinter dem Straßenbahnwagen her-
vorbog und dicht an dem an der Haltestelle stehenden Motorwagen
vorbeifuhr. Rudolf gelang es nicht mehr, der Droschke auszuweichen,
er wurde umgestoßen und überfahren. Er erlitt eine Kopfverletzung
und Bruch des linken Unterschenkels und wurde nach dem Elisabeth-
Krankenhaus übergeführt. — In der Draßestraße wurde der
Schlichter Ewald Walter, Friedrich Wilhelmstraße 40,
in dem Augenblick, als ein Straßenbahnwagen der Linie O, am
Zoologischen Garten eine starke Kurve nahm, von der Plattform auf
den Fahrdamm herabgeschleudert. W. zog sich einen schweren Ober-
schenkelbruch zu. — Am Stettiner Bahnhof wurde der Omnibus-
fahrer Ratendorf beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem
Wagen der Linie 51 W erfaßt und überfahren. Er erlitt eine schwere
Gehirnerschütterung und erhebliche Querschnittswunden und wurde in ein
Krankenhaus eingeliefert. — An der Ecke der Rhein- und Ring-
straße sprang die Putzmacherin Elisabeth Kausatz zu früh von einem
Wagen der Linie F. ab, kam zu Fall und wurde ein Stück mit-
geschleift. Die Unvorsichtigkeit erlitt im Gesicht und an den Händen
erhebliche Verletzungen.

Zu dem Kapitel Bauarbeiter-Kauf wird uns geschrieben: Alte
Jakobstraße 150, Ecke der Wittichnerstraße wird im Auftrage der
Firma Albert Rabus von dem Maurermeister Eide ein großes Fabrik-
und Geschäftshaus aufgeführt, bei dessen Ausführung allem Anschein
nach gezeigt werden soll, was alles auf dem Gebiete der Unfall-
verhütung unterlassen werden kann, ohne daß die zur Aufsicht ver-
pflichteten Organe dagegen einschreiten. Bei diesem Bau werden die
Etagenbeden gewölbt und zwar wird hierbei — wie üblich — so
verfahren, daß mit der Herstellung der Decken der unteren Etagen
erst begonnen wird, während die oberen Etagen noch heraus ge-
mauert werden. Für solche Fälle besteht die polizeiliche Vorschrift,
daß die zwischenliegende Etage vollständig abgedeckt werden muß.
Die Befolgung dieser Unfallverhütungs-Vorschriften scheint
auf dem Bau nicht notwendig zu sein; Schuttdächer über den
Eingängen, Umfriedigungen offener Stellen in der Mündung und auf
den Böden, Ringgerüste zum Schutze der oben arbeitenden Maurer
gegen Abstürze sind auf diesem Bau unbekante Dinge. — Wie
wichtig auf die Gesundheit der Arbeiter Rücksicht genommen wird,
offenbart sich in der Drohung der Verweisung, falls eine bessere Ab-
deckung durchgeführt würde, könnten nicht mehr so viel Arbeiter wie
bisher beschäftigt werden, da nicht mehr Bretter zum Aufstiegen
auf den Bau kämen. Diese Drohung soll die Arbeiter nur von der
Bahrnehmung ihrer Rechte abhalten. Ganz in der Nähe des Baues
in der Alexanderstr. 134, befindet sich das Bureau des 41. Polizei-
reviers, doch scheint dort von den Zuständen auf dem Bau nichts
bekannt zu sein.

Würde in der Gegend eine Arbeiterausperrung, ein Streik oder
eine Sperrung bestehen, so würde die Polizei schneller auf dem Plane

erkennen, und hätte es auch nur, den Streikposten als „Verkehrs-
hindernis“ zu bezeichnen.

Von der Schnellmaschinerie erfaßt. Im Dienste schwer ver-
unglückt ist der Heizer Benart aus der Schleifschleifstraße. Er war
auf einem Personenzug der Schleifschleifbahn als Maschinenheizer
tätig. Als er gegen Mitternacht bei Friedrichshagen einen Schnellzug
postierte, beugte er sich aus der Maschine hervor, verlor das Gleich-
gewicht und stürzte herab. Er wurde von der Lokomotive des
Schnellzuges erfaßt und eine Strecke mitgeschleift. Schmerzerleidet
musste der Bedauernswerte in das Krankenhaus am Friedrichshagen
eingeliefert werden.

Aus der Selbstmordkranke. Auf der Fahrt nach Breslau hat
sich der hiesige Hausdiener Max Rühr das Leben genommen. Von
anderen Passagieren war der Selbstmord bemerkt worden und auf
der Station Fürstenwalde machten sie den Vorstehrer darauf auf-
merksam. R. hatte sich mit Arsenik vergiftet und starb noch auf
dem Transport nach dem Kreis-Krankenhaus. Ueber das Motiv zur
Tat hat er jede Auskunft verweigert. Auch seine in der Wiener-
straße 88 wohnhafte Mutter vermag sich diese Ursache nicht zu er-
klären. — Auf dem Bahnperon der Station Westend hat sich gestern
ein unbekannter Mann erschossen. Seiner Kleidung nach zu urteilen,
scheint der Lebensmüde ein Stallmann gewesen zu sein. Er war
etwa 30—35 Jahre alt, hat rotes Haar, blonden Schnurrbart, läng-
liches Gesicht, kleine vorklebende Augen und tief liegende Waden-
knöchel. Bekleidet war derselbe mit dunklem Jacketanzug und
Sportmütze.

Eine religiöse Wahnsinnige, eine etwa 40jährige Frau, verurteilte
heute mittag gegen 1/2 Uhr in der Leipzigerstraße eine größere
Verkehrsstörung. Mehrere Male versuchte sie sich durch die Straßen-
bahnen überfahren zu lassen. Sie trug ein größeres Palet im Arm,
warf sich vor die dort verkehrenden Straßenbahnwagen, wurde aber
immer von Passanten und Schulleuten zurückgezogen. Dann ging
sie nach dem Hauptvogelplatz und versuchte sich dort von Droschken
überfahren zu lassen. Zwei Herren veranlaßten schließlich ihre polizei-
liche Festnahme. Auf der Polizeiwache erkannte man, daß man es
mit einer geistig Gestörten zu tun hatte. In dem Palet, das sie bei
sich hatte, befanden sich 20 Sparfassenbros, 300 M. Papiergeld, viel
Kupfergeld und ein Hypothekenschein über 1000 M.

Sein eigenes Kind getötet zu haben, wird der Arbeiter Busch-
nowsky beschuldigt. Abends als seine Frau Anna um 7 Uhr von
der Arbeit in ihre Wohnung im Hause Säuremstr. 11 zurückkehrte,
sah sie ihr 15 Wochen altes Kind, das in der Küche in einem
Korbe lag, tot auf. Sie rief sofort einen Arzt herbei, der feststellte,
daß der Tod infolge eines Schlagens gegen die linke Kopfseite erfolgt
sei, wo sich eine blutunterlaufene blaue Stelle zeigte. Die weiteren
Ermittlungen führen ergeben haben, daß der Vater des Kindes, der
24 Jahre alte Arbeiter Artur Buschnowsky es gemißhandelt hatte.
Buschnowsky ist nachts gegen 1 Uhr verhaftet worden.

Die Steinbau-Ausstellung, die in den Räumen des Albrecht
Dürer-Hauses (Kronenstr. 18) veranstaltet wird, wird bis Ende
März geöffnet bleiben. Der Besuch ist bei freiem Eintritt wochen-
täglich von 8—8 gestattet.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Aus dem Staatsauschuß. Im Staatsauschuß, der nunmehr seine
Arbeiten beendet hat, sind einige Fragen von allgemeinem Interesse
zur Sprache gekommen. Bei der Eratoposition „Verpflanzung nützlich
obdachloser Personen in Polizeigewahrsam“ wurde beantragt, den
Magistrat zu ersuchen, im Anschluß an das Familienhaus eine
Erweiterung desselben dahingehend vorzunehmen, daß auch in
Charlottenburg obdachlos gewordene Ledige dort aufgenommen
werden können. Diesen Antrag hat der Ausschuß abgelehnt, dagegen
hat er den Magistrat ersucht, Erwägungen darüber einzuleiten, ob
es sich nicht empfiehlt, einen Zwickerband innerhalb
Groß-Berlins anzuführen, durch den in Charlottenburg obdachlos
gewordene Ledige in einem Asyl Aufnahme finden können. Einen ähnlichen
Beschluss hatte die Stadtverordnetenversammlung schon vor Jahren
gefaßt, ohne daß etwas daraus erfolgt wäre. — Abgelehnt wurde
ferner ein Antrag auf verlässliche Anstellung von zwei Schulärzten
an einer höheren Schule sowie ein Antrag auf Gewährung freier
Lehrmittel an alle Schüler der Gemeindeschulen. — Beim Etat
der Fortbildungsschulen wurde die Einrichtung eines Kurzus in
der Bürgerkunde beschlossen. — Der Beitrag an die Volks-
küche oder ähnliche Veranstaltungen gegen die Verpflanzung, Kindern
in der Gemeindeschule frühstück und im Falle besonderer Unter-
ernährung auch Mittagbrot zu liefern, ist auf 9000 M. erhöht
worden. — Für den Straßenbau ist der Beschluß
von Wichtigkeit, wonach von der den Jahresüberschuß für
1900 um eine Million übersteigenden Summe 200 000 M.
zur Reupflasterung von Straßen bereit zu stellen sind.
— Eine längere Debatte über die Wertzuwachssteuer
hatte das Ergebnis, daß ein Antrag auf Einbringung einer Vorlage
über Einführung einer Wertzuwachssteuer abgelehnt wurde, ebenso
ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, sich mit den Kommunal-
verwaltungen von Wilmersdorf und Schöneberg behufs gemeinsamer
Einführung einer Wertzuwachssteuer baldmöglichst in Verbindung zu
setzen. Dagegen wurde der Magistrat ersucht, eine Abänderung der
Gemeinde-Immaterialeuerordnung anzutreiben, wonach auch diejenigen
Geschäfte steuerpflichtig gemacht werden, die auf Grund von
Anstellungsanträgen im Wege der Jession mit Gewinn weiter
begeben werden.

Im Plenum beginnt die zweite Staatsberatung am nächsten
Mittwoch.

Rixdorf.

Stadtverordnetenversammlung. (Fortsetzung.) Stadtrat Dr. Wein-
reich sagt, daß der Magistrat einen tieferen Einblick in den Etat habe
und deshalb auch vorsichtiger bei Bemessung der einzelnen Posten
vorgehen müsse. Von der Erhöhung der Mietsenkung für die Lehrer
für die Lehrer hat der Magistrat in Rücksicht auf
die Haltung der Stadtverordnetenversammlung bei früheren
gleichen Anträgen abgesehen. — Bezüglich der nach Ansicht
des Stadts. Bughy unzureichenden Arbeiterlöhne behauptet er
(Nedner), daß Rixdorf mit den anderen Vororten einen Vergleich
gewiß aushalte. — Die zu niedrig befundenen 2000 M. für Schüler-
bibliotheken dienen nur zur Ergänzung. Ueber die Brausebäder
sind die Ansichten noch geteilt; es fragt sich, ob man diese
in die Schule verlegt oder besser anderweitig dafür Sorge trägt. Die
obligatorische Fortbildungsschule wird in diesem Jahre noch kommen.
Die Herabsetzung der Gewerbesteuer und Verringerung der Biersteuer
ist unmöglich, da noch große Opfer von der Stadt verlangt werden.

Stadts. Adam: Die Ergebnisse der Einkommensteuer sind bei
uns lange nicht so günstig wie in Berlin, Charlottenburg usw.,
darum können wir auch nicht die geforderten Gehalts erhöhungen
genehmigen.

Stadts. Rahmig fragt das Lob der Volksschule in allen Lon-
arten, für welche man allein über 1 Million ausgedehnt; das sei mehr
als die ganze Einkommensteuer.

Stadts. Dr. Silberstein (Soz.): Wir haben in puncto
Schule ja heute dieselbe Stadtratrede wie früher gehört;
immerhin war zu bemerken, daß sie schon einige Oktaven tiefer
gestimmt war. Die steigenden Klassen und die hohe Frequenz
wird erst beleuchtet werden können, wenn ein neues Schulhaus mehr
als üblich in Benutzung gestellt wird. Die Ausführungen des Herrn
Stadtrats zu den Brausebädern waren doch merkwürdig. Demgegen-
über muß hervorgehoben werden, daß vor kurzem erst Herr Ober-
bürgermeister Bobbin die Schulbrausebäder als Herzenssache des
Magistrats bezeichnet hat. Der Staatsauschuß will die Schulfrage
der Schuldeputation zur Erörterung überweisen; das würde bei
deren Zusammenkunft nichts weiter als ein Vergeblich bedeuten.
Einmal gehören derselben nur drei Stadtverordnete an, von diesen
sei aber nicht einmal etwas zu erwarten. Herr Sander hat die

Schulfrage als „große Spielerei“ bezeichnet, Herr Bock — der immer
noch der Befähigung harret — hat sich geäußert, daß die Befähigung
nur den Zweck habe, um einigen Geringen wieder mehrere hundert
Mark Verdienst zu verschaffen. Die Herr Gröpler, das dritte
Mitglied der Deputation denkt, hat er noch nicht beraten.
(Gropler: Ich bin dagegen!) So also — da sieht man,
wie die Schulfrage bei der Schuldeputation aufgehoben
wäre. Wir müssen jetzt verlangen, daß eine solche Sache,
die bereits seit 17 Jahren in Deutschland akut ist und
die sich mit verschwindenden Ausnahmen alle Groß- und Mittelstädte
zu eigen gemacht haben, endlich auch bei uns vorwärts kommt. Das
wird aber am besten durch Ueberweisung an eine gemischte De-
putation erreicht werden. Die Kosten werden nicht zu hoch; mit
15 000 M. wird ein ansehnlicher Anfang möglich sein. — Beim
Steuerplan halten wir daran fest, daß zunächst die indirekten Steuern
zu beseitigen sind. Dem Einwande gegenüber, es sei das
nicht möglich, entgegnet wir, daß unsererlei niemals die sprung-
hafte Herabsetzung der Einkommensteuer gutgeheißen worden ist.
Stadtrat Dr. Weinreich springt nochmals für die Vorränge
der Rixdorfer Volksschule in die Bresche und führt als Beweis die
Einrichtung eines Schulgartens an.

Stadts. Rosenow beginnt mit einem Lobeshymnus auf den
Magistrat. Schulhäuser können eben nicht aus der Erde gestampft
werden. Für die Lehrer müsse aber doch mehr gegeben. Bei einer
Durchschnittszahl von 58 Schülern pro Klasse fragen sie durch diese
Ueberbürdung einen Teil der Schullassen mit.

Die Generaldiskussion hat ihr Ende erreicht. Ein Vertagungs-
antrag wird angenommen. Am Donnerstag tritt die Versammlung
in die Spezialberatung ein.

Zum Kapitel I „Aus Vorjahren“ erklärt Stadts. Rohe, er sehe
angeht der Ueberschüsse im Gegensatz zu anderen Herren den Etat
sehr ruhig an. Ungünstigkeit sei nicht am Plage.

Im Kapitel II stellt Stadts. Thurow (Soz.) den Antrag, die
Entschädigung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbefugter von 4 auf
6 M. zu erhöhen. Die bedeutende Vermehrung der pro Sitzung zu
erhebenden Fälle — sagt Nedner — rechtfertige es vollaus, daß der
schon 1905 vom Magistrat im Einverständnis mit den Arbeitgeber-
und Arbeitnehmervereinen gestellte Antrag wieder aufgenommen
wird. Für die Befugter bedeutet jede Sitzung einen vollen Tag
Arbeitsverlust; da sind 4 M. eine absolut unzureichende Entschädigung.
— Die Stadts. Roster und Seltmann bekämpfen den Antrag. —
Stadtrat Dr. Glüdemann macht verfassungswidrliche Bedenken geltend,
da eine Aenderung des Ortsstatuts vorausgehen müsse. — Nach
kurzen Widerlegungen der Stadts. Conrad und Bughy wird der
Antrag Thurow gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ab-
gelehnt.

Bei Festsetzung der Subvention des Rixdorfer Theaters entspinnt
sich eine lebhafteste Debatte über den Antrag des Staatsauschusses,
den Zuschuß von 6000 auf 8000 M. zu erhöhen. — Stadts. Roster
spricht gegen die Erhöhung, Stadts. Seltmann dafür. Stadts. Bughy
(Soz.) erklärt, daß auch seine Freunde für die Erhöhung
der Subvention seien, allerdings in der Voraussetzung der
Vermehrung der Volksvorstellungen und besserer Ausgestaltung der
Schülervorstellungen. Die Erhöhung der Subvention wird bewilligt.

Dem Dratorien-Verein will der Magistrat 300 M. überweisen.
Wegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion wurde dem
zugestimmt. Zur Einweihung des Rathsaushauses sind 6000 M.
eingestellt. Stadts. Bughy (Soz.) beantragt Streichung. Die
Position wurde von der Mehrheit bewilligt.

Genosse Bughy rügt weiter das ablehnende Verhalten des
Magistrats gegenüber den wiederholten Gesuchen von Turnvereinen
um Ueberlassung der Schulturnhallen. Die sogenannten schuletechnischen
Gründe sind haltlos; es ist, wie Nedner sich überzeugt hat, nicht
wahr, daß die Turnhallen bis zum späten Abend besetzt seien. Wer
die Nützlichkeit und Notwendigkeit körperlicher Erziehung zu schätzen
wisse, der muß dem Antrage zustimmen, daß der Magistrat ersucht
wird, die Turnhallen zur Verfügung zu stellen. Der Magistrats-
vertreter rüdt wieder die alten „Gründe“ ins Feld und befürwortet
Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. Für den Antrag
stimmten nur die Sozialdemokraten.

Der Antrag des Staatsauschusses, die Uebernahme des Leichen-
transports auf den städtischen Friedhöfen in eigene Regie anzubahnen,
sah Annahme.

Mit der vom Stadts. Dr. Silberstein beantragten Streichung
der Legebühren bei der Volksbibliothek war die Versammlung ein-
verstanden.

Die Anstellung des Oberführers der freiwilligen Feuerwehr und
weiterer 3 Feuerwehrmänner durch Privatdienstvertrag wird be-
schlossen. Stadts. Bughy (Soz.) verlangt die Ausdehnung der
Mühgebeld- und Hinterbliebenen-Versorgung auf die Feuerwehr-
Männer. Es ist eine einfache Pflicht der Stadt, für die
Männer, welche Leben und Gesundheit im Dienste der Bürger-
schaft aufs Spiel setzen, ausreichend zu sorgen. Stadts. Rahmig
bekämpfte in langen deplacierten Ausführungen die Forderung. Ober-
bürgermeister Bobbin erkannte diese zwar an, bekämpfte den Antrag
unserer Genossen aber trotzdem. Schließlich mußte er die Feststellung
des Stadts. Rohe, daß die Feuerwehrmänner durch ihr Anstellungs-
verhältnis ohne weiteres unter die Melitenversorgung fallen, abge-
tieten.

Widmungsworte bei einer Kranzniederlegung am Grabe sind,
wie das Amtsgericht in Rixdorf entschieden hat, eine Rede, die an-
gemeldet werden muß. Am Grabe des im September v. J. ver-
storbenen Genossen Weniger in Brix legten neun Genossen Kränze
mit einigen Widmungsworten nieder. Die Genossen Voedke, Voigt
und Frau Thiel erhielten ein Strafmandat von je 30 M.; hierauf
beantragten sie gerichtliche Entscheidung, die nun am Donnerstag,
den 14. März, stattfand. Zeuge war der Gendarm Daberkow-Brix.
Derselbe sagte aus, daß das Begräbnis des sozialdemokratischen
Gemeindevorstehers Weniger ein außerordentliches gewesen sei.
Der Gemeindevorsteher von Brix habe den Befehl ge-
geben, das Begräbnis zu überwachen und jede Uebertretung
zur Anzeige zu bringen. Die drei Angeklagten hätten
sich besonders hervorgetan. Herr Voedke habe eine außerordentliche
Rede gehalten, sodas der Kirchhofsvorsteher Einhalt gebieten mußte.
Genossen Voedke bestritt eine Rede gehalten zu haben, seine
Widmungsworte lauteten folgendermaßen: „Im Namen des sozial-
demokratischen Zentralvereins für Lettow-Veeschow-Storkow-
Charlottenburg lege ich diesen Kranz nieder. Dem Toten zur Ehre,
den Lebenden zur Lehre. Ehre Deinem Andenken!“ Diese
Widmungsworte, meint Voedke, können doch unmöglich als Rede be-
zeichnet werden. Es half jedoch nichts; die Regierungsverordnung
vom 15. November 1885 soll abgetreten worden sein, weshalb das
Gericht die Geldstrafe zu Recht erkannte und die Angeklagten
zur Zahlung der Kosten verurteilte.

Ein angeklagter Versicherungsbeamter treibt seit einiger Zeit in
Rixdorf sein Unwesen. So wurde unter anderem am Donnerstag
vor acht Tagen der in der Kaiser Friedrichstraße 239 wohnhafte
D. P. von demselben in Begleitung noch eines jungen Menschen
aufgejagt und befragt, ob er sich nicht versichern lassen wolle. Auf
die Antwort, daß wenn er sich gegen Diebstahl usw. versichern lasse,
er dies einem Bekannten von ihm übertrage, entfielen sich beide.
Am Sonnabend darauf erschien der Mann wieder. Raum hatte V.
die Tür geöffnet, als er sich auch schon in den Korridor drängte.
Auf den Einwand P.s, daß er doch schon einmal da war und er
ihm den klaren Bescheid gegeben, daß er keinen Gebrauch von dem
Angebot machen könne, erhielt P. von dem frechen Gesellen einen
Schlag ins Gesicht. Hierauf verschwand der dreiste Bursche. Er ist
von großer unterlegter Figur, und sollte er sich noch wo anders
anfällig machen, so sei an dieser Stelle vor ihm gewarnt.

Lichtenberg.

Die Gemeindevorstellung nahm in ihrer Sitzung vom 14. d. M.
den Jahresabschluss der Gemeindefinanzen und der Gemeindevorstellung
pro 1905 entgegen. Einer Einnahme von 1 208 827,50 M. steht eine
Ausgabe von 1 009 068,14 M. gegenüber. Es verbleibt demnach für
das Rechnungsjahr 1905 ein Ueberschuß von 199 759,36 M. Der
aus den Ueberschüssen der vorausgehenden Rechnungsjahre ge-

Billets „Ausgleichs“ hat mit dieser Summe die Höhe von 470 982,83 M. erreicht. Die Kosten der Aufstellung der Reichstagswählerlisten mit rund 1150 M. wurden widerspruchlos bewilligt. Der beantragten Pflasterung für die Verlängerung der Alfreidstraße zwischen Wagnerstraße und Straße 3 sowie einer ausnahmsweisen Baugenehmigung an der Frenckstraße, Ecke Zeitweg unter den ortsstatutarischen Bedingungen wurde zugestimmt. Eine längere Debatte entwidete sich bei dem alljährlich wiederkehrenden Antrag auf Heranziehung der Nachbargemeinde Berlin zu den Listen der Volksschule auf Grund des § 53 des Kommunalabgabengesetzes. Von den 157 Klassen der Gemeindefschulen, deren Kosten auf je 3302,90 M. berechnet sind, werden 13 Klassen als von den Kindern gebildet bezeichnet, deren Eltern in Berlin beschäftigt sind. Diese 856 Kinder verursachen eine Ausgabe von 42 946,40 M., um deren Rückerstattung Berlin wiederum in Anspruch genommen wird. Die erste Inanspruchnahme aus dem Jahre 1903 schwebt noch immer beim Bezirksausschuß in erster Klageinstanz.

Unser Genossen beleuchteten auch die Reihenseite der Debatte und verwiesen auf die Notwendigkeit eines Zweckverbandes aller Vororte mit Berlin. Ein darauf hinzielender Antrag fand aber nicht die Mehrheit, weil angeblich zurzeit aussichtslos. Der Antrag des Gemeindevorstandes auf Erhöhung der Gehälter der mittleren und Unterbeamten der Gemeinde wurde der Etatskommission überwiesen. Vorge schlagen wird, die Gehälter der Gehaltsklassen von 1—5 um je 400 M. und die der Unterbeamten um 150 M. pro Jahr aufzuheben. Die hierzu erforderlichen Mehrkosten von 35 000 M. sind vorläufig zur Verfügung der Gemeindeverwaltung in den Etatvoranschlag eingelegt. Der Haushaltsplan pro 1907 wurde, wie in früheren Jahren, nach einer Generaldebatte an eine neungliedrige Kommission verwiesen, der unter anderen unsere Genossen Vertscher und Brauer angehören. Auf die Generaldiskussion und den Etat, der mit einer Gesamtsumme von 5 272 825 M. abschließt und als der letzte der Dorfgemeinde gilt, kommen wir noch zurück.

Groß-Lichterfelde.

Der Gemeindehaushalt pro 1907/08, der gegenwärtig der Gemeindevertretung zur Besprechung und Verabschiedung vorliegt, erreicht in Einnahmen und Ausgaben die Summe von 2 609 900 M. Die Konkurrenz der einzelnen benachbarten Orte, die fast ausnahmslos eine geringere Einnahmen, aber höhere Grundsteuer erheben als Groß-Lichterfelde, hat auch hier in gleicher Richtung gewirkt: Die Einkommensteuer ist von 125 auf 110 Proz. ermäßigt und die Grundsteuer von 2,4 Proz. auf 3 Proz. Mille erhöht worden. Erstere ist mit 661 000 M. (10 900 M. weniger als 1906/07), letztere mit 483 750 M. (gegen das letzte Etatsjahr mehr 118 950 M.) in den Etat eingestellt. Die Gewerbesteuer der 3. und 4. Klasse ist von 160 auf 125 Proz. herabgesetzt, jene der 1. und 2. Klasse von 192 auf 240 Proz. erhöht worden und sind mit 22 875 M. bzw. 26 400 M. veranschlagt. Die Umsatzsteuer (1 Proz. für bebauten, 1/2 Proz. für unbebauten Grundstücke) soll 170 000 M. einbringen. Die unter dem Zwang der finanziellen Notlage in der jüngsten Zeit beschlossene, aber leider völlig unzureichende Wertzuwachssteuer ist mit 50 000 M. veranschlagt. Selbstverständlich fehlt unter den indirekten Steuern auch die Biersteuer mit 24 000 M. nicht. Unter den laufenden Ausgaben befinden sich 303 588 M. Kreissteuern, die in der Gemeinde-Einkommensteuer von 110 Proz. enthalten sind. Für Straßenbau und -Unterhaltung sind 78 055 M., für Straßenbeleuchtung 63 000 M. erforderlich. Die sächlichen und persönlichen Kosten der Geschäftsführung betragen 333 900 M. Während den Kommunalbeamten eine Gehaltserhöhung bewilligt worden ist, sind leider die nur allzu berechtigten Ansprüche der Lehrer gänzlich unberücksichtigt geblieben, ebenso die der Gemeindefunktionäre. Die Volksschulen erfordern die Summe von 224 863 M., die höheren Knaben- und Mädchen Schulen einen Zuschuß von 160 451 M. Die Kosten der Armenpflege sind mit 44 850 M. im Etat eingestellt. Für den Bau einer Badeanstalt, der nun endlich beschlossen ist und wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus als einziges Wahrzeichen Groß-Lichterfelder Kultur glänzen wird, ist eine weitere Rate von 50 000 M. vorgeesehen. Unter den einmaligen Ausgaben figurieren u. a. noch: 40 000 M. für den Erweiterungsbau des Rathauses und als erste Rate 10 000 M. für die Anlagen am Teltow-Kanal.

Schönerlinde bei Fr.-Buchholz.

In häßlicher Angst verprügelt zu werden, leben die Fußgänger, die den Weg, der von der Bahnstation Buch durch die Heide nach Schönerlinde führt, benutzen. Schon einige Mal ist es vorgekommen, daß Personen von dem Förster Retzsch angehalten und gerade nicht sanft behandelt wurden. So erging es vor wenigen Tagen einem Kolonist Groß. Als er mit seinem 15-jährigen Sohn die Heide passierte, wurde er plötzlich von dem Förster in Begleitung von noch zwei Personen angehalten und barsch gefragt, wozu er wolle! G., der glaubte, nicht notwendig zu haben, dem Förster eingehend Rede und Antwort zu stehen, wurde bald geohrfeigt und aus dem Walde transportiert. Seinem Sohne wurde der Rucksack untersucht, ob er auch etwas Verbotenes in demselben habe. Wie es Großte, so erging es acht Tage vorher seinem Schwiegervater — nur daß der die Häufte des Försters nicht zu spüren bekam. G. setzte hierauf den Gendarm in Schönerlinde von dem Vorfall in Kenntnis und dieser äußerte, daß sich der Förster schon des öfteren solche Uebergriffe erlaubt habe; er versprach G. sogleich diesen Fall in die Hand zu nehmen und gegen R. gerichtliche Vorzugehen. Leuten, die öffentliche Wege, wie hier geschehen, unsicher machen, muß das Handwerk so schnell wie möglich gelegt werden.

Potsdam.

Baunfall. Bei der Ausführung von Bauarbeiten für die Zimmermann Krüger auf dem Grundstück Humboldtstraße 4 von einem 5 Meter hohen Gerüst und zog sich Verletzungen am Kopf, im Gesicht und am Unterarm zu. Nach Anlegung eines Verbandes konnte der Verletzte seine Wohnung verlassen.

Der Potsdamer Pauli. Herr Pauli, die konservativ-antisemitische Partei, die mit freisinnig-liberaler Hilfe in den Reichstagskollekte, wird in dem nationalen Organ „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ also apostrophiert:

Aber Herr Pauli aus Potsdam, der sich dieses Ziel gesetzt hatte (der Sozialdemokratie entgegenzutreten), zeigte sich ganz außer Stande, es zu erreichen. Er ist einer der unfähigsten Debattierer der Konservativen, und trotz der Dankbarkeit seines Themas gelang es ihm nur, fürnische Heiertheit bei den Sozialdemokraten zu entfesseln. Kurzum, es war ein Fiasko. Das schienen denn die Mehrheitsparteien auch einzusehen; während seiner Rede stellten sie einen Antrag auf Schluß der Debatte, der zur allseitigen Erleichterung auch gegen die Stimmen von Sozialdemokratie und Zentrum, die sich einmal wieder zu trauter Brüderschaft zusammenschloßen, angenommen wurde. . . . Auf diese Leute können die Potsdamer stolz sein.

Verfammlungen.

Sechster Wahlkreis. Eine Wahlvereinsversammlung für den Distrikt Gesundbrunnen fand am Dienstag im „Brunnen-Theater“ statt. Genosse Böhle-Strahburg sprach über den Ausfall der letzten Reichstagswahl. Hinsichtlich der Wähler gab er der Meinung Ausdruck, daß wir, vom reinen Klassenstandpunkt aus betrachtet, die Abkehr jener politisch indifferenten Kreise von uns durchaus nicht zu bedauern brauchen. Zwei Wähler könnten einer Partei wie der unsrigen unter Umständen sogar gefährlich werden, mindestens gäben sie gar leicht zu einer Ueberschätzung der wirklichen Parteistärke Anlaß. Der Wahlausfall habe aber auch gezeigt, daß wir unserem Endziel schon keineswegs so nahe seien, wie das vielfach in Parteitreuen angenommen worden ist. Durch die wirtschaftliche Entwicklung ist eine Art neuer Mittelstand gebildet worden, der wohl seiner Existenzlage noch zu uns gehört, sich jedoch nicht mit dem Proletariat eins fühlt, vielmehr der nationalen Phrase zugänglich ist. Es bedürfe also noch einer recht ausgedehnten intensiven Aufklärungsarbeit, um diese Schichten für den Sozialismus zu gewinnen. Im Anschluß hieran wendete sich der Redner dann gegen einige Ausführungen der Genossin Rosa Lugenburg, die diese kürzlich in einer Volksversammlung des zweiten Wahlkreises gemacht hat, und die ihn teilweise einen zu großen Optimismus wie auch eine unrichtige Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Triebkräfte in Staat und Gesellschaft zu enthalten schienen. Er empfahl sodann eine regere Agitation unter den Gewerkschaftsmitgliedern, um diese auch gleichzeitig zu überzeugten Parteiangehörigen zu machen. Sei es doch tatsächlich vorgekommen, daß in einer Reihe von Ortschaften wahlberechtigte Mitglieder der Gewerkschaftsorganisationen gegen uns gestimmt haben. In Zukunft möge man sich aber auch die aus bürgerlichem Lager zu uns überkommenden Leute etwas näher ansehen, ehe sie in einflussreiche Parteistellen hineingehoben werden, denn es lasse sich nicht leugnen, daß wir durch das Vorkommen der letzten Jahre ebenfalls einen Teil der Schuld an den Mißerfolgen der letzten Wahl tragen. Vermehrte Aufklärung nach innen und außen und Festigung der Organisationen werde uns die erstrebte Schluppe zweifellos bald wieder weit machen lassen. (Beifall.)

In der Diskussion warnte Hegewald davor, etwa die Gewerkschaften als solche für die diffamierende Wahlbetätigung einiger ihrer Mitglieder in kleinen entlegenen Orten verantwortlich zu machen. Betreffs der Wähler könne man auch nicht kategorisch erklären: Es ist gut, daß wir sie losgeworden sind. Wir werden ja doch wieder arbeiten müssen, um die Ausreißer zu Verstand zu bringen.

Brinkmann stellte sich bezüglich der Wähler auf den Standpunkt des Referenten und fügte hinzu, daß wohl gerade die Zahl der Wähler und die Ueberschätzung ihrer für uns befandenen Sympathie eine der Ursachen mit waren, die uns zu der Annahme verleiteten, als könnten wir bald von dem Reichsmittel des Rassenkampfes Gebrauch machen. Diese Wahl habe uns jedenfalls eines anderen belehrt.

Nach dem Schlußwort Böhle's wies der Vorsitzende Brunner auf die Möglichkeit solcher sachlichen Ausdrücken hin, bedauerte jedoch den nur verhältnismäßig mangelhaften Besuch der Versammlung, die er dann mit einem Hoch auf die Partei schloß.

Vermischtes.

Die Ursache der „Jena“-Katastrophe. Aus Toulon wird berichtet: Die zur Erforschung der Ursachen der „Jena“-Katastrophe eingesetzte Kommission hat festgestellt, daß in den Munitionskammern für die 10 Zentimetergeschütze eine Temperatur zwischen 50 und 60 Grad geherrscht hat, während normale Temperatur höchstens 35 Grad betragen sollte. Die beiden Ventilatoren, die zur Abführung der Temperatur in diesen Kammern bestimmt sind, waren beschädigt und funktionierten nicht. Ferner war verabsäumt, Abföhvorrichtungen in den Dynamotammern, die wegen nicht genügender Leistungen entfernt waren, durch neue zu ersetzen. Dazu kam, daß die Sonne von 10 Uhr morgens an auf das Hintergeschiff brannte, wodurch die Temperatur in den Munitionskammern jedenfalls wesentlich erhöht worden ist. Ein Offizier der „Jena“ erklärte bei einer Unterredung, die Schuld an der Katastrophe trügen die Ingenieure, welche die Munitionskammern gebaut haben, und die Artillerieverwaltung, die verabsäumt habe, für die Verwendung gewisser Pulverorten eine Maximalfrist festzusetzen.

Bis gestern vormittag sind von den 107 geborgenen Leichen 58 rekonstruiert worden; einige, die zu sehr verstümmelt oder verbrannt sind, werden auf sichere Weise überhaupt nicht rekonstruiert werden können. Mit der Einsargung der Leichen wird begonnen.

Die von der Pariser Presse veranstaltete Geldsammlung zugunsten der Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe weist bereits über 65 000 Frank auf.

Eine neue Katastrophe für die französische Marine hätte, nach dreier Meldung, gestern Abend ein Zwischenfall nach sich gezogen. Während der Schießversuche der Torpedoboote gegen den Küstenpanzer „Julianant“ wurde das Kriegsschiff von einer Torpille getroffen und schwer beschädigt. Es gelang glücklicherweise, das Boot zu stoppen und das Schiff in den Hafen zurückzubringen, wo es zwecks Vornahme umfassender Reparaturen ins Dock gehen muß.

Ihren Verletzungen erliegen ist in der letzten Nacht die Tochter Emma des Oberförsters Wilsdorf, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Die übrigen Mitglieder der durch Nord bezw. Selbstmord geendeten Familie des Oberförsters sind heute vormittag auf dem Totenwägen Friedhof beerdigt worden; die sieben Leichen fanden in einem Grabe Aufnahme.

Sein Kind erschossen. In Keffeln ergriff, wie aus Herford gemeldet wird, während eines Familienfestes der Arbeiter Klode eine Flinte und legte auf seine Frau an, um sie zu erschießen. Der Schuß ging los und tötete das dreijährige Kind Klodes, der über seine Tat untröstlich war. Er wurde sofort in Haft genommen.

Die Genidstarr. Wie aus dem Monatsbericht des bakteriologischen Instituts in Gelsenkirchen hervorgeht, wurden 109 Erkrankungen an Genidstarr behördlich gemeldet, was eine 50prozentige Zunahme der Epidemie gegen den vorigen Monat bedeutet.

200 Personen durch Ueberschwemmungen umgekommen. Aus Haag ist ein amtlicher Bericht über die Ueberschwemmungen eingetroffen, welche im Januar an der Küste von Wsich durch eine Flutwelle hervorgerufen worden waren und ungeheure Verderben angerichtet hatten. In dem Bericht wird mitgeteilt, daß 40 Ortschaften zerstört und 200 Personen umgekommen seien.

Der Schaden, den die großen Ueberschwemmungen in Pittsburg angerichtet haben, wird auf zehn Millionen Dollar geschätzt. 14 Personen sind ums Leben gekommen. In den Fabriken steht nahezu der ganze Betrieb still. Alle öffentlichen Arbeiten müssen unterbleiben. Gegen 30 000 Menschen sind obdachlos; mehrere Hunderte von Häusern sind unterwaschen und drohen einzusinken.

Nach einer anderen Meldung wird die Zahl der arbeitslosen Arbeiter auf 100 000 angegeben.

Witterungsübersicht vom 15. März 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometereiland mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometereiland mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Emmende	761,3			0	4	Haparanda	763,7			2 bedekt	-21
Damburg	763,3	SW	2	1	1	Petersburg	764,3	SW	2	1 bedekt	-7
Berlin	763,3	SW	2	1	1	Scilly	765,3	SW	2	4 wolllig	9
Frankfurt	766,3	SW	3	1	1	Übersee	748,3	SW	3	3 wolllig	7
München	767,3	SW	6	2	2	Paris	768,3	SW	3	2 bedekt	8
Wien	763,3	SW	2	1	1						

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 16. März 1907.
Etwas wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Niederlagen und lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher
Paul Schiefke
am 15. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Trepower Kirchhofes, Neue Krug-Allee, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
115/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Werkzeugmacher
Emil Göritz
gestorben ist. 115/5
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin u. Umgegend. (Bezirk 3.)
Allen Kameraden hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied
Ernst Henschel
am Mittwoch verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr vom Krankenhaus am Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
254/5 Die Bezirksleitung.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 35112
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonn- 10-12 Uhr.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 13. März starb nach kurzem Krankenlager im Alter von 46 Jahren an Gehirnhautentzündung unser Mitglied, der Zimmerer
Ernst Hentschel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses am Friedrichshagen, Birchowstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
211/6 Der Vorstand.

Ganz neu! Ganz neu!
Fredersdorf - Petershagen
(Ostbahn). 42152*
R. von 6 Mk. an.
Nabe Bahnhof, Restaurant im Schulhaus-Restaurant von
6tto Bresicke, Petershagen
und bei den Besitzern
Nieschalle & Nitsche,
Berlin, Landbergerstr. 66.

Arbeiter - Raucher - Bund
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Ehefrau des Mitgliedes
Robert Heiland
aus Klub „Neuer Halm“ am 13. März verstorben ist. 210
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Montag, den 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Behrensee, Nischenbergstraße, aus statt.
Der Vorstand.

Englischen Unterricht,
einzeln und im Zirkel, erstellt 36372*
Gertrud Swenty,
Schöneberg, Sebantzstraße 57, III.

Arbeiter - Raucher - Bund
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Ehefrau des Mitgliedes
Robert Heiland
aus Klub „Neuer Halm“ am 13. März verstorben ist. 210
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Montag, den 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Behrensee, Nischenbergstraße, aus statt.
Der Vorstand.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung Hoforo elegante fertige 41021*
Herren-Garderoben
— Ersatz für Maß. —
Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurterstraße 37, II.
Eingang Straußberger Platz.

Am 13. d. M. entließ sanft nach langem (schweren) Leiden meine liebe, gute Frau
Ludowika geb. Müller
im 44. Lebensjahre.
Nitzdorf, 15. März 1907.
W. Ginus.
Die Beerdigung findet am 18. d. M. in Neuruppin statt.

Anton Bookers Ball-Salon
Habe noch Sonnabends und Sonntagssäle zu vergeben, auch sind Vereinszimmer in der Woche frei.
Anton Becker, Beberstr. 17.
T. N. VII. Nr. 19414. 35702*

Lichtenrade 20 Pf.-Tour!
R 20 Pf. verkauft Eigentümer Paris, Berlin, Gramstr. 27, Ecke Glettmir. Auch bei monatl. Raten von 40—50 Pf.
Ein Zigarrengeschäft in Gandsheim, circa 20 Jahre leistungsfähig, in Einlagen, Programm und Bettwäsche. Sucht auf viele Jahre Arbeit.
Joseph Engelhardt, Faktor, Gundersent, Oberfranken i. Bayern

Deutsche Nord-Ostsee-Fischhallen Johs. Skorezyk
Haltestelle der Straßenbahnlinien: No. 19, 33, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 54, 57 und V, sowie Omnibus No. 27
Verkaufs-Filiale A: **Schönhauser Allee 144** an der Eberswalderstraße und Kastanien-Allee, gegenüber der Danzigerstraße und Pappel-Allee
empfehlen von täglich frischem Fang und täglich frischer Zufuhr:
Schellfisch, Kabliau, Seelachs, Seehecht, Austernfisch, Knurrhahn, Zander, Silberlachs etc.
Ferner: Lebende Bachforellen, Karpfen, Schleie, Hechte, Aale etc., sowie lebende Hummer, Muscheln, Austern.
Räucherfische und Fischkonserven aller Arten. Preise billig!!!
Frische Fische - Gute Fische

